

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 25. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inverze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Betriebspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Reichstags-Irrungen.

Welche außerordentliche Vorsicht bei der parlamentarischen Behandlung von Gesetzesvorlagen erforderlich ist, um Irrtümer des Gesetzgebers zu vermeiden, beweist die Gestaltung des § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieser § 1715, der die Verpflichtung des auferhehlichen Erzeugers gegenüber der Mutter des Kindes festlegt, ist vom Reichstag in der dritten Beratung ohne Antrag aus Versehen in einer völlig anderen, der Mutter ungünstigeren Fassung angenommen und in das Gesetzblatt übergegangen, als in der zweiten Lesung beschlossen war. Die Sachlage, auf die wir aus Anlaß eines bestimmten Prozesses aufmerksam gemacht sind, ist folgende, für die Gesetzgebungstechnik außerordentlich interessante. Der Absatz 1 des jetzigen § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuches (in der Vorlage § 1691) lautete in der Regierungsvorlage:

„Der Vater ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung und die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung innerhalb der Grenzen der Notdurft zu ersetzen, den gewöhnlichen Betrag dieser Kosten kann die Mutter ohne Rücksicht auf den wirklichen Aufwand verlangen.“

In der Kommission war von sozialdemokratischer Seite zunächst beantragt: die durch den Druck oben hervorgehobenen Worte „innerhalb der Grenzen der Notdurft“ zu streichen. Diesem Antrage wurde bereits in der Kommission zugestimmt: die so gestrichenen Worte fehlen auch in dem im Gesetzblatt veröffentlichten Text des Bürgerlichen Gesetzbuches. Leider urteilen freilich viele Richter noch heute so, als ob diese Worte im Gesetz enthalten wären; daher wird der Betrag der sechswochenkosten häufig entgegen dem Gesetz außerordentlich niedrig normiert. Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktion ging dahin, nach „sechs Wochen nach der Entbindung“ hinzuzufügen: „sowie die durch die Schwangerschaft oder das Wochenbett herbeigeführten sonstigen Nachteile“. Der Antrag wurde damit begründet, daß eine Besserstellung der Mutter auch im Interesse einer Verminderung der Kindersterblichkeit liege. Die Mehrheit der Kommission stellte sich aber auf den Standpunkt, daß die Annahme des Antrages, insbesondere der Begriff „sonstige Nachteile“ zu weit gehe. Der Antrag wurde in der Kommission abgelehnt. Im Plenum wurde er von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt und in der zweiten Lesung am 26. Juni 1896 (Sten. Ber. S. 290) nach Begründung durch den Abg. Bebel, Bekämpfung durch den Regierungskommissar und Befürwortung durch den Abg. v. Strombeck angenommen. In der dritten Lesung ging man nicht mehr auf die Frage ein. Nun zeigt sich aber eine ganz sonderbare Differenz zwischen dem angenommenen Antrag und der Fassung, wie sie sich in dem auf Grund der Beschlüsse des Reichstages redigierten Texte des Bürgerlichen Gesetzbuches vorfindet. In der Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung (S. 271) lautet der § 1715 (damals § 1691) Absatz 1 nicht so, wie er nach dem angenommenen Antrage lauten müßte, nämlich:

„Der Vater ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung und die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung sowie die durch die Schwangerschaft oder das Wochenbett herbeigeführten sonstigen Nachteile“, sondern:

„Der Vater ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung und die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu ersetzen.“

Im Reichstag hat man diese inhaltlich und formell von dem angenommenen Antrag abweichende Fassung in dritter Lesung übersehen. Derselbe Fassung ist dann auch in den Gesetzestext übergegangen. Zu erwähnen ist, daß eine Ermächtigung, den in zweiter Lesung angenommenen Text etwa redaktionell umzuformen, nicht erteilt ist. Der Abg. Dr. Spahn hatte am 25. Juni die Ermächtigung erbeten und erhalten, zwei andere Paragraphen (§§ 257 und 542) für die Zusammenstellung der Beschlüsse anders zu gestalten.

Die Differenz zwischen dem vom Reichstag in zweiter Lesung angenommenen Gesetz und dem publizierten Text des § 1715 Abs. 1 ist für auferhehliche Gebärende von großer Erheblichkeit. Nach dem in zweiter Lesung angenommenen Text mußten Aufwendungen für Krankheiten ersetzt werden, die als Folgen der Schwangerschaft oder Entbindung eintreten, ebenso die Beerdigungskosten für den infolge der Mutterchaft eingetretenen Todesfall, desgleichen mußte ein Ersatz für das Aufgeben einer bisherigen Stelle (als Dienstmädchen, Verkäuferin, Gesellschafterin usw.) geleistet werden. Denn alles dies waren „sonstige Nachteile“ der Schwangerschaft oder Entbindung. Die neuere Fassung stellt insbesondere in Zweifel, ob alle durch Aufgabe einer Stelle erwachsenen Nachteile zu ersetzen sind. Diese Frage wird in der Praxis überwiegend verneint, ja selbst die Frage wird von Kommentatoren bestritten, ob die tatsächlichen Aufwendungen, welche für Aushilfe oder Stellvertretung in dem Arbeitsverhältnis gemacht sind, in dem die Mutter sich befand, zu ersetzen sind. Die Aenderung des Gesetzestextes ist also eine recht erhebliche, dem Kinde und seiner Mutter nachteilige. Wer

ist schuld an dieser ohne Genehmigung des Reichstages erfolgten Textänderung des Beschlusses zweiter Lesung? Welcher Text gilt? Der in zweiter Lesung ausdrücklich beschlossene oder der durch irgend ein Versehen in die angebliche Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung und dann in das Gesetzblatt gelangte Text?

Es ist nicht das erste Mal, daß der Reichstag sich mit der Frage zu beschäftigen hat, ob der in einer Zusammenstellung sich vorfindende oder der wirklich gemeinte und angenommene Text als angenommen zu gelten hat. Wir erinnern hier an die letzte Krankenkassen-Novelle. Dort ist widerspruchlos angenommen: Der Text, dessen Annahme der Reichstag wollte, sei der entscheidende. Das Reichstagsbureau hatte demgemäß in der irrtümlichen Zusammenstellung eine Korrektur vorgenommen, die auch im Reichs-Gesetzblatt publiziert ist. Ist eine Korrektur vorliegend oder noch möglich oder ist hierzu ein ausdrückliches Gesetz erforderlich? Mag man diese staatsrechtliche Frage in welcher Weise immer beantworten: das dürfte unzweifelhaft feststehen, daß bei der Interpretation des § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die vom Reichstag in zweiter Lesung angenommene, dem unehelichen Kinde und seiner Mutter günstigere Fassung zurückzugehen ist.

Die wiederholt vorgekommenen Textirrunge legen die Frage nahe, welche Schritte der Reichstag zu thun hat, um der Wiederkehr einer wesentlich durch die Hast der Beratungen ermöglichten Differenz zwischen seinem Willen und dem Gesetzestext vorzubeugen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. März.

Neue Flottenvorlage!

Noch immer erscheinen die sich wechselläufigen Nachrichten über neue Marineforderungen „für ein Regierungsdementi zu dumm“. Die Regierung schweigt zu den Behauptungen, die aus sehr verschiedenen Quellen kommen und über Umfang und Zeitpunkt einer neuen Vorlage von einander abweichen, die aber sämtlich darin übereinstimmen, daß der Ausbau des Flottenbau-Programms von 1900 ernstlich geplant wird. So geschieht es, daß die Nachricht, so toll sie klingt, täglich weitere Glaubwürdigkeit erfährt.

Das „Berliner Tageblatt“ giebt Kenntnis von den von uns gestern behandelten Aeußerungen der „Allgemeinen Marine- und Handelskorrespondenz“ und bemerkt dazu:

„Es will uns unwahrscheinlich dünken, daß die Regierung mit dieser Vorlage, die aber wohl etwas beschleunigter ausfallen dürfte, bis zur nächsten Session warten wird; dagegen ist es sehr wohl möglich, daß sie dem aus den Ferien zurückkehrenden Reichstage als kleines Osterfest auf den Tisch gelegt wird.“

Und die „Norddeutsche Reichs-Korrespondenz“ bringt diese Mitteilung!

„Durch die Presse gehen allerlei Nachrichten über eine neue Marinevorlage, die eine wesentliche Verstärkung der Schlachtsflotte fordern werde. Von dem besondern Ausbau der Auslands-Kreuzerflotte sei man durch maritime Erfahrungen der letzten Zeit abgekommen. Die Rüstungen der andren Seemächte, die wachsende Handelsmacht des Reiches machten neue Forderungen auf diesem Gebiete aber zur dringenden Notwendigkeit. So sei man entschlossen, ein drittes Doppelgeschwader mit den dazu gehörigen Kreuzern zu fordern und den beschleunigten Bau derselben neben den in den Flottengesetzen vorgesehenen Schiffbauten zu verlangen. — Wir können diese Nachricht vollinhaltlich bestätigen, wenigstens behaupten wir, daß solche Details vorzeitig in die Öffentlichkeit drängen. Daß eine neue große Flottenvorlage kommen würde, war schon seit geraumer Zeit ein öffentliches Geheimnis; nur machte es die Agitation der Kolonialkreise zu Gunsten einer Verklärung unserer Kreuzerflotte zunächst wahrscheinlich, daß diese Vorlage den Wünschen nach dieser Richtung mehr entgegenkommen würde wie bisher. Die Entwicklung der Dinge in Ostasien hat aber unsere maritimen Kreise eines andren belehrt und den Entschluß gezeitigt, den Ausbau eines vollen dritten Geschwaders umgehend in die Wege zu leiten. Die diesbezügliche Ergänzungsnovelle befindet sich noch im Reichsmarineamt, dürfte aber sehr bald auf den Instanzenweg kommen. Immerhin ist es natürlich möglich, schon heute Erörterungen darüber anzustellen, an welchem Zeitpunkt die neue Vorlage dem Reichstage vorgelegt werden solle. Fest steht nur das eine: daß eine Verquickung der Flottenvorlage mit der ebenfalls bevorstehenden, wenig umfangreichen Deeresvorlage unter keinen Umständen stattfinden wird.“

Wenn die Regierung zu allen diesen Mitteilungen schweigt, so weiß das deutsche Volk, woran es ist! Oder wird der Offiziosus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Wahrheit wieder zu verschleiern suchen, indem er erklärt, der Reichskanzler wisse von nichts? Im Reichs-Marine-Amt sind die Wissenden zu finden wie die Aufstraggeber der Wahlcouverts schließlich im preussischen Ministerium des Innern gefunden worden sind.

Es ist doch gut, daß die Wahlcouverts — in aller Harmlosigkeit natürlich! — fertig gestellt werden. Wenn die obigen Osterei-Mitteilungen sich bestätigen, so können sie sehr schnell in Gebrauch kommen. —

Der Zeininister

Herr Aufstrag, der höchste Zeurist des Landes Oldenburg, hat abermals seine Ehre gerettet. Der neue Redakteur des dortigen „Residenzboten“ stand wegen eines den Minister beleidigenden

Gedichts vor Gericht. Die Verhandlung förderte ein höchst bemerkenswertes Material über die Sitten des Justizministers von Oldenburg zu Tage. In Aussagen, die ein Keilner bei dem Verteidiger des Angeklagten zu Protokoll gegeben hat, wird behauptet, daß der frühere Oberstaatsanwalt nicht in grauer Vorzeit ein paar Mal gespielt hat, sondern daß er bis in die neueste Zeit dem verbotenen Hazardspiel in der unglücklichsten Weise geföhnt und seiner Spiel Leidenschaft alles geopfert hat. Ueber die Wirtschaft dieses erstklassigen Menschen lese man den Gerichtsbericht nach. Man wird da auch die Namen von Offizieren finden, die direkt vom Spieltisch in den Dienst ritten und offenbar dann ganz prächtig disponiert waren, die Rekruten zu Nacht und Ehre zu erziehen.

Staatsanwaltschaft und Gericht hielten die Vorladung dieses und andrer Zeugen für — unerheblich und verurteilten den Redakteur wegen formaler Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Daraus zu schließen, daß man im Staate Oldenburg zwar dem verbotenen Glücksspiel ungestört fröhnen darf, daß es aber strafbar ist, wenn man die Meinung ausdrückt, daß es sich für einen Justizminister nicht schickt, mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu geraten.

Was aber wird nun der jetzige Oldenburger Staatsanwalt gegen den Justizminister unternehmen? —

Deutsches Reich.

Der Abschied der Verbannten.

Die Polizeimacht sollte die russischen Schnorzer und Verschwörer auf die Arnen zwingen. Der Bossische Liberalismus rief den 14. „Ausgewiesenen“, des- und wehmütig Gnade zu erbitteln. Aber sie haben nicht gebettelt und die Polizeimacht wird zu Schanden vor dem moralischen Sieg der Verfolgten. Nicht die russische Freiheitsbewegung, nicht die Sozialdemokratie ist getroffen, da die Bierzehn der Polizeigewalt weichen, nur die preussisch-deutsche Ausfensmach ist vor der Kulturöffentlichkeit und vor dem Urteil der Nachwelt gerichtet.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag 1/2 Uhr sind, nachdem drei von ihnen der göstlichen Verolina schon Tags zuvor den Rücken gelehrt hatten, zehn der Verbannten vom Anhalter Bahnhof in das Ausland abgereist. Die Abfahrt gestaltete sich zum ergreifenden Vorgang. 120 bis 150 Landvolke geleiteten — unter der unermesslichen postgeislichen Eskorte — die zehn zum Zuge. In einem „Salonwagen“ vierter Klasse, unter deutschen Proletariern, nahmen die Scheidenden Platz. Die Freunde und Leidensgefährten strömten herbei und in ernster, ergreifender Begeisterung ertönte im hundertstimmigen Chor das Kampflied und Gelübde der Wärtzer: „swelo, drusja ne terjaito hodrost w norawnoi borbo!“ („Vorwärts! Freunde, nicht verzagt im ungleichen Kampf.“) Nach der dritten Strophe setzte sich der Zug in Bewegung.

Nicht enden will das „Hoch den Vertriebenen“, das Tücher- und Hütchenwehen, an dem sich auch die deutschen Reisegesährten der „Zehn“ beteiligen, bis der Zug aus der Halle verschwunden ist.

Die russische Jugend, die um die Freiheit ringt, zieht hinaus. Nur russische Reaktion hat in Preußen ihre Stätte. —

Liberaler Verlogenheit. Wir haben gestern den großen Schwindel der Liberalen und Pressfünftigen aufgedeckt, die ihre preussischen Wahlrechtsverschlechterungsanträge damit zu entschuldigen suchen, daß man praktische Politik treiben müsse und mehr nicht erreichen könnte. Wir haben unwiderleglich nachgewiesen, daß sie umgekehrt auf der einen Seite eine unerreichbare Reform (gleiche Wahlkreise) beantragen, andererseits auf eine erreichbare Verbesserung (geheime Wahl) verzichten. Wir haben endlich noch gezeigt, daß schließlich zur Annahme der Teil des Antrages gelangen wird, der eine plutokratische Verschärfung des Dreiklassenystems bewirkt und dem Proletariat jede Möglichkeit nimmt, auch nur ein Mandat zu erringen.

Die aber rechtfertigt sich nun die „Rational-Zeitung“? Sie unterschlägt ihren Lesern vollständig unsere Argumentation, versucht den Anschein zu erwecken, als ob wir dem Antrag das zum Vorwurf machen, daß er nicht unerreichbare Prinzipienforderungen aufstellt, und wiederholt nach solcher Fälschung ruhig den von uns gerade widerlegten Schwindel:

„Es ist kaum nötig, die Frage aufzustellen, wer hier in Wahrheit mehr für die Volksinteressen arbeitet, diejenigen Parteien, die unter vorläufiger Zurückhaltung ihrer prinzipiellen Forderungen den Weg einschlagen, auf dem positive Reformen schon jetzt erreichbar scheinen, oder die Partei, die mit dem Kopf durch die Wand rennen will und, ohne sich auf irgend welche Teilzahlung einzulassen, auf einem Programm besteht, dessen Verwirklichung gegenwärtig keinen andren Erfolg haben kann, als das vollständige Scheitern jedes Verlauchs einer Reform.“

Haben denn die Liberalen nicht einmal den Mut, sich zu dem reaktionären Attentat zu bekennen, das sie gegen das Proletariat schmieden? Müßten sie sich hinter ein verlogenes „staatsmännisches“ Argument verbergen, das gar nicht in Frage steht, und muß der bedauerndste Tintensbediente dieser liberal-trübsinnigen Aktion für sein Gehalt auch die Pflicht übernehmen, einer klar festgestellten Wahrheit täuschend aus dem Wege zu gehen?

Was aber denkt Herr Barth von diesem liberalen Handel? —

Parlamentarische Abende. In Darmstadt und in Karlsruhe hat sich wiederum das Furchtbare zugetragen, daß Sozialdemokraten mit Ministern und gar mit einem Großherzog auf parlamentarischen Abenden unterhalten haben. In Karlsruhe sind neben fast allen andren Mitgliedern der Zweiten Kammer auch die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zu der vom Staatsministerium ausgehenden Veranstaltung erschienen; in Darmstadt war Minister Rothe der Herr, auch der Großherzog erschien und unterhielt sich, wie man schon wiederholt, mit unserem Parteigenossen Ulrich in längerem Gespräch.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ bekundet wiederum ihren Kerger über den Vorgang durch gereizte Bemerkungen gegen die badischen Minister und gegen den Großherzog von Hessen. Das Blatt beweist dadurch nur die Enge seines politischen Denkens. —

Die Geheimhaltung der Wahscouverts. Ein süddeutsches u. m. 1. Blatt hat, wie wir mitteilen, die uns zuverlässig zugegangene Meldung bestätigt, daß der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ spät zugestandene Auftrag zur Herstellung von Wahscouverts unter den Vorbehalt strenger Geheimhaltung aus gegeben worden ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bestreitet, daß „besondere Discretion“ zur Pflicht gemacht worden sei.

Offenbar ist also die Sache so diskret behandelt worden, daß auch die „Norddeutsche Allgemeine“ nichts davon wissen soll. Denn wir müssen mit aller Bestimmtheit unsere Meldung aufrecht erhalten, daß den Fabrikanten strengste Geheimhaltung anbefohlen worden ist.

Ministerreise. Eine Berliner Wochenchrift macht unter „Berliner Leben“ auf die Festlichkeiten aufmerksam, die am vorigen Sonnabend bei sehr hohen Reichs- und Staatsbeamten stattfanden. Minister v. Pöbelski hielt Prunkfest und Graf Bülow hatte Empfangsabend, zu dem zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten erschienen und auf dem es sehr festlich herging; vorwärts Orchester besaßerte mit lustigen Walzerlängen die Feiernenden. Man amüsierte sich ausgezeichnet.

Es war das derselbe Tag, an dem aus Südwestafrika die Nachricht kam, daß sechsundzwanzig deutsche Soldaten, darunter sieben Offiziere, gefangen sind! —

Soldatenschinder. Vor dem Kriegsgericht der 4. Division in Bromberg hatte sich am Montag der Lieutenant Wilhelm v. Gerner wegen Soldatenmißhandlung zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde auf Beschluß des Gerichtshofes die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das in öffentlicher Sitzung verkündete Urteil gegen den Angeklagten lautete auf zwei Monate Festungshaft. Aus den Urteilsgründen ging hervor, daß der Angeklagte die ihm unterstellten Leute beim Exerzieren überaus scharf mißhandelt. Es soll dies namentlich bei den Uebungen auf das Kommando „Niedertreten!“ und „Aufstehen!“ geschehen sein, das ununterbrochen, ohne Ruhepausen längere Zeit hindurch erfolgte, so daß die Gesundheit der Leute darunter gelitten hat. Als Zeugen waren die betreffenden Soldaten und ein Militärarzt als Sachverständiger anwesend.

Aus Düsseldorf wird vom 23. März der „Volks-Ztg.“ berichtet: Der in der heutigen Sitzung des Kriegsgerichts aus der Untersuchung vorgeführte Unteroffizier Wilhelm Reis vom hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 30 hatte am 20. Februar seine Mannschaft durch Gewehrschüsse über Gebühr angestrengt, und den Pfahler Braun, als diesem über wurde, durch Schläge derartig mißhandelt, daß der Soldat in Krämpfe verfiel. Er wurde nur zu vierzehn Tagen Mittelarrest verurteilt.

Zwei Jahre Gefängnis wegen einer geringfügigen Fälschung.

Der Anonim Kohrs von der zweiten Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 26 in Verden stand am 22. v. M., abends von 10 bis 12 Uhr. Posten; er war der Meinung, daß sein Kamerad, der die nächste Postennummer hatte, nicht pünktlich abgelöst habe, und machte diesem, als die Ablösung erfolgt war, darüber Vorhaltungen und schlug ihm an sein Seitengewehr, dabei seinem Nachfolger eine geringfügige Verletzung zufügend. Dieser Vorfall führte den Kohrs vor das Kriegsgericht unter der Anklage des thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten, was der Posten in dem Augenblicke war; der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt. — Das Urtheil konnte einem in den Adern erstarren, bemerkt dazu das „Harb. Volksbl.“, wenn man liest, wie hier eine unbedeutende Fälschung zu einem der schwersten militärischen Vergehen gestaltet und mit einer im Verhältnis zur Sache fürchterlichen Strafe belegt worden ist. Durch solche Urtheile untergräbt der Militarismus selbst sein Fundament.

Aus der Eskadron eines Prinzen. München, 22. März. (Fig. Ver.) Die 5. Eskadron des 1. schweren Reiter-Regiments war am 19. September v. J. in Wilshofen einquartiert. Der Reiter Theodor Freymüller, der an diesem Tage ein kriegsgerichtliches Urteil wegen unerlaubter Entfernung zugestiftet erhalten hatte, besprach sich mit dem Reiter Enighammer, wie sie am besten dem in der Eskadron allgemein unbeliebten Sergeanten Kraglauer einen Schabernack spielen könnten. Bei dem nachmittags stattfindenden Löhnungsappell erkundigte sich Freymüller außerdem nach dem Zimmer des Eskadronchefs, des Prinzen Franz von Bayern, und ließ sich von der Ordonnanz die betreffenden Fenster zeigen. Abends gingen die zwei in Begleitung des Reiters Klinger nach dem nahegelegenen Willenbach, und als sie gegen 11 Uhr von ihrem unerlaubten Auszuge zurückkehrten, trennte sich Klinger von ihnen, Freymüller und Enighammer aber schlichen sich zum Quartier des Sergeanten Kraglauer, nahmen dessen gepackten Sattel und warfen ihn in eine nahe Jauchgrube. Dann warf Freymüller zwei Fensterhebeln des Zimmers des Prinzen ein, während Enighammer Wache stand. Mit ausgesuchter juristischer Spitzfindigkeit hatte der Vertreter der Anklage alle Belastungsmomente zusammengetragen, um die That der Angeklagten in möglichst schlechtem Lichte darzustellen zu können. In der Verabredung erblühte er militärischen Aufruhr und Meuterei, in der Preisgabe des Sattels Diebstahl, im Einwerfen der Fenster eine thätliche That gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses und zugleich gegen einen Vorgesetzten, und beantragte daher gegen Freymüller acht Jahre Zuchthaus, gegen Enighammer vierzehnjährige Zuchthaus, gegen Klinger dreieinhalb Jahre Gefängnis. So schwer fiel nun allerdings das Urteil nicht aus, es fällt aber trotzdem durch seine enorme Strenge auf. Alle drei Angeklagten wurden wegen unerlaubter Entfernung zu acht- und zwanzig Tagen strengen Arrests verurteilt, Klinger im übrigen freigesprochen. Wegen Preisgabe von Dienstgegenständen und Verleumdung eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses und eines Vorgesetzten erhielt Freymüller drei Jahre Gefängnis, Enighammer ein Jahr neun Monate Gefängnis; beide werden in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. — An Popularität wird der bairische Prinz hierdurch nicht gewonnen haben; populär sind die bairischen Prinzen bei der Armee überhaupt nicht. Wurden doch auch dem Onkel des Prinzen Franz, dem Corpskommandeur Prinz Arnulf, vor mehreren Jahren während des Manövers die Fenster eingeworfen.

Wie Majestätsbeleidigungen entstehen. Aus München wird uns berichtet: Der 30 Jahre alte ledige Glasergehilfe Sebastian Wühl von Rettenbach, ein vielfach vorbestrafter Vagant, begehrte am 26. Januar im Hof für Obdachlose in München ein Quartier. Wegen Ueberfüllung zurückgewiesen begab er sich auf die Polizeidirektion und wiederholte hier sein Verlangen. Von dem jourhabenden Beamten aus dem Bureau gewiesen, antwortete er dem Beamten, „das Betteln und Streunen ist mit mir zu dumm und damit ich ein Nachtquartier bekomme, sage ich Ihnen: der Prinzregent von Bayern ist...“ (folgt eine gemeine Verleumdung). Damit hatte der Mann seinen Zweck erfüllt, denn er wurde verhaftet. Er wurde jetzt vom Landgericht wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein amtlicher Bericht über den Herero-Anstand.

Der vom kaiserlichen Gouvernement in Windhuk ausgeht, dessen erster Teil vom 20. Januar und dessen zweiter Teil vom 8. Februar datirt ist, wird in einer Extra-Ausgabe des „Deutschen Kolonial-Blattes“ veröffentlicht. Der Bericht enthält sehr wenig Neues. Die mitgetheilten Verlustlisten sind bereits früher veröffentlicht worden. Sie bestätigen nur, daß die Mitteilungen der Missionare richtig und die Schauererzählungen über die Abschachtung von Frauen und Kindern falsch waren. Unter den 49 von den Hereros Ermordeten befinden sich nur zwei Frauen und zwei Kinder, darunter ein vierzehnjähriger Knabe, der nach der Putzung eines Leuges bei lebendigem Leibe kastriert worden

sein soll. Bestätigt wird, daß eine ganze Anzahl von Frauen und Kindern geschont wurden. Die Mitteilung von der grauenhaften Ermordung und Verstümmelung der Frau Bilet und ihrer Schwester, die geschont wurden, stammt nach dem Bericht von zwei Eingeborenen, deren Märchenerzählungen schleunigst zur Ausschätzung weiterverbreitet und auch im Reichstag von den Rednern der bürgerlichen Parteien wieder ausgeschaltet wurden.

Trotzdem gefällt sich auch der amtliche Bericht in der Behauptung, die Ermordungen seien „zum Teil mit viehischer Grausamkeit unter Verstümmelung der Leichnamen“ begangen worden. Dabei wird aber — abgesehen von der Ermordung des erwähnten 14-jährigen Knaben — nur in einem einzigen Falle berichtet, daß einem Getöteten der Kopf abgeschnitten worden sei. Sehr eigentümlich nimmt sich auch die durch nichts bewiesene Behauptung aus, anscheinend (!) sei der Befehl ergangen, alle Weisen ohne Ausnahme (!) seien grausam (!) zu ermorden. Dabei wurden, wie der Bericht selbst melden muß, außer den Missionaren auch die Boeren wie die Frauen und Kinder geschont! Immerhin giebt der Bericht zu, daß die seit langem unter den Hereros herrschende Gährung wesentlich auf „das vielfach gewaltthätige Auftreten der Warenhändler beim Eintreiben ihrer Forderungen“ zurückzuführen sei.

Ueber diese Gewaltthätigkeiten der Händler schreibt übrigens auch die „Kreuz-Zeitung“:

„Man hat es gewissenlosen Händlern gestattet, die Unerfahrenheit und den Leichtsinne der Hereros auszunutzen. Man hat ihnen wertlosen Land in Hülle und Fülle zum Kauf angeboten und hat sie durch reichliches Gewähren von Kredit geradezu zum Schuldensinken verleitet. Die Verschuldung der Hereros bei den weißen Händlern war in den letzten Jahren ins Unglaubliche gewachsen; ganze Dörfer waren mit all ihrem Vieh und ihrem ganzen Grundbesitz bei ihren Gläubigern verschuldet. Wenn das so weiter fortging, mühte das ganze Volk in kürzester Frist zu einem bestialisches Proletariat herabzusinken, unfähig, sich selbst zu erhalten, ungeeignet zur Erschließung des Landes brauchbare Dienste zu leisten.“

Die deutschen Händler haben also in Südwestafrika in einer Weise Buchergeschäfte und Güterschlächtereien betrieben, daß ihrer Landwirthschaft gegenüber die schlimmsten jüdischen Wucherer Waisenkinder waren! Das hindert aber unsere antisemitische Presse nicht, sich dieser arischen Halbabschneider mit wahrer Begeisterung anzunehmen und alle inzwischen bekannt gewordenen Schandthaten dieser „Kulturzionisten“ mit dem Mantel der Pädagogischen Nächstenliebe zuzudecken! Im übrigen kämpfen diesmal Antisemiten und Philosemiten freundschaftlich Schulter an Schulter. So entkräftet sich heute das „Wolfs-Blatt“ über die Enthüllungen des Missionars im „Reichsboten“, die wir in unserer Nummer vom 22. März an leitender Stelle wieder gegeben haben. In „geradezu Weberscher Manier“, schreibt das „Berliner Tageblatt“, habe der anonyme Missionar die Hereros in Scham genommen. Es fährt dann fort:

„Werkwürdig, daß dieser brave Missionar erst jetzt mit solchen Beschuldigungen hervortritt! Können solche Fälle vor, warum stand denn bisher nichts davon in den Missionsberichten, warum wurden solche Fälle nicht der Behörde angezeigt? Das wäre doch wohl Pflicht der Missionare als solcher und als Deutscher gewesen. Wir halten es für die selbstverständliche Pflicht unserer amtlichen Kolonialreise, den Mitteilungen dieses Anonymus auf den Grund zu gehen. Man wird ermitteln müssen, ob der Mann vertreten kann, was er sagt. Ist er kein verleumdender Schwärzer, so hat er die Verpflichtung, aus seiner Anonymität heranzutreten, um eine Untersuchung der Sache möglich zu machen. Wer gegen seine eignen Landleute so schwere Anklagen erhebt, hat die Pflicht, das nicht unter dem Schutze der Anonymität zu thun, sondern durch öffentliches Auftreten eine Besserung der von ihm behaupteten Zustände zu ermöglichen. Daß eine ganze Reihe weiterer Angaben dieses Anonymus bereits durch amtliche Meldungen widerlegt worden sind, stellt seiner Glaubwürdigkeit übrigens von vornherein ein schlechtes Zeugnis aus.“

Daß eine ganze Reihe von Angaben des Verfassers des Artikels des „Reichsboten“ durch amtliche Meldungen widerlegt worden seien, ist zwar nur vernehmliches Geschwätz des „Wolfs-Blattes“, darin aber hat das Blatt recht, daß die Missionare längst die Pflicht gehabt hätten, mit ihren Anklagen heranzutreten. Nur, daß gerade das „Berliner Tageblatt“ kein Recht hat, die Missionare deshalb anzuzurempeln. Hat doch gerade das „Berliner Tageblatt“ selbst die elende Taktik des Totschweigens der kolonialen Schandthaten mit besonderer Vorwurft geübt. Hat es doch auch jetzt wieder aus dem sensationellen Artikel des „Reichsboten“, der zwei Spalten lang war, ganze neun Zeilen wiedergegeben!

Reite Ausflüchten!

Ueber die Kriegsausflüchten in Südwestafrika schreibt die „Allgemeine Marine-Korrespondenz“:

„Sie (die neuesten Truppennachschübe) bringen die Truppenmassen in Südwestafrika auf ungefähr 4000 Mann; um aber wirklich Herren des Landes zu werden, um die nördlichen Distrikte dauernd zu unterwerfen, die Entwaffnung durchzuführen, werden wir mindestens 6000 Mann stark sein müssen, wobei noch vorausgesetzt wird, daß im Süden nichts passiert und die Bondelzwarts usw. sich ruhig verhalten.“

Der Krieg, den unsere herrliche Kulturverbreitung in Südwestafrika entfesselt, kann uns also Nasammen kosten! Und dabei erklärte selbst Missionar Nege in Donabrad, ein Mann, der durch zwanzigjährigen Aufenthalt in Südwestafrika das Land genauer kennt als irgendeiner, daß diese Sandwüste die ungeheuren Opfer gar nicht wert sei! —

Berichtigung. Die Erklärung Webers in Nr. 70 unseres Blattes enthält einen bedauerlichen Druckfehler. Es darf nicht heißen:

„Ich selbst war ein Mitglied des Nationalvereins“, sondern:

„Ich selbst war ein Mitglied des Nationalvereins“. —

Ausland.

Luise Michel.

In London starb am Dienstag im Alter von fast 71 Jahren die Heldin der Pariser Kommune Luise Michel. Wie alle Kämpfer der Kommune ist auch sie von der Bourgeoisie schamlos und wahrheitswidrig verlästert worden. Sie war in Wahrheit ein Weib von edler Herzengüte, das echte Liebe für die Glenden zur Empörung gegen die Unterdrückung trieb. Sie war keine klar denkende Sozialistin, man mag sie wohl eine Gefühls-Anarchistin nennen; aber sie war ein tapferer Mensch, der vor keiner Gefahr bebte, wenn es galt, für die Freiheit und für die Leidenden zu kämpfen.

Luise Michel wurde am 20. April 1833 als uneheliches Kind geboren. Auf dem Schlosse ihres Großvaters im Departement Haute-Marne erhielt sie eine gute Erziehung. Nach dessen Tode verließ sie mit ihrer Mutter das Schloß und erwarb im Seminar das Lehrereigniszeugnis. Leidenschaftlicher Haß gegen das Napoleonische System ließ sie nicht in eine Staatsanule eintreten, sie begründete erst in der Provinz, dann in Paris eine Privatschule. Sie war der Abgott der Schülerinnen. Ingleich aber nahm sie Teil an den

politischen Entwicklungen des Landes. Als das Kaiserreich stürzte, wendete sie sich auch gegen die bürgerlich-reactionäre Regierung und wurde Mitwirkende der Kommune von Paris. Sie gehörte mit zu den Begründern des Wahsamkeitssomitees des 17. Arrondissement und des Frauenclubs am Montmartre. Als die Straßenkämpfe lamen, errichtete sie ein weibliches Ambulanzcorps, dessen Mitglieder die Verwundeten unter den Kartätschen selbst versorgten. Sie ging in die Spitäler, die Verwundeten zu pflegen und, wie der Historiker der Kommune erzählt, das Auge der Sterbenden belebte sich bei dem Ton dieser sanften Stimme, die ihnen von freier Republik und Hoffnung sprach. Die Kommune sank unter den Greueln der Versailleser Reaktion dahin und Luise Michel wurde mit so vielen andern vor das Kriegsgericht gestellt. Da trat sie am 16. Dezember 1871 heldenmütig vor die Offiziere, deren Urtheilsspruch sicher war. Da trug sich diese Scene zu:

„Ich will“, erklärte Luise Michel, „mich nicht verteidigen, ich will nicht verteidigt werden. Ich gehöre von ganzer Seele der socialen Revolution an, und ich erkläre, die Verantwortlichkeit für alle meine Handlungen auf mich nehmen zu wollen. Ich acceptiere sie vollkommen, ohne Vorbehalt. Sie werfen mir vor, an der Hinrichtung der Generale teilgenommen zu haben? Darauf würde ich mit Ja antworten, wenn ich mich auf dem Montmartre befunden hätte, als sie auf das Volk schiessen lassen wollten; ich würde nicht gezauert haben, selber auf Männer zu schießen, die solche Befehle gaben. Was den Brand von Paris betrifft, so habe ich allerdings daran teilgehabt. Ich wollte den Versailleser Eindringlingen eine Feuereschlange entgegenstellen; ich habe keine Mitschuldigen, ich habe aus eigenem Antrieb gehandelt.“ Der referierende Kapitän Dailly trug auf Todesstrafe an. Die Angeklagte erwiderte: „Was ich von Ihnen verlange, die sich das Kriegsgericht nennen, die sich als meine Richter geben und sich nicht verstecken wie die Gnadenkommission, das ist das Feld von Saton, wo unsre Brüder bereits gefallen sind. Man muß mich aus der Gesellschaft wegstreichen. Sie sind beauftragt, es zu thun! Wohlau, der Kommissar der Republik hat recht. Da es scheint, daß jedes Herz, das für die Freiheit schlägt, nur Recht hat auf ein Stückchen Blei, so verlange auch ich meinen Teil. Wenn Sie mich leben lassen, so werde ich nicht aufhören, nach Rache zu schreien, und werde die Mörder von der Gnadenkommission der Rache meiner Brüder denunzieren.“ Der Präsident des Gerichts: „Ich kann Ihnen das Wort nicht lassen.“ Luise Michel: „Ich bin zu Ende...“ Wenn Sie keine Feiglinge sind, so töten Sie mich.“ Sie hatten nicht den Mut, sie auf einmal zu töten. Sie wurde zur Deportation nach einem besetzten Ort verurteilt und nach Neu-Kaledonien geschleppt.

Erst durch die Amnestie von 1880 wurde sie begnadigt. Sie kehrte nach Paris zurück und hat seitdem mit ungebrochener Energie für die Volksbefreiung gewirkt. Sie wurde noch wiederholt zu Gefängnisstrafen verurteilt. Sie verlebte die späteren Jahre teils in Paris, teils in London und schrieb außer ihren Memoiren mehrere socialistische Romane.

Das Proletariat aller Länder wahrt das Andenken dieser Tapferen! —

Oesterreich-Ungarn.

Der Todesmarsch von Bilet hat nunmehr die militärgerichtliche Sühne erhalten. Im Sommer vorigen Jahres waren in Bosnien bei einem in furchtbarer Hitze abgehaltenen Uebungsmarsch des 12. Regiments bei Bilet (Bosnien) nicht weniger als 14 Soldaten an Hitzschlag gestorben. Die „Volks-Bureau“ aus Wien meldet, wurde am Mittwoch Oberst v. Grünweig zu fünf, Oberst v. Törol zu zwei Monaten strengen Arrests (!) verurteilt wegen Außerachtlassung der Dienstvorschriften, begangen durch Hintanhaltung der Vorgesetzten obliegenden Sorge für die Erhaltung und Schonung der untergebenen Mannschaft. Gegen Major Jajahi wurde das Verfahren eingestellt. Er soll im Disciplinarwege bestraft werden. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. —

Frankreich.

Die Hege gegen Pelletan.

Paris, 22. März. (Fig. Ver.) Das Kabinett Combes wird von allen Seiten angegriffen. Neben den Frontattaden in der Kammer hat es eine nicht minder kräftige Seitenattacke in der Budgetkommission abzuschlagen. Und hier wie dort stehen an der Spitze der Angreifer bisherige Mitglieder des Bloc!

Der Kommissionsangriff gilt dem Marineminister Pelletan, und er wird ausgeführt natürlich unter der Fahne des Patriotismus. Die ungeduldrigen Ministerkandidaten mit Doumer, dem Vorsitzenden der Budgetkommission, an der Spitze haben den russisch-japanischen Krieg als vortrefflichen Anlaß gewählt, um die seit langem gegen Pelletan betriebene Preßhege zu einer parlamentarischen Hege zu steigern. Pelletan wird beschuldigt, die Flotte „desorganisirt“, die Kolonien jeglichen Schutzes entblößt, die Schiffsbauten verzögert und vernachlässigt — kurz, das Vaterland auf dem Wasser verrotten zu haben. Den Doumer, Lodozoy (einem mehrfachen ehemaligen Marineminister) und Konforten stehen zur Seite unzufriedene reactionäre Admirale, die Vertreter der „Marine-Feudalität“ (ein Ausdruck Pelletans), gegen deren Klügelwirtschaft der demokratische Marineminister nach Wahlgabe seines ach! wie schwachen Einflusses zu kämpfen sucht. Die Admirale unterstützen die Hege gegen ihren Minister sogar durch Veröffentlichung vertraulicher Dokumente oder durch anonyme Zeitungsartikel, von intimen Mitteilungen an die parlamentarischen Feinde Pelletans schon gar nicht zu sprechen. Weitere Bundesgenossen der letzteren sind die mit Pelletan aus gutem Grunde unzufriedenen Marine-Lieferanten, die namentlich bei den Deputierten der Hafenstädte Gehör finden. . . .

Bei der allgemeinen Erschütterung der Stellung des Kabinetts ist es den portefeuilistischsten Wasserpatrioten gelungen, die Budgetkommission gegen Pelletan mobil zu machen. Die Regierung mußte in ein „gründliches Studium“ der Lage der Marine durch jene Kommission einwilligen. Die Kommission aber hat besagtes Studium usurpatorisch in eine hochnotpeinliche Untersuchung verwandelt. Nachdem der Marineminister alle Anklagen widerlegt hat, wollen die Ankläger den Briefwechsel zwischen dem Minister und seinen Untergebenen zu Hilfe rufen, d. h. öffentlich die unzufriedenen Admirale gegen den Minister auspielen! Pelletan kann das selbstredend nicht zugeben. Seine Weigerung, sich von den Untergebenen anklagen zu lassen, soll nun, wie bestimmt gemeldet wird, zum Gegenstand einer ministerstürzenden Interpellation gemacht werden.

Unter den Haupthegern befindet sich, wie erwähnt, auch Lodozoy. Derselbe Mann aber hat als Marineminister zur Zeit des Jachoda-Konfliktes mit England vor der Budgetkommission die Verwahrlosung der Marine eingestanden müssen. Und das Resultat davon war lediglich die ihm von der Kommission erteilte Vollmacht, ohne Parlamentsvotum so und so viel Millionen schleunigst auszugeben, um die Folgen seiner Mißwirtschaft wettzumachen. Niemand sprach damals von einer Untersuchung usw. Das stellt die jetzige patriotische Untersuchungswut der Herren ins rechte Licht.

Paris, 23. März. Der Marineminister Pelletan hat einem Vertreter des „Gil Blas“ erklärt, wenn er auch den gegen ihn gerichteten Angriffen unterliegen sollte, so würde das keinesfalls den Sturz des Kabinetts zur Folge haben. Er würde einfach seine Entlassung geben und in den Reihen seiner Partei weiter kämpfen.

Der „Gaulois“ behauptet, der Abgeordnete Thomson, der zwar der demokratischen Vereinigung angehört, aber bei den Radikalen und Sozialisten Sympathien genießt, sei für den Fall des Rücktritts Pelletans zu dessen Nachfolger in Aussicht genommen.

Paris, 24. März. In der Nachtigung der Deputiertenkammer wurde nach langer Beratung Artikel 3 des Gesetzes über die Aufhebung des Kongregations-Unterrichts angenommen. Der Artikel betrifft den Ausschuss der Schließung der Niederlassungen. Zahlreiche Amendements zu anderen Artikeln wurden sodann eingebracht. Nachdem ein Amendement Sprond, welches besagt, daß die Ausgaben für die Anwendung des Gesetzes, soweit sie den Betrag von 26 Millionen übersteigen, dem Staate obliegen sollen, mit 225 gegen 46 Stimmen abgelehnt war, wurde die Sitzung um 3 Uhr 40 Minuten auf nachmittags 2 Uhr vertagt. —

Italien.

Zur Affaire Raffi. Die Kammer beschloß, daß eine aus fünf Deputierten bestehende Kommission eine Untersuchung über die Geschäftsführung des früheren Unterrichtsministers Raffi anstellen und der Kammer bis spätestens 31. Mai d. J. Bericht erstatten soll. Raffi erklärte sich mit der Einsetzung eines solchen Ausschusses einverstanden.

Dänemark.

Der Prügelfesentwurf. Nach einer langen Debatte, die sich über eine Reihe von Sitzungen erstreckt hatte, wurde die erste Lesung des von dem Liberalen Weistrup gestellten Gesetzesentwurfs beendet, der neben einigen wünschenswerten Verbesserungen der Strafrechtspflege, wie z. B. die Einführung der bedingten Strafurteile, die von dem Justizminister Alberti verlangten Prügelfestbestimmungen in etwas eingeschränkter und gemildeter Form enthält. Der Justizminister und die ihm ergebene Presse hat sich, seitdem die Frage zur Debatte, stets eifrig bemüht, allerlei Berichte über brutale Ueberfälle zu bringen, die beweisen sollten, wie notwendig die Einführung der Prügelstrafe sei. Merkwürdigerweise konnte „Socialdemokraten“ in allen diesen Fällen nachweisen, daß es sich um aufgekaufte und erdichtete „Kübergerichte“ handelte. — In der Folkethingsdebatte wandten sich außer unsren Genossen auch eine Anzahl liberaler Abgeordneter und selbst Konservativen gegen die Einführung dieser barbarischen Strafmethode. Der Justizminister Alberti belannte sich im Laufe der Debatte als Gegner der bedingten Strafurteile; er ist aber geneigt, diesen kleinen Fortschritt mit in Kauf zu nehmen, wenn die Prügelstrafe eingeführt wird. Uebrigens ist der Ministerpräsident Deunyer, wie unser Genosse Vögelberg erwähnt, als Gegner der Prügelstrafe bekannt.

Es verlautet, daß die Regierung die Reichstags-Session über Ostern hinaus verlängern will, lediglich der Prügelstrafe wegen. —

Rußland.

Neue Massenverhaftungen von Studenten in Rußland. Nach Odessa folgt Dorpat. Wie von dort gemeldet wird, wurden wegen „Verbreitung von revolutionären Proklamationen“ bei sämtlichen Universitätsforen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere hundert Studenten wurden verhaftet. —

Von den russischen Universitäten

erhält der „Napzod“ eine Reihe von Nachrichten, die auf eine wachsende Gärung unter der studierenden Jugend deuten.

In Kiew hat die Korporation der polnischen Studenten eine Resolution beschloffen, in der sie sich gegen den Krieg erklärt und dann fortfährt: „Angesichts der Thatsache aber, daß das Werk der Zerstörung begonnen hat, sind wir gezwungen, Japan den Sieg zu wünschen, da ein Sieg Rußlands die Macht des Zarats stärken würde.“

Im Gegenteil kann die durch Niederlagen geschwächte russische Regierung um so leichter durch die revolutionären Kräfte des Landes — denen alle unsre Sympathien gehören — gestürzt werden.

In Petersburg ist nach den Frauenkursen und nach dem Berginstitut auch die Universität am Vorabend einer akademischen Versammlung geschlossen worden; es folgten Massenverhaftungen (18. Februar alten Stils) — unter ihnen Skorolensko.

In Kaslau wurden etwa 100 Leute wegen einer akademischen Versammlung verhaftet.

In Dorpat fand eine von 600 Akademikern besuchte Versammlung statt, die mit einer Demonstration endete. Die Universität ist geschlossen.

In Odessa dauert der Streik, der durch die Einführung der Polizei in die Universität hervorgerufen wurde, fort. Ein Teil der Professoren hat um ihre Entlassung gebeten, der andre Teil enthält sich der Vorlesungen. —

Die revolutionäre Bewegung in Rußisch-Polen.

Aus Warschau wird uns geschrieben: Seit dem Kriegsausbruch wächst die revolutionäre Gärung der Arbeiterschaft und der Bauernschaft ständig. In Litauen und in Polen steigt fortwährend die Zahl der Deserteeure, die in der letzten Zeit vorwiegend Bauern sind. Die polnische Partei-Organisation hat schon direkt nach dem Kriegsausbruch im ganzen Lande einen regierungsfreundlichen Aufruf verbreitet, dem eine Straßendemonstration in Warschau folgte. Vor kurzem wurde ein gemeinsames Flugblatt, unterzeichnet von der Polnischen sozialistischen Partei, der Litauischen Socialdemokratie, der Lettischen Socialdemokratie und der weiß-russischen revolutionären Verbindung in vier Sprachen in der Gesehinde der Warschauer „Robotnik“ gedruckt und in ganz Polen, Litauen, Lettland und Weiß-Rußland verbreitet.

Am 14. März hat in Warschau wieder eine von der polnischen sozialistischen Partei veranstaltete Demonstration der Arbeiterschaft stattgefunden, an der Tausende teilgenommen haben. Die Arbeiter formierten sich in einen geordneten Zug und zogen durch die Arbeiterdörfer, in denen sich immer neue Scharen angeschlossen, unter dem Gesang der polnischen „Roten Standarte“. Die Demonstranten riefen: „Nieder mit dem Jaren!“ „Nieder mit der Fremdherrschaft!“ „Hoch die Arbeiterjahre!“ „Hoch das sozialistische Polen!“ Die jüdischen Genossen sangen die jüdische „Marzellaise“. Die Bevölkerung nahm die Demonstration mit Begeisterung auf und beteiligte sich lebhaft an den Aufmärschen. Eine kleine Abteilung Militär wurde mit dem Aufse: „Nieder mit dem Militarismus!“ „Nieder mit dem Krieg!“ begrüßt. Dann gingen die Arbeiter auseinander. Die große Abteilung Polizei, die herbeigerufen wurde, kam zu spät, als die Demonstration ihren Schluß erreicht hatte.

Bei der feindlichen Stimmung der polnischen Bevölkerung wissen die höheren Behörden nicht, welche Taktik sie einschlagen sollen. Bisher sind die nachgiebigen oberan, daß werden schon entgegen-gesetzte Stimmen vernehmbar, die eine scharfe Repressionspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung fordern. So hat der Kommandant der Warschauer Citadelle Raszel gesagt, man müsse die Polen provozieren, dadurch einen Aufstand hervorrufen und ihn in einem Meer von Blut erstickend. Die polnische Partei-Organisation ist fest entschlossen, die Bevölkerung vor zwecklosen Putschgen zurück-zuhalten. Man ist sich aber des ganzen Ernstes der Sachlage be-wußt und baut die Organisation und Agitation in fieberhafter Weise aus. Und es ist heute nicht abzusehen, vor welche Eventualitäten das polnische Proletariat in Rußisch-Polen im Laufe des Krieges gestellt wird. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 24. März 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhand eröffnet die Sitzung gegen 1/2 Uhr Vor der Tagesordnung giebt Stadtv. Dr. Wehl (Soc.) folgende Erklärung ab:

In der Sitzung vom 15. d. Mts. habe ich behauptet, daß der Magistrat zu dem Heimarbeiterkongress einen Vertreter zu entsenden ersucht worden sei, daß aber das betreffende Schreiben unbeantwortet geblieben sei. Die Behauptung, daß das Schreiben nicht beantwortet worden ist, entspricht den Thatsachen. Der Oberbürgermeister hat mir aber mitgeteilt, daß der Magistratsrat Wehmer dem Kongress beigewohnt habe. Meine Information hatte

ich von dem Einberufer und Leiter des Kongresses, dem Abgeordneten Legien, der auch heute noch behauptet, daß Herr Wehmer sich jedenfalls nicht in die offiziell ausliegende Liste der behördlichen Persönlichkeiten habe eintragen lassen, sich auch nicht auf den den Vertretern der Behörden reservierten Plätzen niedergelassen habe. Jedenfalls läßt sich dieses Mißverständnis nicht mehr aufklären, aber nach den Mitteilungen des Oberbürgermeisters besteht kein Zweifel, daß Herr Wehmer dem Kongress beigewohnt hat. Danach entfallen selbstverständlich alle Folgerungen, die ich aus jener Behauptung gezogen habe. Ich hielt mich zu dieser Feststellung für verpflichtet.

Dem dieser Tage verstorbenen Stadtverordneten-Vorsteher Müller von Schöneberg widmet der Vorsteher einen ehrenden Nachruf.

Darauf wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Referent für die nachfolgenden Special-Etats ist Stadtv. Friederici (A. L.).

Bei dem Etat „Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten“ wird vom Ausschuss vorgeschlagen:

den Magistrat zu ersuchen, bei den periodisch erscheinenden Berichten über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin eine schnellere Herstellung zu veranlassen.

Sonst ist der Etat selbst sowie derjenige für die Gemeinde-Krankenversicherung, wie auch der Etat: „Dienst-pensionen, Witwenpensionen und Waisengelder sowie außerordentlich bewilligte Pensionen, Unter-stützungen und Erziehungsgelder“ unverändert geblieben.

Stadtv. Ewald (Soc.) befürwortet einen im Ausschuss abgelehnten Antrag, den Stadtverordneten für ihre Recherchen freie Fahrt auf der Straßenbahn zu gewähren. Die Recherchen nähmen auch immerhalb der Stadt sehr viel Zeit weg und denen, die über keinen Geldbeutel verfügten, könne das Opfer der Zeit und der Fahrkosten nicht zugemutet werden. Daß man dann gezwungen sei, auch den Bezirksvorstehern z. freie Fahrt zu geben, sei doch bloß eine leere Ausrübe.

Der Antrag wird abgelehnt, die Ausschussresolution angenommen.

Zum Etat für den Straßen- und Kränkenbau hat der Ausschuss Erhöhung der Ausgabe für die Anbringung von Straßenschildern an den Gaslandelshäusern von 6000 auf 10 000 M. dem Magistrat zu empfehlen vorgeschlagen; gleichzeitig soll der Magistrat ersucht werden, zur schnelleren Durchführung dieser Einrichtung künftig größere Mittel in den Etat einzusetzen.

Die Verammlung beschließt demgemäß ohne Debatte und nimmt den Etat an.

Die Etats für das Märkische Provinzialmuseum, das Statistische Amt, das Gewerbegericht, die Stadtbibliothek, Volksbibliothek und Leschallen sind im Ausschuss nicht beanstandet worden.

Zum Etat des Viehmarktes und Schlachthofes ist nach dem Magistratsantrage die Erhöhung der Schlacht- und Schau-geld für Ziegen auf die Säge für Schafe, 20 bezw. 15 Pf., vom Ausschuss empfohlen worden.

Zum Etat der Stadtbibliothek z. bedauert

Stadtv. Heimann (Soc.), daß der Magistrat diesen Etat nicht bloß von vorherein um 10 000 M. gekürzt habe, sondern daß auch noch eine weitere Kürzung um 7000 M. erfolgt sei, indem man statt des bisherigen Fonds von 20 000 M. nur 12 100 M. für Bücher und Buchbinderarbeiten für die Stadtbibliothek eingesetzt habe, und die Finsen der Leo-Stiftung hiermit verwendet habe. Die Verwendung dieser Finsen sei an gewisse Voraussetzungen geknüpft. Es könne unmöglich das vom Magistrat beliebige Verfahren im Sinne des Stifters geübt werden. Man habe doch erst vor kurzem die Vergründung einer großen Stadtbibliothek beschloffen. Der Kämmerer sei zwar selbst Mitglied des Bibliotheksrates geworden, aber einstweilen habe sich die Wirkung davon nur in dieser Verklärung der Mittel geäußert, die jeder inneren Berechtigung entbehre. Eine derartige Verwendung von Stiftungsmitteln müsse doch geradezu erkländend wirken auf die etwaigen Absichten künftiger Donatoren.

Kämmerer Raaf! Ich bin nur dem Befehl des Oberbürgermeisters gefolgt, als ich in das Kuratorium eintrat. Daß in jedem Jahr 20 000 M. für die Stadtbibliothek zu Neuerverbindungen angewiesen werden müssen, ist niemals beschloffen worden. Der Etat für 1904 ist nur mit Mühe und Not unter Dach gebracht worden und alle Special-Etats haben Haare lassen müssen. Der verstorbene Professor Leo wird sich nicht im Grabe umdrehen (Weiterleit.) über diesen Beschluß. Wir bereichern uns hier keineswegs mit fremdem Gelde. Die Stiftung ist gerade so zur Erhaltung bestehender wie zur Errichtung neuer Bibliotheken bestimmt.

Stadtv. Wallach (A. L.) wiederholt die Gründe des Kämmerers für das eingeschlagene Verfahren.

Stadtv. Dr. Nathan (Soc.-fortsch.): Ein Präjudiz würde in der Wiedereinstellung der 20 000 M. in den Etat keineswegs liegen. Der Stifter hat doch auch seine großmütige Zuwendung der Stadt Berlin nicht deshalb gemacht, damit bloß eine buchmäßige Verschiebung im Etat vorgenommen wird.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Viehmarkt-Stat bemerkt

Stadtv. Hoffmann (Soc.): Die Arbeiter des Viehhofes sind mit ihren bescheidenen Wünschen, mindestens mit den Arbeitern des Schlachthofes gleichgestellt zu werden, wieder vertrieben worden. Im Kuratorium sollte Abhilfe geschaffen werden. Seit Neujaht gebore auch ich demselben an, es hat aber bisher keine Sitzung stattgefunden. (Hört! hört!) Die erste ist für nächsten Sonnabend angelegt. Diese Dinge werden sich erst ändern, wenn es gelingt, an Stelle des jetzigen Vorstehenden, Stadtrats Häbner, der auch heute wie immer durch Abwesenheit glänzt, wenn vom Viehhof die Rede ist, einen andern zu legen (Auf: Fisch-bed!) Nach der Definition des Oberbürgermeisters paßt allerdings auch Herr Fischbed vielleicht dazu. (Große Heiterkeit.) Als man den Tagelohn der städtischen Arbeiter auf 3,50 M. festsetzte, machte der Direktor des Viehhofes, daß er sagte, für 9 Stunden giebt es bloß 3,15 M.; wenn ihr die zehnte Stunde als Ueberstunde macht, dann giebt es 3,50 M. Dadurch aber wurde der Zehnstundentag durch Hintertüren wieder eingeführt. Am ersten Weihnachtst-ferietage waren 3057 Personen auf dem Schlachthof anwesend! Diese Zahl ist amtlich festgestellt. Das abzuhelfen muß doch auch ohne die Provinz und ohne den Oberpräsidenten möglich sein; geht's nicht im Kuratorium, dann müssen wir mit unsren Beschwerden wieder hierherkommen.

Stadtv. Heller: An Stelle des verhinderten Vorstehenden des Viehhofskuratoriums bemerke ich auf die gemachten Beschwerden folgendes: Eine so schwarze Seele wie Herr Hoffmann glaubt, hat unser neuer Direktor nicht. Bis 1900 hatten die Schlachthof-arbeiter 10, die Viehhofarbeiter nur 9 Stunden Arbeitszeit. Damals wurde die neunstündige Arbeitszeit allgemein eingeführt. Der Direktor berichtet uns: Als die Lohnsätze revidiert worden, bildete diese neunstündige Arbeitszeit ein Hindernis. Auf Anfrage, ob die Arbeitszeit wieder auf zehn Stunden verlängert werden sollte, votierten sämtliche Arbeiter mit 2 Ausnahmen mit „Nein“.

Darauf erfolgte die Festsetzung auf 3,15 M. und die Be-willigung von Lohnskalen, welche den Lohn bis auf 3,75 M. nach 15 Jahren erhöhen. Die Sonntagsschlachtungen sind insofern ein Uebelstand, als von 5—9 Uhr früh dort draußen scharf gearbeitet werden muß. Wird Sonntags nicht geschlacht, so kann Montags früh unmöglich so viel frisches Fleisch da sein, um Verkauft vollständig versehen zu können. Das Kuratorium hatte also ganz Recht, die Abhilfe nur von dem Verbot für einen größeren Bezirk, für Brandenburg, zu erwarten. Kann Berlin von uns verlangen, jeden Tag frisches Fleisch zu bekommen? Diese Frage darf nie außer Augen gelassen werden. Die Forderung der Gesellen, daß die Sonntagsschlachtungen aufgehören, geht hauptsächlich darauf zurück, daß die Leute auch am Tage noch von ihren Meistern beschäftigt werden. Darauf haben wir aber keine Einwirkung. Wenn in der That am ersten Weihnachtstferietage 3000 Menschen auf dem Schlachthof beschäftigt gewesen sind, so muß der größte Teil davon Schlächtergesellen und Treiber gewesen sein, denn unser Personal zählt nur ca. 500 Leute. Am letzten Sonntag sind im Arbeit gewesen im ganzen 1577 Personen. Am ersten Tage der drei

großen Feste mag ja die Zahl größer sein; das liegt daran, daß für mehrere Tage vorgelegt werden muß. Wir zeigen den festen Willen, berechtigten Beschwerden abzuhelfen.

Stadtv. Hoffmann (fr. Fr.): Herr Hoffmann wird zu ganz andern Ansichten kommen, wenn er erst im Kuratorium mitgearbeitet hat. Ehe er noch teilgenommen hat, will er schon unsern verdienten Leiter, den Stadtrat Häbner beleidigen! Allen Wünschen der Arbeiter hat das Kuratorium Beachtung und Wohlwollen entgegengebracht; das wird auch den neuesten Petitionen gegenüber geschehen. Allen An-sprüchen gerecht zu werden, wird niemals möglich sein, auch nicht bezüglich der Sonntagsschlachtungen. Wir können da nicht einseitig vorgehen, mindestens müssen die Vororte einbezogen werden. Die Angestellten im Fleischereigewerbe bringen ja auch den Vorehrungen, die die Herren Hoffmann und seine Freunde ver-treten, keine Sympathie entgegen.

Stadtv. Hoffmann: Daß wir auch in diesen Kreisen Anhang gewinnen, dafür lassen Sie uns sorgen. Zu diesem Ausfall auf unsre Bestrebungen hatte ich dem Vorredner keine Veran-laffung gegeben. Thatsächlich ist auf dem Viehhof der Zehnstundentag wieder eingeführt worden und das ist ein Rückschritt. Der Stadtrat hat die Thatsache bestätigt. Die Sonntag-sarbeit könnte auch ohne den Oberpräsidenten jedenfalls bedeutend eingeschränkt werden. Meine Kenntnis über den Stadtrat Häbner habe ich aus den Verhandlungen hier geschöpft; wir und Sie haben Klagen über seine Verwaltung erhoben. So lange er an der Spitze steht, ist es so gut, als wäre gar kein Vorstehender vorhanden!

Stadtv. Dr. Preuß (Soc.-fortsch.): Es muß doch der Legenden-bildung entgegengetreten werden, als ob die Viehhof-Verwaltung bezüglich der Lohnverhältnisse stets Entgegenkommen bewiesen hätte. Jahrelang haben diese Verhältnisse eine wahre crux für uns ge-bildet und erst im vorliegenden Etat erfolgt eine leidliche Regelung.

Stadtrat Heller bemerkt auf eine weitere Anfrage des Vor-redners, daß die Anerkennung der Beamteneigenschaft der Fleisch-behauer und Probenehmer noch rechtshängig ist. Nicht der Zehn-stundentag, sondern der Neunstundentag ist eingeführt worden.

Stadtv. Hoffmann: Aber auf dem Umwege über den Lohnsatz ist der Zehnstundentag wieder eingeführt worden, das kann man doch nicht hinwegleugnen.

Zum Schlachthof-Stat bemängelt

Stadtv. Hoffmann, daß zwei Probenehmer die Gehaltszulage nicht gewährt worden sei; man habe sie auf den Rechtsweg ver-wiesen. Steige der eine, der geklagt habe, ob, so wolle man ihm von da ab erst zahlen, wo er sein Recht erstritten habe. Dafür, daß er sein Recht gesucht habe, wolle man ihn also jahrelang mit dem Wundergehalt strafen. Redner verlangt ferner die Lieferung der Apparate an die Fleischbehauer auf städtische Kosten und die Be-seitigung der matten Glasfenster, die in einigen Sälen vor-handen seien und das Sehevermögen der Beamten erheblich schädigten.

Stadtrat Heller: Mit eignen Apparaten wirtschaften die Be-amen sorgfältiger als mit städtischen.

Stadtv. Hoffmann: Dann müßten sich auch z. B. die städtischen Lehrer die Lehrmittel selbst halten. Daß das Kuratorium seit Neu-jaht noch keine Sitzung gehalten hat, ist nicht meine Schuld, sonst hätte ich diese Dinge dort vorgebracht.

Stadtrat Heller: Die Sitzungen werden je nach dem Vor-handensein von Beratungstoff angelegt. Bisher hatte es daran gefehlt.

Der neue Tarif für Ziegen und die aufgeführten Etats werden be-willigt.

Ueber die Special-Etats für die Gasanstalten, Wasser-werke, Kanalisationswerke und Rieselfelder und Markthallen referiert Stadtv. Heimann (Soc.).

Zum Etat der Wasserwerke hat der Ausschuss die Nachtrags-vorlage des Magistrats auf Einstellung von 25 000 M. zur Her-stellung einer elektrischen Pumpenanlage für die Wiederverwendung des Wassers zum Betriebe des Herkulesbrunnens abgelehnt und nur den Betriebskostenantrag um 8000 M. erhöht und folgende Reso-lution empfohlen:

Den Magistrat zu ersuchen, die Neubauskosten des Herkules-brunnens und die zum Betriebe desselben notwendigen Bau-schleifen, Maschinen zc. aus den Mitteln, über welche die Kunst-deputation verfügt, bezahlen zu lassen.

Stadtv. Rodler (A. L.): Die Kosten des Betriebes des Herkules-brunnens betragen 50 000 M., eine ganz enorme Summe. Da muß alles versucht werden, eine Abminderung dieser Kosten herbeizuführen. In Anbetracht unsrer recht traurigen Finanzlage (Rechtsfalsch Ho!) beantrage ich, den größten Teil der Kosten auf den Kunstfonds an-zuweisen und aus den allgemeinen Mitteln nur höchstens 10 000 M. für den Betrieb zu bewilligen. Mit ganz geringen Kosten könnte eine Verbindung des Betriebswassers nach den Rieselfeldern her-gestellt werden.

Stadtv. Wallach: Ich verziehe diesen Antrag nicht, denn nach dem Magistratsvorschlag sollen nur 8000 M. für den Betrieb aus-geworfen werden, und die 25 000 M. kosten uns doch keine 2000 M. Zinsen. Der Herkulesbrunnen ist allerdings ein Danaergeschenk für die Stadt gewesen. Sein Material ist porös und wird bald abdröckeln und erneuert werden müssen.

Stadtv. Singer (Soc.): Der Generaldirektor der Rieselfelder wird sich hoffentlich durch ein verständigeres Projekt bei der Ver-sammlung einführen als wie es eben sein freiwilliger Kommissar Herr Rodler gethan hat. Die Frage des Herkulesbrunnens ist immer noch nicht vollständig geregelt. Herr Rodler über-sieht, daß die Kunstdeputation in ihren Mitteln limitiert ist und die Aufgabe hat, die ganze Etatssumme für die Anschaffung der städtischen Plätze und Gebäude zu verausgaben. Wer hat übrigens Herrn Wallach gesagt, daß der Brunnen ab-dröckelt und demnachst erneuert werden muß? Wir, der ich den Ver-handlungen der Kunstdeputation mit Aufmerksamkeit folge, ist davon nichts bekannt. (Stadtv. Wallach: Offiziell mitgeteilt!) Wenn das der Magistratsvertreter mitgeteilt hat, hat er Herrn Wallach etwas gesagt, wovon in der Kunstdeputation mit keinem Wort die Rede gewesen ist. Mir scheint eher, daß Herr Wallach wieder einmal ein Gespenst hat malen wollen, um die Kunstdeputation, der er wohl nicht besonders wohl will, etwas zu diskreditieren. Sie thun ja jetzt so, als ob der Brunnen plötzlich auf dem Vögelplatz erschienen ist. Zur Aufstellung ist die Genehmigung der städtischen Behörden erteilt worden; die Versammlung hat sich ja auch von den Fort-schritten des Wassers überzeugt. Wenn dem so ist, müssen die städtischen Behörden wissen, daß zum Betrieb auch Wasser gehört, auch daß dieser Wasserverbrauch Kosten macht. Ich bestreite, daß bei Vergründung der Kunstdeputation jemals die Rede davon war, daß der Betrieb der von der Kunstdeputation beschafften Kunstgegenstände zu Lasten des Kunstfonds geht. (Sehr richtig!) Dieser Brunnen ist selbstverständlich in seiner monumentalen Wirkung von einem reichen Wasserverbrauch abhängig. Als die Kunstdeputation den Brunnen abnahm, war man einstimmig, daß zur Erzielung einer solchen Wirkung mit dem Verbrauch von Wasser nicht gespart werden dürfe. Wer damals von der Bindung an eine bestimmte Summe ge-sprochen hätte, wäre ausgelacht worden. (Stadtv. Rodler: 50 000 M.!) Um die Veranschlagung des jetzt ablaufenden Wassers zu ver-hindern, könnte ein Hebewerk errichtet werden, welches die Wiederverwendung ermöglicht; die Deputation hat diesen Gedanken durchaus gebilligt. Die große Summe, die hier genannt wird, ent-spricht den Preisen, nach welchen wir das Wasser verkaufen, aber hier können wir uns doch bloß die Selbstkosten berechnen und das ist ein großer Unterschied. Nur wer eine große Abneigung hat, unsre doch noch sehr üben Straßen mit Kunstgegenständen aus-zuschmücken, wird sich zu solchen Extrabelastungen des Kunstfonds versehen. Wir haben doch nachgerade an Darstellungen von Offizieren zu Pferde und zu Fuß und in der oder jener Uniform in Berlin genug. Daß eine solche Brunnenanlage ungleich mehr erzielt wird, wird doch niemand bezweifeln. Die sog. Sparsamkeit sollte sich an diese Dinge nicht heranwagen. Ich stimme gegen den Antrag des Staats-ausschusses, der zu einem solchen Antrag gar nicht kommen durfte. Will er möglichst billige Wasserlieferung, dann hätte er die Her-stellung des Hebewerks und den Betrieb desselben durch die Wasser-werke beschließen sollen.

Stadtbaurat Hoffmann: Daß der Stein so porös sei, daß der Brunnen demnächst zerstört sein werde, höre ich heute zum erstenmal. (Stadtv. Singer: Hört! hört!) Einige Röhren waren noch nicht verbunden und es sickerte Wasser durch; seit sie verbunden sind, hat dieser Mangel aufgehört.

Stadtv. Haberland (A. L.): So armfelig sind unsere Finanzverhältnisse doch nicht, daß wir von der angemessenen Speisung des Brunnens Abstand nehmen müssen.

Stadtv. Wallach: Vom Magistratsvertreter ist die Bemerkung über den porösen Stein des Brunnens im Ausschuß gemacht worden. Die Betriebskosten für den Brunnen soll die Ratsdeputation nicht bezahlen, aber die Anlagen, die dafür erforderlich sind. Der Kostenpreis des Wassers beträgt für uns 10,9 Pfennig; auf dieser Basis ist die Berechnung aufgestellt.

Stadtv. Haack: Im Ratorium der Wasserwerke ist allerdings davon die Rede gewesen, daß der Stein porös war; eine offizielle Erklärung darüber habe ich aber nicht abgegeben.

Die Resolution wird angenommen, ferner ohne Debatte auch die folgende:

Den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Bestimmungen über das Zulassentrecht der bei den städtischen Wasserwerken eingesetzten Arbeiterausschüsse nach denselben Grundsätzen geregelt werden, wie dies bei den Gaswerken, der Markthallenverwaltung, den Irrenanstalten und Krankenanstalten geschehen ist.

Zum Etat der Kanalisationswerke und Kielesfelder hat der Ausschuß das Gesuch der älteren Betriebsausseher um Gewährung des ihrem Dienstalter entsprechenden, bei der Neuregelung der Gehälter im März 1903 festgesetzten Gehalts abgelehnt und empfiehlt Uebertragung zur Tagesordnung; ebenso hat er nachfolgende Resolution abgelehnt:

Den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß vom nächsten Jahre ab den im Betriebe der Kanalisationsverwaltung beschäftigten drei Arbeiterkategorien nach zehnjähriger Thätigkeit eine Lohnerhöhung von 25 Pf. gewährt wird, so daß erhalten würden die Heizer 4,50 M., die Pauer, Druckrohr-Ausseher und Kohlenkarrer 4 M., die Annals- und Wassrarbeiter 4,25 M.

Stadtv. Bergmann: Bei der Geschäftslage der Verwaltung will ich die Schmerzen der Kanalisationsarbeiter nicht vortragen, sondern ihnen nur den in der abgelehnten Resolution niedergelegten Wunsch derselben ans Herz legen. Als der frühere Anfangsgehalt von 8 M. auf 8,50 M. erhöht wurde, blieben die höheren Stufen unverändert, so daß die Leute nach fünf Jahren von 8,50 auf 8,00 M. auftritten. Das ist doch eine zu geringe Aufbesserung. Der Wunsch läuft hinaus auf die Aufhebung einer höheren Stufe auf das jetzt in acht Jahren zu erreichende Höchstgehalt.

Stadtv. Kallisch: Das Grundgehalt wurde seiner Zeit erhöht, weil es zu niedrig schien. Daraus kann die Erhöhung auch der ganzen Scala nicht als selbstverständlich gefolgert werden. Die Arbeiter sind zweimal aufgebessert worden, auch ist das Ruhegehalt eingeführt worden.

Die Mehrheit beschließt durchweg nach den Ausschußvorschlägen. Der Etat der Markthallen paßiert ohne Debatte.

Referent für die Etats „Hauptkasse der städtischen Werke“, „Hafen am Urban“, „Kapital- und Schulden-Verwaltung“, „Grund-, Gewerbe-, Warenhaus-, Betriebs-, Einkommensteuer, Hundesteuer, Brau- und Biersteuer, Zugsatz, Wanderlager- und Umsatztsteuer“, sowie „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ ist Stadtv. Jacobi (A. L.)

Grund- und Gewerbesteuer werden auf 150 Proz., die Einkommensteuer auf 100 Proz. festgesetzt, die Umsatzsteuer verdoppelt.

Stadtv. Solmitz (A. L.) weist auf die unerfreuliche Erscheinung des Juges nach Westen hin, der Berlin eine groß und größer werdende Zahl von guten Steuerzahlern entzieht. Es müsse auf gesetzliche Reformen hingewirkt werden, welche der Stadt die Veranlassung der Einkommen von solchen Besitzern, Gesellschaftsdirektoren, Rechtsanwälten usw., ermöglicht, die in Berlin aus gewinnbringender Beschäftigung ihr Einkommen gewinnen, aber in den Vororten wohnen.

Stadtv. Wallach: Die gemischte Deputation für die Finanzfrage hat einen entsprechenden Beschluß bereits gefaßt.

Zu den „Verschiedenen Einnahmen und Ausgaben“ beantragt der Etatsanschluß:

Die Verwaltung ermächtigt den Magistrat, den von der Großen Berliner Straßenbahn (Aktiengesellschaft) als Gemeinanteil der Stadtgemeinde für das Etatsjahr 1903 eingehenden Betrag von rund 338 800 M. zur teilweisen Tilgung der schwebenden Schuld des städtischen Abfallwesens von rund 554 000 M. zu verwenden.

Stadtv. Bergmann: Die Abgabe ist dieses Jahr 90 000 M. höher als im verflochtenen Jahre, dazu kommt die eben erwähnte Summe von 338 000 M. Es ist natürlich über diese ansehnliche Summe große Freude gewesen in den Reihen um Wallach herum, die ganze Wallachei (Witz: Kul) wird sich freuen haben. Ich sehe der Summe mit gemischten Gefühlen gegenüber, denn sie würde größer sein, wenn die Stadt bei Abschluß des Vertrages vorstelligere gewesen wäre und bessere Konditionen aufgenommen hätte.

Von einem Satz von über 12 Proz. für alle Aktien und von einem über 6 Proz. bei neuem Kapital müssen alle Ueberschüsse zur Hälfte der Stadt zufließen; aber man hat dabei übersehen, daß die Gesellschaft ihr Kapital ins Ungemessene vergrößern könnte, um die Abgabe von Ueberschüssen an die Stadt zu verringern. Herr Kommissar meinte auch, man habe damals schon gewußt, daß die „Große“ diesen Weg gehen würde, Herr Neubrinz sei derselben Meinung gewesen. Wenn damals bei letzterem diese Auffassung bestand, wundere es mich, daß diese nicht mit demjenigen Ratsherrn zum Ausdruck kam, wie es im Interesse der Stadt nötig war. Wenn wir wieder derart Verträge abschließen, werden wir gut thun, uns nicht allein auf unsre Schuld zu verlassen, sondern einen tüchtigen Rechtsanwalt damit zu betrauen, der Verträge mit dem öffentlichen Leben hat, selbst wenn wir ihm 20 000 oder 30 000 M. zahlen müßten, das Interesse Berlins würde dann besser gewahrt. Nicht bloß dieser Vertrag, sondern auch der mit der Hochbahn hat erhebliche Mängel. Der Magistrat hat bei Abfassung dieses Vertrages die Interessen der Stadtgemeinde nicht in genügendem Maße gewahrt. 1898 hat der Magistrat eine Reihe neuer Linien von Straßenbahnen vorgeschlagen; eine große Zahl von Angeboten ist gekommen. Als der Minister über die Stadt hinweg die Konzeption der „Großen“ verhängte, kam eine neue Vorlage, worin der Magistrat den ernstlichen Willen betonte, selbst als Betriebsunternehmer aufzutreten. Mit 118 Stimmen hat die Versammlung gegen 9 Stimmen dieser unten im Keller (Heiterkeit) diesen Standpunkt gebilligt. Seitdem ist geradezu nichts mehr seitens des Magistrats geschehen. Dadurch hat der Magistrat eine schwere Schädigung der Allgemeinheit herbeigeführt. Inzwischen sind wir dazu übergegangen, durch den Erwerb der Siemensbahn aktiv einzugreifen. Die Aufgabe der Ueberführung über die „Linden“ ist freilich nachher zurückgenommen worden; aber deshalb braucht doch nicht alles still liegen zu bleiben. Die Stadt konnte mit Anschluß an die Siemensbahn ein rentables Netz recht gut ausbauen, aber mit der Jaghaftigkeit und Aengstlichkeit des Magistrats wird nichts erreicht, da zeigt sich gerade die Unfähigkeit einer solchen Körperschaft, und geht das so weiter, dann müssen wir, so leid es mir thut, dazu übergehen, Privatgesellschaften die Sache in die Hand zu geben. Nach vierjähriger Untersuchung soll der Magistrat zu dem Beschluß gekommen sein, eine städtische Linie zu bauen. Wie die beschaffen sein soll, weiß ich nicht. Die Erbauung der Linie Wallachplatz—Stettiner Bahnhof wurde konzeptioniert, der Magistrat lehnte sie aber ab als unrentabel! Wer draußen die Verhältnisse kennt, zweifelt nicht an der Rentabilität. Das große arbeitsreiche, dicht bevölkerte Gebiet des Nordens und Ostens besitzt keine Verbindung mit einander, da liegt der Viehhof mit seinem großen Verkehr nach dem Stettiner Bahnhof, die große Gasanstalt, künstlich auch die Central-Markthalle. (Vorsteher: Das gehört doch aber wirklich nicht hierher.) Dann bitte ich mir zu sagen, wo die Veranlassung in der Lage ist, das Verhalten des Magistrats in dieser Frage zu besprechen. (Vorsteher: Morgen, übermorgen,

Log können Sie einen Antrag einbringen.) Nein, beim Etat habe ich zweifellos das Recht zu dieser Kritik. (Vorsteher: Beim Gemeinde-Etat können Sie das nicht machen wie beim Staatsetat; hier haben Sie jeden Tag Gelegenheit einen Antrag zu stellen, Sie können aber nicht auf alle möglichen Linien eingehen.) Ich spreche doch vollständig zur Sache, nämlich zur Abgabe der Straßenbahn an Berlin und will nachweisen, daß die Abgabe wesentlich größer werden wird, wenn unsere Anordnungen nachgegangen wird. Das gehört doch zum Etat. (Vorsteher: Das gehört hier absolut nicht her!) Ich bin ohnehin mit meinen Ausführungen ziemlich zu Ende. Die Art und Weise der Schädigung der städtischen Interessen habe ich in knappen Fügen geschildert. Ich habe die feste Uebersicht, daß wenn der Magistrat energisch zu einer anderen Anschauung übergeht, diese Einnahme erheblich wachsen wird. (Vorsteher: Ich bitte Sie, anzuhören!) Ich wahre mir mein Recht und lasse mir das nicht nehmen, wo doch die Versammlung durch ihr ruhiges Zuhören mir ebenfalls Recht gegeben hat. (Vorsteher: Ich habe Sie auch lange genug reden lassen. Ich könnte Sie ja zweimal zur Sache rufen, aber so wollen wir doch nicht verfahren. Und nun werden Sie so ausfallen!) Ich bin nicht ausfallend geworden, ich will mir einer Schädigung der allgemeinen Interessen der Stadt entgegenstemmen. (Rebhafes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Überbürgermeister Kirchner: Ueber die Kritik des Herrn Vorredners an dem Vertrage muß ich mich wundern, denn sie haben der Versammlung vorgelesen und haben die Zustimmung auch seiner Kollegen gefunden. Sie hätten damals auf diese Mängel hinweisen sollen. Das Monitum wegen der Erhöhung des Aktienkapitals ist ganz und gar nicht begründet, denn der Vertrag spricht ausdrücklich davon. (Redner verliest den Passus.) Es ist das also durchaus nicht übersehen worden. Ueber die Verlehrsposition des Magistrats hätte Herr Singer Herrn Vorgmann nähere Auskunft geben können. Sie wissen doch, daß die Verlehrsdeputation eine Reihe von Konzessionierungen erbat, aber für die ertragreichen Linien sie nicht erhielt. Herr Vorgmann hofft auf Rentabilität der genannten Linie, andre sind anderer Meinung. Es ist doch nichts Ungeheuerliches, wenn man einem Sachverständigen eher folgt, als dem Herrn Vorredner. Inzwischen hat die Verlehrsdeputation andre Linien, die ertragreicher sein können, gesucht, und der Magistrat hat augenblicklich eine Vorlage vor, welche aber wieder in Verbindung gebracht wird mit der Wallachplatz-Linie. Der Magistrat wird sich darüber demnächst zu entscheiden haben.

Stadtv. Gassel verteidigt den früheren Syndikus Neubrinz. In der Frage der Rentabilität der Wallachplatz-Linie sei die große Mehrheit der Verlehrsdeputation der Vorgmannschen Ansicht.

Stadtv. Dinske (A. L.): Wenn die Sozialdemokraten nicht f. B. im letzten Augenblick umgefallen wären und für den Vertrag mit der „Großen“ gestimmt hätten, wäre dieser nie zur Annahme gelangt. Die Versammlung nimmt den Ausschlußantrag an und genehmigt sämtliche noch ausstehenden Etats.

Der Gesamtetat für 1904 balanciert mit 134 631 475 M. und wird mit dieser Summe in Einnahme und Ausgabe definitiv festgelegt.

Nachdem noch ohne Debatte über den Verlauf des Grundstückes Friedrichstraße 104—101a an die Firma Rahmann u. Zander Beschluß gefaßt worden und zum Empfang des „XIII. deutschen Turntages“ auf dem Rathaus 4000 M. zum Empfang und zur Bewirtung des „Internationalen Frauentongresses“ 10 000 M. bewilligt sind, schließt die öffentliche Sitzung um 1/2 10 Uhr.

Verfassungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale Berlin) hielt am Mittwoch in den „Residenzpalais“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Dr. Maurenbrecher über „Die Arbeiterorganisationen und das Scharfmachertum“ sprach. Der Referent vertritt die Ansicht, daß der Gewerkschaftsbewegung seitens der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften gegenwärtig noch kaum direkte Hindernisse, etwa nach dem Muster der Zuchtanstalt, bereitet würden. Das Scharfmachertum habe die Unwirksamkeit der politischen Bekämpfung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats erkannt und sich daher in letzter Zeit mit Nachdruck auf die wirtschaftliche Bekämpfung desselben gelegt. Es könne dem objektiven Beobachter nicht entgehen, daß sich etwas andahne, was für die Gewerkschaften vielleicht von noch folgenreicherer Bedeutung sei als z. B. das Sozialistengesetz. Und diese Gefahr liege in dem Zusammenschluß des Unternehmertums zu einem Allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verbande, dessen Seele Herr Bueck, der belannte Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller, ist. Redner erinnert an die Zusammenkünfte der Scharfmachervertreter nach dem Streik der Textilarbeiter in Crimmitschau und der Metallarbeiter in Berlin und an die Wahl des Exek.-Ausschusses, dem die Vorarbeiten zur definitiven Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verbandes übertragen wurden. An der Hand der kürzlich von dem Obmann dieses Ausschusses, eben dem Generalsekretär Bueck, herausgegebenen Broschüre über die Notwendigkeit einer streng zentralisierten Arbeiterorganisation erläuterte er dann das Aktionsprogramm des neuen Unternehmer-Verbandes. Die Organisationsform sowie die finanzielle Fundierung des Verbandes soll den Einrichtungen der vereinigten Berliner Metallindustriellen entsprechen. Sein ausgeprochenes Ziel ist die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften, und seine Kampfmittel sollen sein: Schwarze Listen, Auspürgerungen eventuell über das ganze Reich, Unterstützung kleinerer Unternehmer aus der Verbandskasse und Fälschung sowie finanzielle Unterstützung von Streikbrechern. Angesichts dieser Gründung und des sie beherrschenden stammischen Scharfmachertums ermahnte Redner zu größtmöglicher Stärkung der Gewerkschafts-Organisationen. (Beifall.)

Anschließend an das Referat verlies Maurenbrecher auf die Praktiken der Unternehmer in der Schuhwaren-Industrie, unter dem Vorwand von „Lohnregulierung“ während der flauen Geschäftsperiode erhebliche Lohnabzüge vorzunehmen. Er nannte eine ganze Reihe derartiger Unternehmer, bei denen Reduktionen der Tarifsätze in so hohem Maße vorgekommen sind, daß beispielsweise auf einen früheren Verdienst von 20 M. jetzt Abzüge von 2,40 bis 4 M. entfallen. Besonders traf sei auf diesem Gebiete der von Berlin nach Ludenwalde übersiedelte Unternehmer Maier in seiner mechanischen Schuhwaren-Fabrik vorgegangen. Trotz alledem trieb das Fabrikantenorgan „Der Schuhmarkt“ förmlich von „Wohltuollen“ für die Arbeiter und leugnet die Lohnreduktionen einfach ab. Demgegenüber müsse in der Zeit der jetzigen guten Konjunktur alles daran gesetzt werden, jene Abzüge wieder rückgängig zu machen. — Von den übrigen Diskussionsrednern bemerkte Ollrich, bezüglich der vom Referenten erwähnten Enthaltsamkeit der Regierung gegenüber den Gewerkschaften gäbe er sich durchaus keinen optimistischen Hoffnungen hin. Was aber den Allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verband anbelange, so vermöge er die Dinge aber auch nicht so pessimistisch anzusehen wie Genosse Maurenbrecher. Auch hier werde es sich erweisen, daß der Arbeitgeber-Verband sein Werk ein Teil jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. — Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die zur intensiven Agitation unter den Kollegen für den Verein deutscher Schuhmacher auffordert.

Der Verband der Dachdecker hielt am 20. März seine Mitgliederversammlung bei Feind, Weisstr. 11, ab. Zunächst wurde an Stelle H. Mehrleins, der seinen Schriftführerposten in der Vorstandssitzung niedergelegt hatte, W. H. Fuchs als Schriftführer gewählt. Weiter machte Höppler bekannt, daß ihm seitens der Tarifkommission ein Vorschlag bezüglich der Regelung des § 10 des Tarifes (Fahrtgeld) zugegangen sei, der den Forderungen der Gehilfen einigermaßen gerecht geworden ist. Er empfahl die Annahme dieses Vorschlages, aber mit der Bedingung, daß einige Änderungen noch vorgenommen werden müßten. Der Beschluß der Versammlung

vom 21. Februar, das Verbot des Umschauens beim Arbeitsuchen aufzuheben, wurde für ungültig erklärt und aufgehoben, da die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gegenseitig kontrollpflichtig verpflichtet haben, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen, der Beschluß somit gewissermaßen einen Kontaktabbruch darstelle. — Rummel trat man in die Diskussion ein über die Verhandlungen des Verbandstages. Dieselbe drehte sich in der Hauptsache um die Gehaltserhöhung des Centralvorstehenden und die Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere war die erstere Gegenstand herber Kritik. Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß angesichts der schlechten Verhältnisse und der Erhöhung der Beiträge die Bewilligung der Gehaltserhöhung seitens der Delegierten nicht sehr genug kritisiert werden könnte. Auch gegen die Höhe der Delegiertengelder wurden Einwendungen gemacht. In Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung wünschte man auch angesichts der bevorstehenden Urabstimmung eine größere auflärende Agitation unter den Mitgliedern. Im übrigen war man in den meisten Punkten mit den Verhandlungen des Verbandstages zufrieden. — Da die Verbandsbeiträge seit dem 1. März höhere sind, so hatte der Vorstand der Versammlung den Vorschlag gemacht, die Beiträge zum lokalen Streikfonds auf 10 Pf. zu reduzieren. Derselbe wurde jedoch abgelehnt und dagegen beschloffen, die Beiträge in der Höhe wie bisher bis zum 1. Juli zu belassen. — Die Wahl der Delegierten zum Goung fiel, nachdem der Antrag angenommen, außer dem Gouvorstehenden noch vier weitere Mitglieder mit der Delegation zu betrauen, auf den Gouvorstehenden Görnig, ferner auf Höppler, Janell, Arndt und Weiske. — Als Zeitungspublizist wurde Pirlich gewählt, da Winkowski sein Amt niedergelegt hatte. Betreffs der Reisefeier wurde beschloffen, am 1. Mai keine Versammlung stattfinden zu lassen. — Einem verunglückten Kollegen wurden 20 M. bewilligt.

Lichtenberg. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Montag eine Versammlung ab, in der Genosse Alberti über „Märzgedanken“ sprechen sollte. Alberti hatte sich entschuldigt und Erlaubnis gegeben, daß er leider nicht erschien. Es knüpfte sich an die Mitteilung des Vorsitzenden eine längere Debatte über die leidige Referentenfrage, die mit dem Wunsch endete, daß die Mitglieder endlich einmal von der Sucht, nur betitelt Redner sprechen zu hören, abkommen möchten. Die Versammlung sollte in Zukunft um 8 Uhr beginnen, um einen frühzeitigen Abschluß zu finden. — Genosse Weik unterzog das Flugblatt der „Arbeitgeber“, das die Mittelung vor der Gewerbegerichtswahl zur Verlesung gebracht haben, einer herben aber treffenden Kritik. Die Arbeitgeber stellen in diesem Flugblatt die Behauptung auf, daß die Hälfte der Klagen ganz unmotiviert seien; die Arbeitgeber würden „frei“ vor das Gewerbegericht geschleppt und — der alte Scharfmachertum — die Arbeiterbeihilfen seien Sozialdemokraten und urteilen vor im Parteiinteresse. — Wer also nicht das ganze Gewerbegericht der „Partei“ ausliefern wolle usw. Immer daselbe Lied und dieselben — Klagen! — In der eingehenden Diskussion wurde zunächst festgestellt, daß ein Mitunterzeichner dieses Scharfmachertums seinen Inhalt gar nicht gekannt hat, auch um seine Unterfertigung gar nicht befragt wurde. Ebenso habe er von seiner Kandidatur nichts gewußt. Es wurde betont, daß solche „Schönheitsfehler“ bei diesen „Männern“ schon öfter da waren. Eine bessere Organisation der Arbeitgeber-Wahlen soll in Zukunft Wandel schaffen. Die Vorgänge sprach dann über „Märzgedanken“. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Genosse Werner zum Bezirksführer für den 6. Bezirk (Mummelburgerstraße) bestimmt sei. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage.

Bernau. Am Sonnabend fand im Elshum die General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Im verflochtenen Jahre haben nach dem Vorstandsbereichte stattgefunden 8 öffentliche, 19 Vereinsversammlungen und 17 Vorstandssitzungen. Die Einnahmen betragen in dieser Zeit mit dem alten Bestande von 99,78 M. 338,47 M., die Ausgaben 333,98 M., bleibt ein Bestand von 24,49 M. Der Mitgliederbestand beträgt 83. Neu aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 32 Mitglieder. Als Vorstehen wurde gewählt Genosse Wilhelm Böller, als Kassierer Genosse Karl Schulz und als Schriftführer Albert Krause. Lokalkommissionsmitglied wurde Genosse Emil Hoppe, Bibliothekare die Genossen Franz Mäh und Albert Rührndt. Zu Revisoren wurden gewählt die Genossen Falbe, Heike und Rißter. Der Kommissionsantrag betreffend Ausschluß derjenigen Mitglieder, welche bei der im Herbst stattgefundenen Stadtverordnetenwahl nicht gewählt hatten, wurde von der Versammlung abgelehnt. Schließlich wurde noch die Frage der Reisefeier geregelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lüneburg, 25. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Stichwahl zwischen Wangenheim (Welfe) 11 655 und Jäncke (nall.) 10 180 Stimmen.

Heretokratie.

Berlin, 24. März. (W. L. W.) Gouverneur Leutwein telegraphiert unter dem 24. März aus Windhof, daß Major v. Glasenapp nach einer Wundung vom 20. März aus Onjata zum Angriff bereit vorstehen bleibt; ferner daß nach Meldung eines Ueberläufers die Waffe der Heretos noch bei Onganjira und am oberen Swalop liegt.

Japanische Meldung über die Seeschlacht in Port Arthur.

Tokio, 24. März. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Ein Bericht des Admirals Togo macht über die Seeschlacht bei Port Arthur folgende Mitteilungen: Am 22. d. M. manövrierte die vereinigte Flotte wie vorgehen. Zwei Abteilungen Torpedobootzerstörer bewegten sich wie befohlen vor Port Arthur in der Nacht vom 21. d. M. bis zum Morgen des 22. d. M. Obgleich unsere Torpedobootzerstörer in dieser Zeit dem Feuer des Feindes ausgesetzt waren, erlitten sie keine Beschädigungen. Um acht Uhr am Morgen kam das Hauptgeschwader in Sicht von Port Arthur. Am demselben Tage wurde ein Teil der Flotte nach der Pigeon-Bay beordert und die Linienkessel „Fuji“ und „Jashina“ erhielten den Befehl, eine indirekte Beschießung gegen den inneren Hafen vorzunehmen. Während dieser Beschießung kamen die feindlichen Schiffe nach und nach aus dem Hafen heraus. Als die indirekte Beschießung aufhörte — etwa um zwei Uhr — waren fünf russische Schlachtschiffe und vier Torpedobootzerstörer zu sehen. Wir waren der Ansicht, daß der Feind durch seine Bewegung den Versuch machte, uns an die Forts heranzubringen. Der Feind beschloß uns gleichfalls indirekt von seinen Schiffen aus. Seine Geschosse fielen zahlreich in der Nähe des „Fuji“ nieder, richteten aber auf unsern Schiffen keinen Schaden an. Etwa um 3 Uhr zogen sich unsere Schiffe dann vom Hafen zurück.

Paris, 24. März. (W. L. W.) Die Budgetkommission hat die Zuschüsse für die Marine angenommen und dabei beschloffen, in den Bericht alle Zusagen aufzunehmen, die vor ihr über den Zustand der Marine gemacht worden sind, aber ohne ein Urteil darüber abzugeben. Im Laufe der Verhandlung erhob Ledroz Einspruch gegen die Weigerung Pellens, der Kommission die verlangten Schriftstücke mitzuteilen. Der Vorsitzende Doumer sprach seine Meinung dahin aus, daß es allein der Kammer zustehe, sich darüber zu äußern, denn der Minister sei nicht der Kommission, wohl aber jener gegenüber verantwortlich.

Berlin, 24. März. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Die chinesische Regierung ging den General-Bolldirektor Sir Robert Hart um Rat an, da die russischen und japanischen Erklärungen über Kriegskonterbande von einander abwichen. Sir Robert Hart empfahl der Regierung, jeden Versuch zu verhindern, der Japan gegeben werden könnte gemäß der russischen Belantrachtung und Russland gemäß der japanischen Belantrachtung. In der Stadt ist durch Anschläge veröffentlicht, daß die Einwohner keiner der kriegführenden Parteien Beistand leisten dürfen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Der Vormarsch der Japaner.

Ein Telegramm des Statthalters Alexejew an den Kaiser aus Mukden von heute besagt: General Michitschenko berichtet, daß am 17. März russische Patrouillen bei der Annäherung an Andschu auf dem linken Ufer des Tschintschangang gegenüber der Stadt feindliche Erdwerke bemerkt. In Jöngpiöng ist der Feind noch nicht erschienen. Man glaubt, daß sich in Andschu eine japanische Division und in Phjööng der übrige Teil der ersten japanischen Armee befindet. Als wir Bericht über die Ankunft zweier feindlicher Schwadronen in Paltschön erhielten, schickten wir dahin 200 Reiter, um den Feind am Ueberschreiten des Paltschöngang zu verhindern. Unsere Reiter bemerkten auf dem linken Ufer drei Schwadronen, welche sich bei der Ankunft unseres Detachements ohne Befehl nach Andschu zurückzogen. Die Schwadronen der Japaner bestehen aus 190 Pferden. Nach einer Ueberholung vom 19. März haben an diesem Tage 300 japanische Reiter Jöngpiöng besetzt. Material für Feldbrücken ist südlich und nördlich von Andschu bereitgestellt.

London, 23. März. Der „Times“ wird aus Tokio berichtet, daß beide Häuser des Parlaments eine Dankesdeklaration für die Marine beschloffen haben. Beide politischen Körperschaften sind einig darin, die Regierung in ihrem Programm bezüglich der Kriegssteuern zu unterstützen, abgesehen von einigen Änderungen, nach denen die veranschlagten Einkünfte aus den Steuern um annähernd eine Million Pfund Sterling herabgesetzt werden. Ferner soll die Bestimmung getroffen werden, den Zeitraum für die Erhebung der erhöhten Steuern nicht über ein Jahr nach der Beendigung des Krieges hinausgehen zu lassen. Diese Maßregel bedeutet insofern eine einschneidende Veränderung, als die erhöhten Steuereinkünfte dadurch nicht mehr für den Dienst der neuen Schuld verfügbar sein würden.

Wie den „Times“ gestern ebenfalls aus Tokio telegraphiert wurde, wurden 300 assianische Koreaner aus Hamhung von Japanern, die von Genzan aus anrückten, angegriffen. Zwei Koreaner wurden getötet, 20 verwundet und 30 gefangen genommen. Die Gefangenen gaben an, sie seien von den Russen aufgestachelt worden.

Die koreanische Regierung hat sich entschlossen, Jongampho dem fremden Handel zu öffnen.

Japanische Truppenlandungen im Golf von Liaungang?

Petersburg, 24. März. Die Russische Telegraphen-Agentur berichtet aus Liaungang von heute: Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle hat General Ma sein Quartier nach Juntschau verlegt; seine Truppen sind nach Westen von der Ostmanchurien-Bahn zurückgegangen. Generalgouverneur Juanschilow teilt in Tientsin, seine Truppen sind nach Paotinglu zurückgekehrt, wo sie früher gestanden haben. Einem hartnäckig sich behauptenden Gerüchte zufolge beabsichtigen die Japaner in Gattia (S), nördlich von Schanghaiwan, Truppen auszuschießen. Zahlreiche japanische Spione befinden sich in Schanghaiwan und längs der Bahn von Kiutschwang. Eine Abteilung des Generals Michitschenko befindet sich wie bisher in Nordfoxa, seine Reconnozierungsabteilung vor Andschu. In den letzten Tagen fanden keine Zusammenstöße mit Japanern statt. — General Einewitsch bewillkommnete General Kuropatkin, nachdem er dessen Ankunft im Transbaikaliengebiet erfahren, telegraphisch und fügte hinzu: Die Truppen dürften danach, sich an dem Feind zu rächen, und erwarten mit Ungeduld Ihre Ankunft. — Die aus der Südmanchurien und Korea gemeldet wird, ist dort alles still. Die Koreaner beklagen sich über barbarisches Verhalten der Japaner, welche plündern, die Bevölkerung bedrängen, selten bezahlen und alles fortnehmen.

Shanghai, 23. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Der bei Wujung liegende japanische Kreuzer bleibt noch dort, da die Russen ihr Versprechen, das Kanonenboot „Randschur“ gefechtsunfähig zu machen, noch nicht erfüllt haben.

London, 24. März. Wie dem „Standard“ aus Tokio gemeldet wird, liegt keine amtliche Bestätigung der von verschiedenen Zeitungen getragenen Meldung vor, daß ein russisches Panzerschiff am letzten Freitag bei Port Arthur nach einem mehrstündigen Kampfe gesunken sei.

Suez, 24. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Der russische Dampfer „Malaga“, nach Odessa bestimmt, ist heute in den Kanal eingelaufen. Er hat 8 Offiziere und 202 Mann an Bord, die das englische Kriegsschiff Talbot von dem russischen Kreuzer Warog getrieben hat. Die Reute trugen Kleidung und Mützen, die ihnen von den englischen Matrosen gegeben waren.

Von Diebereien der russischen Intendantur.

Aus Krassnojarsk schreibt man uns wieder von anderer Seite: Die Truppen, die nach dem Osten ziehen, stationieren hier einen oder mehrere Tage. Allein die zu diesem Zwecke errichteten Kasernen erweisen sich infolge von Diebereien der Herren Ingenieure u. so untauglich und mangelhaft, daß die Mannschaften vielfach in Privathäusern untergebracht werden müssen. Die Einwohnererschaft muß sich, bei Gefahr, aus den eignen Wohnungen rausgeschmissen zu werden, mit dieser Einquartierung zufrieden geben. Die Desorganisation unter hiesigen Soldaten ist groß, und Krautwoll gibt es häufig.

„Kettet Euer Geld.“

Unter diesem Titel ist in Rußland ein von bürgerlicher Seite herausgegebenes geheimes Flugblatt verbreitet worden, das folgenden Wortlaut hat: „Weshalb sorgen die Minister dafür, das alle ihr Geld in die Sparkassen legen? Um dieses Geld selbst zu entnehmen und statt dessen die Staatsrente zu geben, die niemand selbst nehmen will.“ „Was ist die Staatsrente?“ „Die Rente ist ein Papier, dessen Wert mit jedem Tage sinkt. Heute drängen die Minister dieses Papier den Leuten um 100 Rubel auf und morgen giebt dafür kein Mensch mehr als 95 Rubel.“ „Die Minister brauchen Geld zum Kriege mit Japan. Sie nehmen unser Geld aus den Sparkassen heraus und krackieren uns mit Rente.“ „Kettet Euer Geld!“ „Fordert es aus den Sparkassen zurück!“ „Fordert Vorgeld und nicht die Rente!“ Das ist ein interessantes Dokument, das die „Begeisterung“ und das Vertrauen der bürgerlichen Kreise Rußlands zu den Finanzen der Regierung lebhaft schildert.

Der Krieg und der Liberalismus.

Zu der von uns veröffentlichten Zuschrift Peter v. Strubel schreibt uns unser Mitarbeiter: Daß die Stellungnahme der „Dswobodschenje“ von Strube zum Kriege den Label der „Roskowskja Wjedomosti“ verdient hat, ist Thatsache; aber es ist eben wieder bezeichnend für die Bescheidenheit des russischen Liberalismus, daß ihm schon die Wühlpilger des verächtlichsten offiziellen Regierungsdreißlers, wie die „Roskowskja Wjedomosti“, denen gegenüber die „Kreuz“-Zeitung ein wahres Muster von Anstand und fortschrittlichem Geist darstellt, als ein Aufmerksamkeitsmittel dünkt und die Kritik von sozialdemokratischer Seite weitwachen scheint. Um von dem Moskauer Reptil

begeistert zu werden, dazu genügt im allgemeinen, daß ein Blatt in Rußland nicht ganz so niederträchtig und sänftig ist, wie das Leitorgan der Roskauer Regierungskreise selbst. Der Kultus der zarischen Armee, den P. v. Strube jetzt treibt, sollte seine Konteragitation wider die von der Socialdemokratie ausgegebene Lösung: „Nieder mit dem Absolutismus“ bleiben deshalb doch traurige Zeichen des Verfalls des russischen Liberalismus im gegenwärtigen Moment, wenigstens dem „Roskowskja Wjedom.“ auch damit noch lange nicht recht gethan ist. Es ist eben allenthalben die historische Laubhahn des Liberalismus, zwischen zwei Mühlsteinen — der Reaktion und dem Proletariat — aufgerieben zu werden. Wichtig schien es uns aber, das deutsche Publikum zu informieren, daß entgegen allen Erwartungen des Fernerlebenden dieses Gesetz sich — leider! — auch schon in Rußland bewahrheitet.

Partei-Nachrichten.

Eine Märzfeier in London.

Man schreibt uns: Der Veteran der Socialdemokratie, Friedrich Lehner, war vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein eingeladen worden, bei der diesjährigen Märzfeier zu sprechen. Unser Freund war der Einladung, trotz seines hohen Alters, bereitwilligst gefolgt. Der 70jährige Greis ist wohl noch der einzige lebende Revolutionär, der das gewaltige Zeitalter, welches Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem vulkanischen Boden machte, miterlebt hat. Er, der mit an der Wiege der proletarischen Bewegung gestanden hat, hatte das Glück, Schulter an Schulter mit jenem heldenmütigen Geschlecht zu kämpfen, dessen ganzes Leben dem Dienste der Menschheit geweiht war. Unser Freund, der im Jahre 1848 zum erstenmal nach London kam, wurde bald Mitglied des Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins und des Kommunistenbundes. Im „tolen Jahre“ finden wir ihn in der Rheinprovinz, wo er an der Seite des „roten Veder“, des späteren Oberbürgermeisters und Herrenhaus-Mitgliedes von Köln, Kugeln für die Revolution goß. In 1850 sehen wir ihn in derselben Provinz als Emisär des Kommunistenbundes wirken, im großen Kölner Kommunistenprozeß (1851) wurde er zu dreijähriger Festungshaft verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe führte ihn sein Weg wieder nach London, wo er alle jene Männer wiederfand, die nach dem Abschlag der Revolution dem „starken Arme der Gerechtigkeit“ entkommen waren.

Die Rede unseres Freundes gipfelte in Erinnerungen an sein bewegtes Leben; er führte uns einen Augenblick zurück in das Deutschland der vierziger Jahre. Damals stand das Junft-Joßp-Zeitalter noch in voller Blüte. Die Handwerker waren noch streng abgefordert nach Berufsamt, man lag in fortwährender gegenseitiger Fehde. Diejenigen, die der roten Fahne folgten, waren nur ein kleines Häuflein mutiger Männer im Vergleich mit der heutigen mächtvollen internationalen Arbeiterbewegung. So oft wir Lehner hören, spricht er mit Begeisterung von dem „jungen Geschlecht“, welches nach seiner Meinung noch eine bessere Zukunft erleben wird. Tief ergriffen waren die Anwesenden, als er sagte, in früheren Tagen habe er immer geglaubt, er werde auch noch diese bessere Zukunft miterleben, dieses werde jedoch nicht der Fall sein, es würde überhaupt wohl das letzte Mal sein, daß er eine Märzrede halten könne.

Wir aber möchten die Hoffnung aussprechen, daß es unserm Veteran Lehner noch lange vergönnt sein möge, die Kämpfe des internationalen Proletariats zu verfolgen.

Gemeindefürer. Bei der Stichwahl in Langenbielau erhielten unsere Genossen nur 287 Stimmen, während die Gegner mit 379 Stimmen gewählt wurden. In Wenzig (Schlesien) wurden zwei Parteigenossen gegen die freimütigen Gegner gewählt. In Lägerdorf wurden in der dritten Klasse die beiden socialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Parteipresse. In die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ ist der Genosse B. Breckow eingetreten.

Eigene Versammlungsräume haben sich die Genossen in Chemnitz und in Mühlhausen i. Th. erworben. Die Chemnitzer Genossen kauften das Kolosseum in Kappel. Sie erhielten darauf die volle Konzession und es wird deshalb schon die diesjährige Landesversammlung darin abgehalten werden. In Mühlhausen haben die Genossen den Thüringer Hof auf zehn Jahre gepachtet und ihn als Gewerkschaftshaus eingerichtet.

Zur Erfurter Selbstbeschäftigungsfrage. Während meiner viermonatigen Gefängnishaft hat sich ohne mein Zutun und selbst ohne mein Wissen eine Diskussion über die mir auferlegte Arbeit im Gefängnis entsponnen. Sie endete mit einer Erklärung der Erfurter Prekominmission, die sowohl in der „Tribüne“ wie im „Vorwärts“ abgedruckt wurde und die darauf hinauslief, ich hätte auf Selbstbeschäftigung im Gefängnis verzichtet. Diese Erklärung entsprach aber nicht den Thatsachen, weshalb ich, nach Beendigung meiner Haft, eine entsprechende Gegenklärung an die gegenwärtige Redaktion der „Tribüne“ einsandte. Durch Beschluß der Prekominmission wurde jedoch die Veröffentlichung der Erklärung verhindert. Ich bin also in Erfurt vollständig mundtot gemacht. Da der „Vorwärts“ ersterwähnte „Erklärung“ gleichfalls brachte, hoffe ich, daß wenigstens er auch mich zu Worte kommen läßt.

Meine an die „Tribüne“ gefandte „Erklärung“ lautete folgendermaßen:

„Im November vorigen Jahres ging eine Act Entrüstungssturm durch die parteigenössliche Presse als bekannt wurde, der Unterzeichnete müsse während seiner viermonatigen Gefängnisstrafe, weil er nicht im stande war, täglich drei Mark für Selbstbeschäftigung aus eigener Tasche zu bezahlen, Gefängnisarbeit verrichten. Verlag und Prekominmission der „Tribüne“ erließen, als Antwort auf die verschiedenen Anzweiflungen, eine Erklärung nach der es erschien, als sei die ganze Aufregung unnötig gewesen. Das ist aber keineswegs der Fall; sie war vielmehr höchst berechtigt.“

Die Erklärung giebt zu: „Laut Vertrag mit sämtlichen Redakteuren ist die Verwaltung nur zur Zahlung des vollen Gehalts verpflichtet, die Tragung der Kosten für Selbstbeschäftigung und -Beschäftigung ist ausgeschlossen.“ — behauptet aber dann, ich hätte freiwillig auf diese Leistung verzichtet. Beide Behauptungen widersprechen einander und in der That entspricht die meinen Bericht betreffende nicht der Wahrheit. Die Kosten für Selbstbeschäftigung sind mir kurz vor meiner Haft niemals angeboten, früher jedoch direkt verweigert worden. Als nach viermonatigen Vorverhandlungen Anfang 1903 die Arbeitsverträge der Redakteure endlich von der Erfurter Prekominmission beraten wurden, zeigte sich, daß der Widerstand, den diese gleich dem Geschäftsführer der Verwaltung von Selbstbeschäftigung (an Selbstbeschäftigung wagte kein Redakteur nur zu denken) entgegensetzte, weder überwinden, noch zur Zeit zu überwinden war. Der Not gebohrten, nicht dem eignen Triebe, d. h. weil im gegenseitigen Falle überhaupt kein schriftlicher Vertrag zu stande gekommen wäre, verzichteten die Redakteure darauf, auf Bezahlung der Selbstbeschäftigung zu bestehen. Daß sie, als später der Fall der Einsperrung — mit mir zugleich „ich“ noch der Lokalredakteur Poppe — an sie herantrat, sich nicht nochmals bittend an die Verwaltung wandten, wird nach den Erfahrungen, die sie mit andren Kollegen gemacht, niemand trüberrn. Genosse Schulz hat schon öffentlich bestätigt, daß auch ihm die Selbstbeschäftigung verweigert wurde, und als Genosse Hennig früher einmal sich fünf Monate selbst beschäftigte, mußte er den ganzen Betrag — über 400 M. — aus eigener Tasche bezahlen. Das ist Erfurter Tradition.

Wenn also die Verwaltung der „Tribüne“, nachdem ich bereits im Gefängnis saß, erklärt, sie hätte „eb. Mittel und Wege gefunden“ Selbstbeschäftigung für mich zu bezahlen, so ist dies meines Erachtens nur geschrien unter dem Drucke des alles gemeinen Unwillens, nicht aus dem Gefühle der Verpflichtung heraus. Man hat mir ins Gefängnis etwas Schreibendes geschrieben, aber nicht die geringsten Anstalten gemacht, das Geld einzuzahlen.

Ich kann nur hoffen, daß den Nachfolgern der bisherigen Redaktion das dieser Vorentscheidung endlich bewilligt werde.

Soweit die zurückgewiesene Erklärung. Daß man ihr den Abdruck verweigert, beweist wohl am besten, wie wenig die Erfurter Verwaltung sich dagegen verteidigen kann.

Der Obige.

Einweihung einer socialistischen Druckerei und Verlagsanstalt.

Rom, den 21. März. Eine Folge des mißglückten Buchdruckerstreiks vom vorigen Jahre war, daß die römische Genossenschaftsdruckerei, die der italienischen Buchdrucker-Gewerkschaft gehörte, finanziell erschöpft wurde und so in die Hände der Klerikalen fiel. Dieselben hatten nichts eiligeres zu thun, als allen socialistischen Zeitschriften, die dort gedruckt wurden, die Verträge zu kündigen, so daß diese Veröffentlichungen vom 1. Januar 1904 an heimatlos wurden. Ihr Verleger, Genosse Luigi Rongini, ist den Klerikalen ganz besonders verhaßt, weil er das socialistische furchtbar antikerikale Wühlpilger „L'Asino“ (Der Esel) herandringt. Die Klerikalen, die die effektiven Herren der römischen Banken und des Grund und Bodens sind, sorgten dafür, daß Rongini in Rom weder eine andre Druckerei, noch auch nur ein Lokal zur Einrichtung einer solchen fand. Deshalb mußte er in Frascati auf dem albanischen Hügel, 40 Minuten per Bahn von Rom entfernt, eine eigne Druckerei einrichten, die gestern feierlich eingeweiht wurde.

Zur Feier waren etwa 1000 Parteigenossen aus Rom gekommen, unter ihnen Ferri mit seiner Familie, die Abgeordneten Morgari und Baraggani, sowie viele Journalisten.

Die neue Druckerei beschäftigt gegen 80 Arbeiter; sie hat neun Maschinen und eine besondere Abteilung für die Illustrationen. Im Verlage Rongini erscheinen folgende Zeitschriften: Der „Asino“, ein illustriertes Wühlpilger, von Galantara und Podrecca redigiert, mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren; „Il Socialismo“, dessen Leiter Enrico Ferri ist, eine Halbmonatsschrift revolutionärer Tendenz; „L'Avanti della Domenica“, die Sonntagsbeilage des „Avanti“; die von Janni redigierten „Problemi del Lavoro“, eine Monatschrift; der „Sempere Avanti“ ein wöchentliches Propagandablatt, das Morgari herausgibt; das Organ des Verbandes der italienischen Kommunen, die „Rivista Municipale“, die Verda leitet und schließlich „Il Sema“ (das Samenorn), eine Wochenzeitung für die Agitation unter dem ländlichen Proletariat, die 8 Seiten stark und illustriert erscheint und 1 Centesimo pro Nummer kostet.

Ohne ein Partei-Unternehmen zu sein, ist die neue Verlagsanstalt ganz socialistisch. Rongini hat sie unter großen Opfern errichtet und konnte mit Recht sagen, wie er es gefiebert beim Bankett tat: Diese Anstalt steht ganz im Dienste des Socialismus: meine Maschinen sind in die Parteiregister eingetragen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Bodumer Schöffengericht verurteilte am 23. März den Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leimpeters wegen Verleumdung der Vergleite Wente, Weiß und Winkelmann aus Gümgeld zu einer Geldstrafe von 500 M. und die Privatkläger Wente und Weiß zu je 50 M. Wente und Weiß gehörten früher dem Vergarbeiter-Verbande und auch der socialdemokratischen Partei an, wurden aber aus beiden Vereinigungen ihres unfolgenden Benehmens halber ausgeschlossen; ebenso aus dem Arbeiter-Gesangverein, während Winkelmann zwar eine Parteikarte liebte, aber auch gleichzeitig der Centrumpartei und dem Deutschen Gewerksverein angehörte. Nach ihrem Ausschluß trieben Wente und besonders Weiß starke Agitation gegen den Verband und bei der letzten Gemeinderatswahl in Gümgeld auch gegen die Partei, wobei sie dem Kriegerverein mehrere Socialdemokraten denunzierten, d. h. ein Denunziationsschreiben eines Kriegervereinsmitgliedes unterschrieben. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ nahm dann in Nr. 35 vom 6. September v. J. gegen diese Quertreibereien scharf Stellung. Der Artikel warf den Leuten direkte Denunziation vor und dann hieß es:

„Und das nicht nette Socialdemokraten, die dem Kriegervereins-Vorstand mitteilen, wer für ihre Partei gestimmt hat! Whui Teufel! Es sind aber nicht nur die obigen drei, sondern der Brief an den Kriegerverein ist von acht bis zehn „Genossen“ unterschrieben. Keine „Genossen“. Die Denunziation beim Kriegerverein und auch bei der Zeche zog nicht, weil man sich dort sagte, daß Leute, die ihre Parteigenossen so elendiglich verraten, so verkommenes Subjekte sind, daß man ihnen Angaben keine Bedeutung beimessen kann.“

Dieserhalb fühlten sich die Privatkläger beleidigt und strengten Klage an, die am 23. nach einer zweimonatigen Vertagung endlich zum vorläufigen Abschluß gelangte. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Privatkläger zwar manche Briefe denunziatorischen Inhalts an den Kriegervereinsvorstand mitunterzeichnet hatten, aber nicht die Verfasser oder die Veranlasser derselben waren. Leimpeters hatte Gegenklage erhoben, gestützt auf grobe Beschimpfungen durch die Privatkläger. Bewiesen wurde, daß Weiß am 2. August in einer Verlesung Leimpeters einen „dummen Grünhübel“ nannte, der „gerade so ein großer Lump sei, als auch Genosse Sachse.“ Sie (L. und Sachse) trafen nur die Genossen der Arbeiter und wollten diesen dann noch Bescheide erteilen. Wente hatte Leimpeters „den größten Lumpen von der Welt“ genannt.

Das Gericht fällte dieses Urteil: Der Angeklagte Leimpeters ist der öffentlichen, schweren Verleumdung schuldig und ist deshalb zu der hohen Geldstrafe von 500 M. verurteilt worden. Das Gericht hat dem Angeklagten zwar den Schutz des § 103 zugebilligt, der aber auf die Form des Artikels keine Anwendung finden konnte. Als strafmildernd komme in Betracht, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt hat, er konnte vorher nicht wissen, ob die Privatkläger die Veranlasser der Denunziationen waren oder ob sie dieselben nur mitunterzeichnet hatten, und weiter habe er im Interesse seiner Gewerkschaft gehandelt, wozu er ja eigentlich auch verpflichtet war. Dahingegen kommen aber als strafverschärfend in Betracht die vielen Vorwürfen des Angeklagten und dann habe das Gericht auch Anstoß an dem rohen Ton des Artikels genommen. Durch einen solchen Ton wird unser Volk enttäuscht und dagegen müssen die Gerichte mit aller Strenge einschreiten; darum mußte auf eine so hohe Strafe erkannt werden. Ebenso hat das Gericht in den Vorwürfen der Nebenangeklagten eine schwere Verleumdung erblickt. Hier mußte jedoch strafmildernd in Betracht gezogen werden, daß es sich um ungebildete Arbeiter handle, die ihre Gedanken nicht so in Worte kleiden könnten, wie ein gebildeter Mann und Redner, wie z. B. der Angeklagte Leimpeters. Dann sind die Verurteilungen in höchster Erregung gefallen, wo einem Arbeiter leicht ein unbedachtes Wort entglüht, was allerdings auch nicht sein darf, aber immerhin zu entschuldigen ist. Darum hielt das Gericht eine Geldstrafe von je 50 M. für ausreichend. Die Kosten trägt der Angeklagte Leimpeters zu acht Zehntel und die beiden Nebenangeklagten zu je ein Zehntel.

Kardinal Kopp-Prozeß.

Wentzen, den 23. März. (Fig. Ver. des „Vorwärts“.) Vor dem Landgericht in Wentzen (Oberholl.) begann heute Vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Pilling die Ver-

Handlung gegen den Redakteur des radikal-polnischen „Gornoslazak“ („Derschleier“) von Wolski wegen Beleidigung des Kardinals Kopp und der ihm unterstellten ober-schlesischen Geistlichkeit. Die Beleidigung soll begangen sein durch den Abdruck eines Artikels des Warschauer Blattes „Przeglad Katolicki“, der eine scharfe Kritik der Stellung des Kardinals und seiner ober-schlesischen Geistlichen zum Vorkommen enthält. Es sei, heißt es u. a. in dem Artikel, eine Lüge, wenn der Kardinal das Centrum als die einzige sittlich erlaubte politische Partei für die Katholiken bezeichne und die Solidarität mit dieser Partei als Beweispflicht des Katholiken fordere. Die deutsche Sprache werde dem Volke nicht nur in der Schule, sondern auch in der Kirche aufgedrängt; die Kanzeln verwandelt sich in politische Tribünen und widerhallen von unwürdigen und unchristlichen Ausfällen gegen die Gefühle und Überzeugungen der Ortsangehörigen, welche auf Schritt und Tritt mit der typischen deutschen Grobheit behandelt und von den eignen Seelenhirnen mit Fäulen getreten werden. Die Folgen seien verderblich für den Glauben und die Kirche und führten dazu, daß immer größere Scharen des polnischen Volkes zur Fahne des Sozialismus und der Konfessionslosigkeit schwören. Das Auftreten des Klerus gegenüber dem polnischen Volke sei eine moralische Nichtswürdigkeit, eine Vergewaltigung der Naturrechte und der Rechte der Kirche und in ihren Folgen ein Verrat an der katholischen Sache — aus Gefälligkeit gegen den Staat! Der Artikel beschuldigt dann ober-schlesische Geistliche, niedrige Intriguen gegen den Abgeordneten Korsantj geübt zu haben, um ihn als einen Feind der Kirche erscheinen zu lassen. Der Artikel behauptet dann noch, daß Kardinal Kopp — der in Berlin hochgeachtet sei — in Breslau vor den letzten Landtagswahlen eine Priesterkonferenz veranstaltete, in der man sich mit den Angelegenheiten der Kirche und den Kösten des der geistlichen Obhut völlig beraubten Volkes sehr wenig beschäftigte, desto mehr aber mit der Politik.

Die Anklage stützt in diesen Behauptungen sowohl schwere Beleidigungen formaler wie tatsächlicher Art, insbesondere gegen den Kardinal, der bestreitet, aus politischen Zwecken gehandelt zu haben und nur das Seelenheil seiner Schafe im Auge gehabt haben will. Zum Beweise für die Richtigkeit der Behauptungen des Artikels hat der Angeklagte v. Wolski die Ladung von etwa achtzig Zeugen aus den Kreisen der ober-schlesischen Kirchenbesucher beantragt, das Gericht hatte die Ladung von seiten des Gerichts abgelehnt, so daß der Angeklagte diese Ladung nunmehr selbst bewirken mußte. Da auch von seiten der Staatsanwaltschaft viele Zeugen, insbesondere Geistliche geladen sind, wird der Prozeß, dessen Dauer auf zwei Tage bemessen ist, im großen Schwurgerichtssaal verhandelt. Eine große Anzahl Vertreter der Presse, nicht nur der deutschen, sondern auch der russisch- und österreichisch-polnischen Presse, sind zu den Verhandlungen erschienen. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Szuda-Katowitz. Der ebenfalls als Verteidiger bestellte Reichstags-Abgeordnete, Juliusrat Lenzmann, hat andere Geschäfte wegen sein Mandat zurückgegeben.

Der Angeklagte übernimmt dann nach Verlesung der Anklageschrift und des inkriminierten Artikels die volle Verantwortung für denselben und erklärt, er wolle für die darin enthaltenen Behauptungen den Beweis der Wahrheit antreten. Die Wendung im Artikel, die verstanden werden könnte, als ob dem Kardinal Kopp der Vorwurf der Lüge gemacht werde, solle nicht in diesem Sinne verstanden werden. Der Angeklagte v. Wolski, der 26 Jahre alt ist und Hochschulbildung hat, ist seit anderthalb Jahren in der Redaktion des „Gornoslazak“ tätig und bisher nicht bestraft. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Szuda, stellt nach Vernehmung des Angeklagten eine Reihe von Beweisfragen. Zunächst beantragt er die Vorlesung einer Anzahl Nummern des „Gornoslazak“, um das tatsächliche Verhältnis des Blattes zum Kardinal Kopp darzustellen. Dann die Vernehmung des Centrums-Abgeordneten Dr. Porich darüber, daß es sich bei der Priesterzusammenkunft in Breslau nicht um die offizielle Erzpriester-Konferenz, sondern um eine sich unmittelbar an diese schließende Besprechung ober-schlesischer Geistlicher handelte, die im Vincenzhaufe in Breslau tagte und sich mit den Wahlen beschäftigte. Drittens beantragt die Verteidigung die Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen darüber, daß eine erhebliche Zahl ober-schlesischer Geistlicher ihr Amt in der Kirche und außerhalb derselben zu politischen Zwecken mißbraucht haben, insbesondere dazu, katholische Wähler zu veranlassen, nicht die polnischen Kandidaten, sondern die des Centrums zu wählen. Die Verteidigung nennt eine große Reihe von Fällen, in welchen näher bezeichnete ober-schlesische Geistliche Mißbrauch der Sakramente getrieben haben sollen, indem sie Lesern radikal-polnischer Blätter die Abnahme der Weichte oder Erteilung der Absolution nach abgelegter Weichte verweigerten. In einzelnen Fällen sollen national-polnisch gesinnte Leute mit groben Worten der Kirche verwiesen worden sein. In manchen Fällen wurde die Absolution so lange verweigert, bis der Betreffende versprach, das polnische Blatt nicht mehr zu lesen. Auch Frauen wurden die kirchlichen Gnadenmittel verweigert, weil sie entweder selbst Leser solcher verpönten Blätter waren oder ihre Männer nicht genügend beeinflusst hatten, diese Blätter nicht mehr zu abonnieren. Wieder andere sollen auf Korsantj und andre polnische Führer verwiesen worden sein zwecks Erteilung der Absolution. Auch die kirchliche Trauung wurde mehreren Nationalpolen verweigert, ebenso den Kindern der Eltern, welche vermulich polnisch gewöhlt hatten, die Erteilung des Weichtunterrichts. Manche Pfarrer oder Kaplanen machten nach den Beweisunterlagen des Verteidigers nicht nur das Aufgeben des Abkommens auf polnische Blätter zur Bedingung, sondern forderten ausdrücklich das Abonnement auf das zentrumsfreundliche polnische Blatt „Gazeta Katolicka“ des Pfarrers Stephan. Die Frauen wurden aufgefordert, mit ihren Männern so lange zu kämpfen, bis diese sich der Kirche wieder fügten. Ein 65jähriger totkranker Mann sollte mit den Sterbesakramenten versehen werden. Der Kaplan sah am Spiegel jedoch ein Bild des Kandidaten Korsantj stehen, rief es heraus und ließ den Kranken schwören, daß er sich von der polnischen Sache abwenden wolle. Auch auf den Kanzeln soll nach den Beweisunterlagen der Verteidigung die politische Agitation von vielen Geistlichen in der bestmöglichen Weise betrieben sein. Ein Pfarrer verglich Korsantj mit dem jüdischen Schächer Barabas; ein anderer führte den Vergleich noch weiter, indem er den Centrumskandidaten Letocha = Jesus dem Korsantj = Barabas gegenüber stellte. Ein Geistlicher erklärte die national-polnische Bewegung auf der Kanzel als ein Verbrechen, die polnischen Führer als Lumpen und Sozialdemokraten, wieder ein anderer Pfarrer versuchte von der Kanzel herab in aller Form den Gornoslazak, ein dritter ließ in der Kirche zunächst für die Wähler des Centrumskandidaten beten, dann aber auch für die Gegner des Centrums, damit der heilige Geist sie erlauchte.

Nach kurzer Beratung lehnt der Gerichtshof die von der Verteidigung gestellten Beweisfragen ab, beschließt aber entsprechend den Bestimmungen der Strafprozeßordnung doch, die von der Verteidigung zur Stelle gebrachten Zeugen zu vernehmen, wobei der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen mitzuteilen, daß sie, als nicht von seiten des Gerichts geladen, nicht verpflichtet seien, an Gerichtsstelle zu erscheinen. Der Verteidiger widerspricht diesem Antrage als einen ungesetzlichen, das Gericht instruiert jedoch in dem vom Staatsanwalt geforderten Weise, worauf der Verteidiger den Zeugen, die bleiben wollen, erklärt, daß er für die Kosten aufkomme.

Der erste Zeuge, Pfarrer Kronschmidt aus Deutsch-Nerth, giebt zu, dem Hänsler Racharel daselbst einen Brief geschrieben zu haben, in welchem es heißt, daß der Pfarrer ihn nicht mehr als zur katholischen Kirche gehörig betrachte und die heiligen Sakramente verweigere, weil er, Racharel, mit Nationalpolen verkehre. Ein letzter Satz des Briefes „Was Ihren Sohn betrifft“ war unvollendet geblieben. Der Pfarrer erklärt vor dem Gericht, er habe gehört, daß Racharel einen polnischen Stimmzettelverteiler in sein Haus ausnahm und schrieb deshalb den Brief.

Verteidiger: Worauf gründen Sie das Recht, einem Angehörigen

der Kirche die Zugehörigkeit zu derselben und die heiligen Sakramente zu verweigern, weil dieser dem Stimmzettelverteiler einer politischen Partei sein Haus öffnete?

Zeuge: Darauf, daß die Nationalpolen durch ihre Angriffe auf die Kirche Bergernis erregten. Ich mache hier keinen Unterschied zwischen Polen und Sozialdemokraten.

Verteidiger: Woraus schöpfen Sie solche Anschauungen?

Zeuge: Aus privaten Studien. Zeuge kann sich nicht befinden, aus welchen Quellen er schöpft.

Verteidiger: Beschuldigen Sie den letzten Satz des Briefes unvollendet? War nicht der Sohn Racharels Briefträger?

Zeuge: Ja. Ich hatte zunächst die Absicht, an die Vorbehörde zu schreiben und sie aufzufordern, auf den Sohn des Racharel ein wachames Auge zu haben, weil der Vater Nationalpole sei. Das ist meines Erachtens mit dem Dienst eines königlichen Beamten nicht zu vereinigen. Ich habe die Absicht aber aufgegeben, um nicht als Denunziant zu erscheinen. Ich wollte mir die Sache für später aufsparen.

Pfarrer Chorus bekundet, daß zu der Besprechung der Erzpriester in Breslau über politische Angelegenheiten erst im Verlaufe der Erzpriester-Konferenz eingeladen worden sei, und zwar ohne jede Einwirkung des Kardinals durch Erzpriester Slowacki. Der Zeuge giebt nicht zu, polnischen Arbeitern angedroht zu haben, ihnen die Gnadenmittel der Kirche zu entziehen, wenn sie weiter den „Gornoslazak“ lesen.

Generalvicariats-Sekretär Buchmann-Breslau wird als Sachverständiger darüber vernommen, ob ein Geistlicher entsprechend dem kirchlichen Recht handle, wenn er einem Angehörigen der Kirche die Sakramente deshalb verweigere, weil derselbe dem Stimmzettelträger einer vermeintlich kirchensindlichen Partei in seinem Hause aufnehme. Der Sachverständige meint, hier sei das subjektive Empfinden des Geistlichen wohl maßgebend. Auf weiteres Verfragen des Verteidigers erklärt der Sachverständige, er selbst würde die Entscheidung davon abhängig machen, wieweit der Sünder bewußt als Feind der Kirche gehandelt habe. Auf Verfragen des Vorsitzenden erklärt der Sachverständige, daß über die Vorgänge bei der Weichte nicht nur der Weichtiger, sondern auch das Weichtind zu schweigen habe und daß eine Verlegung dieser Pflicht im kirchlichen Sinne eine Sünde sei.

Gestützt auf diese Erklärung des Geistlichen stellt nun der Vorsitzende dem Angeklagten auf Grund persönlicher Erwägungen die Frage, ob er noch auf die Vernehmung der Zeugen über Dinge aus dem Weichtstuhl bestünde. Der § 54 der Strafprozeß-Ordnung berechtige die Weichtfinder allerdings nicht zur Zeugnisverweigerung, hier sei aber doch zu erwägen, daß solche Auslagen das religiöse Empfinden der Zeugen tief berühren werde. Nach einer Beratung mit seinem Klienten giebt der Verteidiger die Erklärung für diesen und für sich selbst ab, daß sie auf Vernehmung der Zeugen bestehen müßten. Nach dem Gutachten des hochangelegenen Prälaten Stannovius in Krakau sei eine Verpflichtung des Weichtfindes zur Geheimhaltung dessen, was im Weichtstuhle vorgehe, nicht gegeben und deshalb das Erzählen derselben keine Sünde. Dann seien auch die Zeugen freiwillig gekommen und bereit, auszusagen. Schließlich ist auch das Verhalten der Geistlichen ethisch so verwerflich, daß wir auch aus diesen Gründen auf die Vernehmung der Zeugen bestehen müssen, auch damit die Welt erfährt, was in Oberschlesien vorfällt.

Vorsitzender: Auch dann, wenn das Gericht annimmt, daß der Angeklagte in gutem Glauben an die Wahrheit der ihm bekannt gewordenen Mitteilungen handelte?

Verteidiger und Angeklagter: Ja, auch dann!

Auf die Verlesung der kommissarischen Aussage des Kardinals Kopp will der Staatsanwalt verzichten, der Verteidiger widerspricht dem jedoch, zugleich aber auch der Verlesung, da er das persönliche Erscheinen des Kardinals an Gerichtsstelle fordert. Das Gericht beschließt jedoch die Verlesung der Aussage des Kardinals, da der Grund für die kommissarische Vernehmung, nämlich die weite Entfernung, noch fortbestehe. Aus der vertlesenen Aussage ist hervorzuheben, daß der Kardinal entschieden in Abrede stellt, die politische Vernehmung der ober-schlesischen Geistlichen in Breslau veranlaßt oder an der dort beobachteten Revolution gegen die Nationalpolen, dem sog. „Strebrieff“, irgendwie mitgewirkt zu haben. Diese Aussage hat der Kardinal mit seinem Eide bekräftigt.

Die Verhandlung wird darauf abends 7 Uhr auf den nächsten Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung des Badeanstalts-Personals wurde durch den Beschluß einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung eingeleitet, die der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals einberufen hatte. Das Personal in den Badeanstalten hat nach dem Referat des Stadtverordneten Antrick eine übermäßig lange Arbeitszeit. Der Arbeitstag währt meist 14—16 Stunden. Die Beschäftigung ist eine höchst ungesunde, weil sie ausgeübt wird in heißen, mit allerlei schädlichen Ausdünstungen angefüllten Räumen. In den meisten Fällen giebt es weder Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten, noch einen Raum, wo der Badewärter sein Essen einnehmen könnte. Das unwürdigste in dem Arbeitsverhältnis der Badewärter ist es, daß sie für ihre anstrengende und aufwändige Beschäftigung nicht einmal Lohn erhalten. Sie sind angewiesen auf die Trinkgelder, welche die Badegäste ihnen spenden. Ja, in verschiedenen Badeanstalten müssen die Wärter von dem ihnen zustehenden Trinkgelde — ihrer einzigen Einnahme — noch das Hilfspersonal, wie Hausdiener, Scheuerfrauen, bezahlen, sie müssen Putzzeug halten und sogar Renovierungsarbeiten, wie Anstrich von Wänden und Böden, ausführen oder die dazu erforderlichen Arbeiter bezahlen. So verhalten es die Unternehmer, einen wesentlichen Teil der Betriebskosten aus den Trinkgeldern zu decken, die das Publikum dem Badewärter zahlt. Aenderung dieses unwürdigen Zustandes ist die dringendste Forderung, welche die Badewärter und Wärterinnen an ihre Unternehmer stellen. Daneben läme noch in Betracht die Einführung einer geregelten Arbeitszeit und die mögliche Einschränkung der Sonntagsarbeit. Die Verbandsleitung wurde dann beauftragt, den Unternehmern die nachstehenden Forderungen zu unterbreiten und mit ihnen darüber zu verhandeln: 1. Abschaffung des Trinkgeldsystems. 2. Gewährung eines Wochenlohnes von 36 M. für männliche, 34 M. für weibliche Kollegen. 3. Arbeitszeit: Von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 12 Uhr vormittags. 4. Regelung der Bäderaufnahme: Dampf-, Lohstamin- und sonstige Bäder mit Badung oder Massage bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 10 Uhr vormittags. 5. Freigabe eines jeden zweiten Sonntags nach § 103 der Gewerbe-Ordnung, sofern diese Materie nicht geregelt ist durch Freigabe von zwei halben Tagen in der Woche und Einführung sogenannter Damentage in den Dampf-Abteilungen. 6. Arbeiten, die mit dem Beruf eines Badedieners oder Massieurs nicht zu vereinbaren sind, wie: Reinigen oder Instandhalten der Anstaltsräume, Streichen der Wände, Kesselreinigen, Wäschelegen, Rollen, kommen in Fortfall. 7. Die für diesen Zweck nötigen Hilfskräfte hat der Arbeitgeber selbst zu bezahlen und darf dafür vom Lohn der Angestellten nichts abgezogen werden. 8. Hilfspersonen, die dem Badedienere zur Seite gestellt sind, wie Scheuerfrauen in den Wannenabteilungen oder Hausdiener in den Dampf-Abteilungen, sind durch den Arbeitgeber zu bezahlen. 9. Die Arbeitgeber haben dafür zu sorgen, daß bei der Ausübung der Massage tüchtig, ausgebildetes Personal verwendet wird, aber nicht unter Hinzuziehung von Leuten, die die Massagekunst unvollkommen oder gar nicht beherrschen. 10. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ein mehr als einmaliges Benutzen der Badewäsche unter keinen Umständen stattfinden darf. 11. Anerkennung der Organisation der Angestellten. 12. Diese Forderungen sind in Form eines Vertrages mit der Organisation der Arbeitgeber abzuschließen und zwar so, daß der Vertrag von unbestimmter Dauer ist und eine vierteljährliche

Kündigungfrist für denselben festgesetzt wird. — In Streitfällen entscheidet der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. — Weiter wurde beschlossen, daß die Forderungen auch der Central-Kommission der Krankenträger unterbreitet werden, damit dieselben beim Abschluß von Verträgen zwischen Krankenträgern und Badeanstalts-Besitzern berücksichtigt werden können.

Zur Lohnbewegung der Berliner Bädergehilfen. In der Versammlung der Tagesbäder Mittwochabend, Industrieäle, Verstrasse, die sich mit der in Aussicht genommenen Lohnbewegung beschäftigte, teilte der Referent Gehjchold mit: Die jetzige Bewegung solle sich nicht auf Berlin beschränken, sondern auch eine ganze Reihe von Orten, die Redner namhaft machte, werden mit in die Bewegung hineinbezogen werden, um auch für diese und mit diesen günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlämpfen.

Die Lohnbewegung der Steinmetzen Berlins ist nun im allgemeinen als beendet anzusehen. Wie in der Steinmetzen-Versammlung am 23. März festgestellt wurde, ist der 75 Pf. Minimal-Stundenlohn jetzt auch von den meisten und maßgebenden außerhalb der Innung stehenden Arbeitgebern bewilligt worden, soweit dieser Lohn über ein höheres nicht schon vorher gezahlt wurde. Uebrigens hat, wie der Alteselle Budmann mitteilte, der Obermeister der Steinmetzen den Gesellen zur Durchführung der neuen Arbeitsbedingungen bei den nicht der Innung angehörenden Arbeitgebern die Unterstützung der Innung zugesagt. In der Versammlung wurde außerdem kurz über Anträge zum Verbandstag diskutiert. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Mit der Erhöhung des Beitrags zur Gewerkschaftskommission auf 12 Pf. pro Mitglied und Jahr erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Achtung, Treppengeländer-Arbeiter! In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß in einzelnen Betrieben Ueberstunden gemacht werden. Insbesondere geschieht dies in der Werkstatt von Schmidt u. Co., Schönhauser Allee 167a. Ohne die Kommission zu benachrichtigen, beschloffen die dort Beschäftigten, pro Tag zwei Ueberstunden zu machen, obwohl genügend Arbeitskräfte auf der Straße liegen. Sie blieben selbst bei diesem Beschlusse bestehen, nachdem sie in einer Werkstellen-Sitzung auf das Verwerfliche dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht wurden. Wir bringen den bestehenden Beschluß nochmals in Erinnerung: „Ueberstunden sind unter allen Umständen zu verweigern.“ Die Kommission.

Zum Tischlerstreik von Steglitz und Groß-Weißensee wird berichtet: Die Tischlermeister arbeiten jetzt mit Hochdruck, um Arbeitswillige heranzuziehen. Jede Arbeitskraft findet jetzt Verwendung. Leute von 65 Jahren, welche kaum noch den Hobel regieren können, behaupten, 33 M. Lohn zu erhalten. Ob wohl die Meister an diesen Leuten mehr verdienen, als an ihren früheren Gesellen? Wir glauben es nicht. Die wohlthätige Polizei läßt sich den Schick der Arbeitswilligen nach wie vor sehr angelegen sein. Des Morgens werden dieselben von der Elektrischen und von den Bahnhöfen abgeholt, des Abends wieder hingebrahrt. Natürlich finden sich auch andre Leute, welche den Arbeitswilligen das Geleit geben, und ein Kinderhaufen bildet den Schluß. Den Streikposten geht es natürlich nicht so gut. Ein Meister aus der Kiekerstraße in Steglitz kann die Streikposten durchaus nicht stehen sehen. Eines Morgens verließ er sich in Gegenwart eines Schuhmannes zu dem Ausdruck: „Die Hunde (nämlich die Streikposten) müßte man mit dem Summfischlauch wegbringen!“ Was wäre wohl dem Streikposten geschehen, wenn dieser eine solche Aeußerung gemacht hätte! Es sei darauf hingewiesen, daß auf einer Liste für die streikenden Tischler gesammelt wurde. Die Streikleitung ersucht, solche Listen zurückzuweisen. Sollten die Tischler in die Lage kommen, die Arbeiterschaft deswegen in Anspruch zu nehmen, so werden sie sich ordnungsgemäß an das Gewerkschaftsamt wenden; vorläufig sind sie jedoch materiell so gestellt, daß sie den Kampf noch lange aus eignen Mitteln führen können.

Zum Streik der Schuhmacher in Ludenwalde. In der Arbeitsniederlegung in der mechanischen Schuhfabrik von Malek ist noch folgendes zu berichten: Die Ursachen des Konflikts sind Lohnreduktionen. Herr Malek, welcher erst vor kurzem seinen Betrieb von Berlin nach Ludenwalde verlegt hat, hat den Arbeitern Lohnsätze unterbreitet, die gegen die früheren in Berlin gezahlten um 15—24 Proz. niedriger sind. Entsprechend den Ludenwalder Verhältnissen waren die Arbeiter auch mit einem Heruntergehen der Lohnsätze zu ungefähr der Hälfte der angegebenen Differenz einverstanden. Herr Malek schien aber nicht geneigt, sich auf dieser Basis zu einigen; er möchte nur geringe Zugeständnisse. Am Sonnabend erfolgte dann plötzlich die Entlassung des Vertrauensmannes, welche unter den gegebenen Verhältnissen als eine Maßregelung betrachtet werden mußte. Da die Entlassung am Montag nicht zurückgenommen wurde und auch die Lohnfrage nicht in befriedigenden Sinne gelöst war, legten dann die Arbeiter die Arbeit nieder. Der Vertreter der Organisation, welcher des andern Tages vermitteln wollte, wurde in scharfer Weise abgewiesen. Im Ausstände befinden sich 33 Personen, darunter sieben weibliche.

Achtung, Metallarbeiter! Sämtliche Reparatur-Arbeiter (Schlosser, Schmiede, Dreher, Klempner) der Gementfabrik in Tashorf bei Müderdorf haben die Kündigung wegen Lohnindefiniten eingereicht. Zugug obengenannter Branchen ist streng fernzuhalten. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Die Tischler haben nun auf den „Oderwerken“ in Stettin die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine Verständigung erreicht worden ist. Die Forderung von 35 Pf. Stundenlohn für sämtliche Tischler wurde seitens der Direktion abgelehnt. Zugelassen wurden dagegen 34 Pf. Stundenlohn und die Garantieung desselben bei Accordarbeiten, falls der Accord den Stundenlohn nicht erreicht. — Nachdem noch vor kurzem 12, 14 und 16 Stunden gearbeitet worden ist, werden jetzt Arbeiter aller Kategorien wegen Mangel an Arbeit entlassen. Dieser Tage traf 17 Schiffszimmerer dieses Schiffes.

Die Lohnbewegung der Tapezierer hat in Elberfeld ebenfalls mit einem vollen Erfolg der Gehilfen geendet.

Die Einführung der eineinhalbständigen Mittagspause in den Textilbetrieben zu Reichenbach i. B. ist von den Unternehmern, wie wir vorausahnten, abgelehnt. Von etwa 70 Unternehmern haben überhaupt nur zwei geantwortet. Beide haben bereits die 1 1/2-stündige Pause eingeführt und der eine von ihnen antwortet noch dazu in einem Tone, der erwarten läßt, auch er werde demnächst zur einständigen Pause zurückkehren. — Die Arbeiter sind entschlossen, die Sache nicht ruhen zu lassen.

Ausland.

Gewerkschaftliche Berufungskongresse in der Schweiz. Außer dem Allgemeinen schweizerischen Gewerkschaftskongress werden während der Oberger in Luzern auch die Verbandstage der Holzarbeiter und Metallarbeiter sowie die Delegiertenversammlung der Maurer und Handlanger abgehalten. Am 17. April finden die Delegierten-Versammlungen der Lithographen in Aarau und der Schuhmacher in Basel statt. Abgehalten wurden bereits die Verbandstage der Brauer, Buchdrucker, Textilarbeiter und Glaser. Der Brauerverband erhöhte im Jahre 1903 seine Mitgliederzahl von 730 auf 823, sein Vermögensbestand beträgt 6939,65 Fr. Die Zahl der Brauereien ohne Freibier konnte der Verband im vorigen Jahre von 25 auf 31 erhöhen und dadurch der Förderung der Kultur, der sozialen und gesundheitlichen Hebung der Brauerei-Arbeiter auf neue die schärfsten Dienste leisten. Die verschiedenen Organisationen der Textilarbeiter haben sich zu einem Industrieverband zusammengeschlossen, der bereits 5161 Mitglieder, davon 3302 männliche und 1799 weibliche, zählt und in der „Oschweizer Industrie-Zeitung“ ein eigenes Organ besitzt. Die Delegiertenversammlung beschloß, mit den Fabrikantenvänden behufs Einführung des Jahresurlaubes in der Textilindustrie in Verbindung zu treten, ferner dem internationalen Textilarbeiter-Sekretariat beizutreten.

Die Aussperrung in der Diamant-Industrie.

Der Minister Kuyper hat nun den in Betracht kommenden Organisationen telegraphisch Mitteilung über die Form und die Bedingungen der bevorstehenden Intervention gemacht.

Der Minister macht seine Intervention von der Annahme dieser Bedingungen abhängig.

Die Antwerpener Arbeitgeber fahren fort, Nachrichten über den Erfolg der Wiedereröffnung der Fabriken in die Welt zu setzen.

Eingegangen bei der Hauptkassse des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes zur Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiter in Grimnitzschau von der Gesellschaft 'Unter uns' durch O. Winkler Sa. 137,00.

Soziales.

Landesversicherungs-Anstalt und Schiedsgericht.

Am 27. November v. J. berichteten wir über Streitigkeiten zwischen dem Vorsitzenden der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, und dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts Berlin, Herrn v. Gohlsdorf.

Zugleich wird in derselben Sache eine andre Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes veröffentlicht, wonach der Ausschuss die Befugnis hat, zu verlangen, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt in den Sitzungen des Ausschusses zur Auskunftserteilung vertreten sei.

Regierung hilft! Die 'Deutsche Zeitung' veröffentlicht die Zuschrift eines Leipziger Arztes, in der es heißt:

Ein zweites Köln wird Leipzig nicht! so riefen die Klassenherren in den Volksversammlungen und ernteten den stürmischen Beifall der arbeitslosen Masse.

Man möchte die 'arbeitslose Masse' gar so gern durch tönische Zwangsmittel beglücken und ist schmerzlich berührt, daß die Leipziger Behörde im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse bleibt.

Eine feindselige Stellung nimmt der Stadtmagistrat Fürtz gegenüber dem dortigen Verbande der gemeindlichen Arbeiter ein.

ausschüsse bede. Es erübrige sich, auf die Eingabe einzugehen, der Magistrat solle überhaupt aussprechen, daß er sich in Zukunft nicht mehr mit Gesuchen des Verbandes beschäftigen werde.

Warum sollten die bayerischen Liberalen und Demokraten auch freisinniger sein wie die Berliner Freisinnigen.

Zum Arbeiterschutz. Der Staatssekretär des Innern hat die Bundesregierung ersucht, durch die Gewerbe-Aufsichts-Beamten eingehende Erhebungen über die Gesundheitsgefahren, insbesondere über die Bleivergiftungs- und die Staubgefahr, anstellen zu lassen.

Aus Industrie und Handel.

Oberhessische Eisenindustrie. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung der Oberhessischen Eisenindustrie, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, in Gleiwitz O.-S. legte der Vorstand den Abschluß für das Jahr 1903 vor.

Emallierwerk und Metallwarenfabrik Siesia, Paruschkowit bei Abnail. In der gestern in Berlin abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1903 vorgelegt und beschlossen.

Dortmunder Union. In der gestrigen Generalversammlung wurde die Veräußerung der 'Henrichshütte' und das Verkaufsangebot für die Hütte 'Carl Friedrich' einstimmig genehmigt.

Kontordia, Bergbau-Gesellschaft in Oberhausen. Der Aufsichtsrat beschloß, wie die 'Kölnische Zeitung' erfährt, in seiner gestrigen Sitzung der am 22. April stattfindenden Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Million Mark und 1/4 Million Schuldverschreibungen vorzuschlagen.

Annahme von Exportgut. Nach einer Mitteilung der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin bleibt neben den vom Verkehrs-Bureau Bestimmungen die bisher zugelassene Abfertigung von Gütern aller Art auf Gepäckwagen ohne Lösung von Fahrkarten auch nach dem 1. April vorläufig bestehen.

Northern Securities Company. Auch die 'Frankfurter Zeitung' zieht aus den gestrigen Meldungen über die Auflösung der für ungeschicklich erklärten Northern Securities Company die Folgerung, daß dieser eigenartige Aktienkurs keineswegs ganz zu verschwinden gedenkt.

Rumänische Petroleum-Industrie. Aus der Statistik des Domänenministers über die rumänische Petroleumproduktion veröffentlicht die 'Frankfurter Zeitung' einige Zahlen, die in Anbetracht der bekannten Beziehungen der rumänischen Petroleumgesellschaften zu den großen deutschen Bankinstituten Beachtung verdienen.

Aus der Frauenbewegung.

Köpenick. Der Frauen- und Mädchen-Verein hielt am 16. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Helling, Schöneberg, seine 5. keine Mitgliederversammlung ab.

Frauenstudium. Die Universität Jena ist von der weimarschen Regierung in Kenntnis gesetzt worden, daß der Zulassung von Frauen, die alle Bedingungen hierfür erfüllen, zu der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und zu sonstigen das Studium abschließenden Prüfungen grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Marktpreise von Berlin am 23. März 1904

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mehl, etc.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

Anna König. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe unvergeßliche Frau am Dienstagabend nach langem, schmerzlichem Leiden verstorben ist.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Am 22. d. Mts. starb unser treues Mitglied Heinrich Eitner im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Minna Liebelt geb. Gundlach nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Gelegenheitskäufe in Damen-Konfektion! Kostüme von 12 M. 50 Pf. an Paletots von 7 M. 50 Pf. an Röcke von 3 M. 50 Pf. an Reismuster spottbillig.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend. (Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.) Sonntag, den 27. März 1904, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Frick Wille, Brunnenstraße Nr. 188.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin). Hierdurch zur Nachricht, daß unter Mitglied Karl Stenzel am 22. März an der Proletarier-Krankheit verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Landmann am 22. d. Mts. gestorben ist.

Rohtabak fein hellfarbig mit Sumatra-Dooko 1 1/2 Pfd. doekend, a 200 Pf. S. Hammerstein Filiale. Vortr.: Gustav Boy, Berlin N., Brunnenstr. 183.

Große Betten 12 M. Ober- u. Unterbett, zwei Kissen mit gereinigtem neuem Federkern bei Guldberg & Co. Berlin S., Brünnengasse 46. Verhältnisse lohnend. Viele Anerkennungsbriefe.

Rudersport! Charlottenburg! Arbeiter resp. Kinderbewilligte, welche diesen schönen und gesunden Sport mitüben möchten, findet unterzeichneter Verein bei geringen Beiträgen Gelegenheit dazu.

Beste zu Anzügen, Paletots und Hosen feinsten Qualität werden nach Mass verarbeitet, und zwar: 3 Breile von Mk. 26.- Paletots 3 Breile von Mk. 23.- Hosen zum Preise von Mk. 8.50 an.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung. Achtung! Einsetzer. Achtung! Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I: Versammlung sämtl. Einsetzer Berlins und Umgegend.

Danksagung. Für die rege Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Begräbnisfeier meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Musiker-Verein 'Nordische Klänge' sowie dem Verdiger Jahne meinen innigsten Dank.

Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11. Prima Schnitzel a Pfund 1 Mark. Rückenst. a Pfund 50 Pf. Carl Schubert, Prinzenstr. 25.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 25. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Bildhauer, oder: Die Stimme der Natur.
Schauspielhaus. Götterweiber.
Neues Königl. Opern-Theater.
Deutsches Hof-Theater.
Berliner. Maria Theresia.
Festung. Japantempel.
Weites. Die Stumme von Portici.
Neues. Minna von Barnhelm.
Residenz. Der feinsche Casimir.
Central. Die Geisha.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Thalia. Resemanns Rheinfahrt.

Schiller O. (Wallner-Theater).
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.)
Reines. Nachtasyl.
Trianon. Das elfte Gebot.
Carl Weiss. Ein Mädchen aus dem Banne.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Casino. Baden-Gastspiel. Haus der Sabinerinnen.
Gehr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Winter-Garten. Yvette Guilbert.
Kolo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Residenz-Theater. Calcedo. Spezialitäten.
Urania. Landestrupe 48/49.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Görjan 8 Uhr: Dr. B. Donath: „Radium“.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Schwester Beatrice. Der Kammerdiener.
Central-Theater.
Heute 16. Abonnement-Vorstellung:
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Sonnabendabend 4 Uhr. Halbe Preise.
Kinder-Vorstellung:
Der gekieftete Vater.
Mittwoch 8 Uhr: Das Schwalbennest.
Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Schloss am Meer.
Sonnabend: Uriele Acosta.
Sonnabendabend: Egnont.
Abends: Das Schloss am Meer.
Montag: Egnont.
Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.

HEUTE: 213.
AUFFÜHRUNG. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.
Metropol-Theater
Zum 14. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersso. 2. Bild: Was giebt's Neues. 3. Bild: Das Ordensfest. 4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie). 5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Anfang 8 Uhr.
Ein Mädchen aus dem Banne.
Schauspiel in 3 Akten (5. Bildern) von Eppi A. Simonsohn u. G. Ritterfeldt. Musik v. H. Meyer.
Morgen: Die letzte Vorstellung.
Sonnabendabend 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Dorndöckchen.
Verantw. Redakteur: Paul Hüter, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Uriele Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 5 Aufz. v. F. Sudermann.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pauline.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kren
Heute und folgende Tage:
Resemanns Rheinfahrt.
Schauspiel in 3 Akten.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Auskast. Pöffe mit Gesang und Tanz.
Sonnabendabend 8 Uhr bei H. Freisen:
Deborah.

Der Cirkus bleibt nur noch kurze Zeit!
Cirkus Schumann.
Heute Freitag, den 25. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
L'écuyère lumineuse Serpentina, geritten von der jugendlichen Schürleierin Fräulein Dora Schumann.
Miss Daisy, Saltomortalelerin. X. Astr. Woodson, Hurdle-Kn.
Frères Skremka, die einzig dastehenden Paralelins.
Herr Jul. Seeth mit seiner Löwenherde.
Cake Walk der Geschwister Meers.
Babel. Große Musikanten-Pantomime.
Sonnabendabend 8 Uhr: Robert and Bertram. Höchst komische Pantomime. Ein Kind frei.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingsstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Um 8 Uhr im Hörsaal:
Dr. B. Donath: „Radium“.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen in Tonis.
Passage-Theater.
Anfang Sonntag, 3. Wechentags 5 Uhr.
Anfang 4. Abendvorstellung 8 Uhr.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redouten der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.
Nur noch drei Tage:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
14 ersteklassige Nummern.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Das elfte Gebot.
Hierauf: Der Dieb.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendabend: „Madame X.“
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Das Pastora Rieko.

Apollo-Theater.
8 Uhr: Frühlingsluft
mit dem Blütenhochzeit.
9 1/2-11 Uhr: Das grosse Specialitäten-Programm.
Mab Doray, Los Brunin, Tom Harn, Robert Steidl, X. Heinrich Blank, Boston Ball Tanz-Ensemble.
Sonntag, den 27. März, nachm. 8 Uhr: Frühlingsluft und Specialitäten.
Casino-Theater.
Reichstr. 37. Anf. 8. Sonn. 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schauspiel in 3 Akten.
Anf. 8. Sonn. 7 1/2.
Schauspiel in 3 Akten.
Anf. 8. Sonn. 7 1/2.
Schauspiel in 3 Akten.
Anf. 8. Sonn. 7 1/2.

Sansonei.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzechen.
Sonntag:
Extra-Vorstellung.
Das bemooste Haupt
Schauspiel in 4 Akten.
Steidl-Theater
Linienstr. 132.
Oranienburger Thor.
Letzte Woche!
vor der Abreise nach Russland.
Mittwoch, den 20. März:
Abschieds-Vorstellung.
Berliner Prater
Kantaten-Allee 7-9.
Freitag, den 25. März cr.:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schausp. in 3 Akten u. d. Französischen von Melchior.
Anfang 8 Uhr.
Nächste Vorstellung: Montag, den 11. April: Schenck's L.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Zum letztenmal:
Eva.
Schauspiel von R. Dill.
Sonnabend: Benefiz für Heinz, Hurst und Reich: Der Stabstompeter.
Palast-Theater
Burgstraße 22. früher Foon-Palast.
Gr. Elite-Vorstellung.
Hervorragende Gäste.
Halbe Klassenpreise.
Don Cäsar.
Schausp. mit Ges. in 5 Akten u. Saar.
Morgen Sonnabend 8 Uhr: Das grothartige März-Programm.
Sonnabendabend 8 Uhr: Elite-Vorstellung, zum zweiten und letztenmal:
Ultimo.
Zuflugs in 5 Akten von G. v. Nefer.
Abends 8 Uhr: Das phänomenale März-Programm.
Fröbels Allerlei-Theater
fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Am Palmsonntag:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Montag: Goethe-Ensemble.
Grosser Theaterabend.
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72. Ecke Kreuzbergstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
Zum Schluss:
Kaufte auf Sommerwohnung.
Pöffe mit Gesang.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: Tanz.
Allen Freunden und Bekannten teile ich mit, das ich das Lokal von Herrn Fritz Preuss, Belle-Alliance-Straße 71a, in Vertretung übernommen habe und ersuche, das mir in meinem früheren Geschäft Rammen-Straße 6 entgegengebrachte Vertrauen auch hier übertragen zu wollen.
46152

Cirkus Busch.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
1. Paul le Nonier (Frankreich) gegen Roebnack (Berlin).
2. Jean van Dyck (Belgien) gegen Peyrouse, den Löwen von Valencia.
3. Pierrard le Colosse (Frankreich) gegen Heur. Eberle (Deutschland).
Der Ringkampf beginnt um 7 1/2 Uhr.
Das letzte Wort!!! Miss Jacksons Schleife und Todessprung in einem Tempo.
Der Bär als Kunstreiter, vorgeführt von Herrn Batty.
Sonderleistung: Der Automobilsturz.
Zum 93. Mal: Aus den Alpen.

WINTERGARTEN
Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulton u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement.
Imro Fox Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Elastisch-equilibrist. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss: Reu!
Cirkus Busch und Cirkus Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendabend 7 Uhr.
Gossmann's Fest-Skizze
SW. Kreuzbergstr. 48.
Heute Benefiz-Abend der
Harburger Sänger
Anfang 8 Uhr. Nachher
Seränzchen.
Avis! Am 3. Osterfesttag: Große Extra-Soiree.

Vorwärts-Buchhandlung
SW. Lindenstraße 69, Laden.
Schriften von Karl Marx:
Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 23/1.
1. Bd.: Der Produktionsprozess des Kapitals. 4. Aufl. R. 9.-; in Halbtz. geb. R. 11.-
2. Bd.: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. 2. Aufl. R. 8.-; in Halbtz. geb. R. 10.-
3. Bd.: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Zwei Teile. R. 10.-; in Halbtz. geb. R. 14.-
Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-50. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.-
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. — 20
Entwicklungen über den kommunikativen Prozess zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. — 25
Lohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der „Neuen Menschlichen Zeitung“ vom Jahre 1849. R. — 20
Das Elend der Philosophie. Antwort auf Bröndans „Philosophie des Elends“. Deutsch von Ch. Bernstein und H. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. R. 1.50; geb. R. 2.-
Marx vor den Kaiser-Geschworenen. Prozess gegen den Ausführenden der rheinischen Demokraten wegen Aufstands zum bewaffneten Widerstand (9. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. — 20
Revolution und Kontinuität in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsky. Brosch. R. 1.50; geb. R. 2.-
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.-

WINTERGARTEN
Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulton u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement.
Imro Fox Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Elastisch-equilibrist. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.
Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss: Reu!
Cirkus Busch und Cirkus Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendabend 7 Uhr.
Gossmann's Fest-Skizze
SW. Kreuzbergstr. 48.
Heute Benefiz-Abend der
Harburger Sänger
Anfang 8 Uhr. Nachher
Seränzchen.
Avis! Am 3. Osterfesttag: Große Extra-Soiree.

Cirkus Busch.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
1. Paul le Nonier (Frankreich) gegen Roebnack (Berlin).
2. Jean van Dyck (Belgien) gegen Peyrouse, den Löwen von Valencia.
3. Pierrard le Colosse (Frankreich) gegen Heur. Eberle (Deutschland).
Der Ringkampf beginnt um 7 1/2 Uhr.
Das letzte Wort!!! Miss Jacksons Schleife und Todessprung in einem Tempo.
Der Bär als Kunstreiter, vorgeführt von Herrn Batty.
Sonderleistung: Der Automobilsturz.
Zum 93. Mal: Aus den Alpen.

FrISCHE Wurst
in bekannter label-loser Qualität.
Lindenstr. 69.
Rich. Augustin, Hof-particr.
„Bismarck“-Haus. Frühstück- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.
Teiltzahlung auf allerbequemste Weise alle Arten Uhren, auch Goldwaren usw. (wöchentlich nur 1 M.)
Jahre & König, Warthenerstr. 72 I.

Aktiva.	Bilanz pro 30. September 1903.	Passiva.	
An Rehl-Gonto	554 30	Per Geschäftsanteile der Gesellschafter	2500
Rehl-Gonto	809 55	Darlehen-Gonto	5150
Rohren-Gonto	240	Creditoren-Gonto	20
Verdies-Gonto	80	Reservefonds-Gonto	4 29
Butter-, Zucker- usw. Gonto	290		
Gas-Gonto	20 80		
Fahrgeld-Gonto	1 20		
Bäder- u. Mensl.-Gonto	1800		
Comptoir-Mensl.-Gonto	160		
Stall-Mensl.-Gonto	450		
Wagen-Gonto	1050		
Verde-Gonto	1400		
Kassa-Gonto	103 44		
Gas-Stations-Gonto	40		
Geschäftsstellen-Vorschuss-Gonto	30		
Berliner Bau- u. Sparverein-Anteil-Gonto	40		
Debitoren-Gonto	640		
	7679 29		7679 29

Im Laufe des Geschäftsjahres sind 9 Mitglieder eingetreten. Ausgetreten sind infolge Ablebens 3 Genossen, infolge Kündigung zum Schlusse des Geschäftsjahres 10 Genossen. Am Jahreschlusse gehörten der Genossenschaft 21 Mitglieder an, deren Kasssumme 2500,— R. betrug. Das Geschäftsjahr, dem die Kasssumme hat sich im Geschäftsjahre um 170,— R. vermindert.
Berlin, 24. März 1904.
Bäcker-Genossenschaft Volksbrot, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand:
August Bartow, Hermann Barz, Doncker, Paul Hallensleben, Kohlshahn.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.
Empfehlen wir helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener) Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

Nur neueste Moden.
Dieser steife, schwarze Hut mit Füll-, Cylinderhülle und Chapeau claque in großer Auswahl.
Special-Hut-Engros-lager nur neuester Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königstr. 48, I Treppe, 3tes Stock. Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. 43942.
neue Form, mit Füll u. n. Filzhüte für Herren, mit Abstreifen W. 2.—, hochfeine Qualität W. 2.50, extra feine W. 3.—, beste Qualität W. 4.50

Deutscher Handelstag.

Heute vormittag begann im großen Saale des Langenbeckhauses die auf zwei Tage anberaumte 30. Vollversammlung des Deutschen Handelstages. Den Vorsitz führt Geh. Kommerzienrat Frenkel-Berlin.

Auf der Tagesordnung des Handelstages stehen folgende fünf Punkte: Vörsengesetz und Reichsstempelgesetz (Berichterstatler Kämpf-Berlin und Dr. Nieber-Berlin), Gesetz über den Versicherungsvertrag, Veredelungsverkehr, Der neue Zolltarif und die neuen Handelsverträge, Verkehr mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, Kaufmannsgerichte.

Nach dem Vollzug der Vorabendwahlen erfolgt Eintritt in die Tagesordnung. Zum ersten Punkte:

Das Vörsengesetz und Reichsstempelgesetz.

referiert Stadtrat Kämpf-Berlin unter Zugrundelegung einer längeren Erklärung, in der es heißt, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre „der Deutsche Handelstag den in seiner Erklärung vom 8. Januar 1901 ausgesprochenen Wunsch entschieden wiederholen muß, daß das Vörsenregister beseitigt und die Unterfügung des Börsenterminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten sowie in Anteilen von Bergwerken und Fabrik-Unternehmungen wieder aufgehoben werde, weil nur dadurch eine Gesundung der Verhältnisse herbeigeführt werden kann.“

Herr Kämpf führt aus:

Die Novelle zum Vörsengesetz verlange eine wiederholte und entschiedene Stellungnahme des deutschen Handelstages gegenüber den schweren Mifständen, die das Vörsengesetz heraufbeschworen habe. Zum Mindesten müsse man die Verletzung derjenigen moralischen Schädigungen verlangen, deren Aufrechterhaltung nicht nur eine Gefahr für das Geschäft, sondern auch für den deutschen Namen bedeuten würde.

Nach Kämpf sprach als Korreferent Dr. Nieber-Berlin in gleichem Sinne, ebenso Thordwardt-Frankfurt a. M. Darauf erfolgte die einstimmige Annahme der von den Referenten vorgeschlagenen oben erwähnten Resolution.

Nach einer Pause gelangt das Gesetz über den Versicherungsvertrag zur Besprechung. Eine Kommission des Deutschen Handelstages hat den Entwurf des Reichs-Justizministeriums über den Versicherungsvertrag geprüft und das Ergebnis dieser Prüfung dem Reichs-Justizamt zur Verfügung gestellt.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: „Zuständigkeitsverteilung über den Veredelungsverkehr“, worüber Herr Schaffardt-Krefeld referiert und namens des Ausschusses des Handelstages folgende Resolution beantragt: „Von der großen Bedeutung des zollfreien autonomen Veredelungsverkehrs überzeugt, beklagt der Deutsche Handelstag die Schädigungen, welche die ungleiche Handhabung der Bewilligung dieses Verkehrs durch die einzelnen Bundesstaaten für Industrie und Handel des Deutschen Reiches herbeiführt.“

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen.

Vom Kommerzienrat Rudolf Werder-Magdeburg liegt ferner folgende Resolution betreffs des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs und neuer Handelsverträge vor:

„Die bevorstehende Einführung des Zolltarifs vom 26. Dezember 1902 und Ersetzung der bestehenden Handelsverträge durch neue wird die Grundlagen des deutschen Außenhandels in erheblichem Maße verändern. Wie der Reichsanwalt bereits in einer Rede vom 11. Februar dieses Jahres anerkannt hat, ist es notwendig, daß der Uebergang zu dem künftigen Zustand sich glatt und ohne Erschütterung vollziehe.“

Für Ablehnung der Resolution von der Tagesordnung sprechen Geheimrat Wacnig-Rittau und Eilers-Lahr, während Generalsekretär Dr. Soetebeer-Berlin energisch für die Resolution eintritt und gegen den Antrag Plauen der Rückverweisung

an die Kommission plaidiert. Schloßmacher-Offenbach tritt für den Antrag Hamburg auf Vertagung der Entscheidung ein. Kommerzienrat Philipp Chemnitz spricht gegen die Resolution. Es erfolgt namentliche Abstimmung. Der Antrag Hamburg auf Rückverweisung in die Kommission wird mit 147 gegen 84 Stimmen abgelehnt, worauf die Ausschlußresolution angenommen und die Sitzung auf Donnerstag vertagt wird. Heute abend findet ein Festmahl statt.

Ruhstrat.

Oldenburg, den 23. März.

Vor der ersten Strafkammer begann heute früh unter großem Andrang des Publikums der neue Prozeß gegen den Oldenburger „Residenzboten“ wegen Verleumdung des oldenburgischen Justiz- und Kultusministers Ruhstrat. Als Angeklagter erscheint der für den „Residenzboten“ neuerdings verantwortlich zeichnende Paul Kruse, Angell. Das Gedicht war mir schon vor dem Prozeß Biermann zugesandt worden. Ich habe das Gedicht aber erst veröffentlicht, als ich gehört hatte, daß

Minister Ruhstrat bis in die neueste Zeit auch andertweilig gespielt

hat und nicht, wie er immer betont hat, nur im Kasino und im Klubzimmer. — Präsi.: Aber Sie müssen doch zugeben, daß auch dann die Behauptung, daß der Minister die Ehre des Landes geschändet hat, zu weitgehend ist. — Angell.: Ich glaube nicht, denn das behauptet jeder hier im Lande.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger (Bremen) beantragt die Vernehmung des Ministers Ruhstrat, des Gastwirts Eilers, des Kassierers Werner, jetzt in Berlin. Diese sollen betunden, daß der Minister Ruhstrat auch als Oberstaatsanwalt bis in die neueste Zeit leidenschaftlich gespielt habe und die Witze zur Duldung einer strafbaren Handlung, nämlich des Glücksspiels in ihren Lokalen, veranlaßt habe.

Staatsanwalt Riesebieter: Die Verleumdung liegt darin, daß behauptet worden ist, der Minister habe die Ehre des Landes geschändet. Es ist mir

absolut unerfindlich,

in welcher Beziehung die Beweisangebote zu dieser Verleumdung stehen sollen. Ich bekreite außerdem auf das entschiedenste, daß der Minister noch als Staatsanwalt bis in die neueste Zeit gespielt hat und daß er den Witz zur Duldung des Spiels verleiht hat. Im übrigen ist die Anklage nach § 185 erhoben worden und da ist

ein Wahrheitsbeweis ausgeschlossen.

Verteidiger: Man müsse doch unterscheiden, ob man jemand, der gestohlen hat, einen Dieb nenne, oder jemand, der ein eheliches Kind sei. Er sonderbare auch einem Staatsanwalt gerne, daß er auch einmal, namentlich in geschlossener Gesellschaft, mitspielt. Es wird jetzt aber behauptet, daß der Staatsanwalt Ruhstrat leidenschaftlich bis in die letzte Zeit gespielt habe. Wenn das, was hier behauptet werde, sich als wahr erweise, so könne man nicht darum herumkommen, daß der Verleite, Minister Ruhstrat, als Staatsanwalt sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Ich behaupte aber noch mehr Tatsachen: Als in dem Prozeß Biermann-Dr. Riese hier am letzten Tage verhandelt wurde, war in meinem Bureau in Bremen ein Kellner Raturus erschienen und hatte dort folgendes angegeben: Da er mehrere Jahre in Oldenburg im Eilersschen Restaurant in Stellung gewesen sei, könne er folgende neue Angaben machen: In dem Restaurant seien drei Lokale, und zwar: eins für Offiziere, eins für Juristen und eins für Privatleute. Hier wurde auch sehr hoch gespielt, und zwar die „Luftige Sieben“, und

der tollste Spieler

war auf alle Fälle der damalige Oberstaatsanwalt Ruhstrat, dem ich verschiedentlich Geld geliehen habe. Wenn gar nicht gespielt wurde, so begann jedenfalls sofort das Spiel, sobald Minister Ruhstrat das Offizierszimmer betrat. Er hatte sehr viele und hohe Verluste, und der Restaurateur Joh. Eilers hat viel Geld verlieren müssen. Ich bin Zeuge gewesen, wie der Minister kein Geld mehr hatte und ich auch nicht, und Herr Eilers ebenfalls sagte, er habe auch keine mehr. Als Herr Eilers sagte, er könne nicht, langte Herr Ruhstrat in dessen Tasche, zog den Schlüssel heraus, ging mit Herrn Eilers in dessen Comptoir und schloß selbst den Sekretär auf, worin die Geldkiste stand.

Es wurde nicht nur sehr hoch, sondern auch sehr lange gespielt; oft bis zum andern Mittag,

wenn schon die andern Gäste zum Frühstück kommen. Ich muß entschieden bekreite, wenn der Minister sagte, er habe nie geäußert, daß er kein Silber auf dem Tische dulde. Diejenigen, welche am meisten spielten, waren Lieutenant v. Nauff, v. Dreppen, v. Wurmb, v. Vassewitz, Hauptmann v. Pawel und Lieutenant Kögel sowie Ober-Bauinspektor Werner. Von den Juristen möchte ich erwähnen Minister Ruhstrat, Amtsrichter Studenberg, ferner den jetzigen Gymnasialdirektor Frühstüd. Minister Ruhstrat schändet mir sogar noch einen kleinen Betrag. (Lebhafte Bewegung im überfüllten Zuscherraum.)

Verteidiger Dr. Sprenger fährt dann fort: Alle die benannten Zeugen wären zu vernehmen. Der Zeuge Raturus war noch einmal bei mir und machte noch folgende weitere Mitteilungen: „Ich war bei Eilers Kellner von 1888 bis August 1890. Es wurde um Tausende gespielt. Lieutenant v. Drepper verlor zum Beispiel

fünf Schläge zu tausend Mark,

also 5000 M. Es war dies nichts Außergewöhnliches und ließ den Verlierer völlig kalt. Ich bin später in Monte Carlo, Florenz, New York gewesen und habe manches hohe Spiel gesehen. Aber nur selten habe ich so leidenschaftlich spielen gesehen, wie in Oldenburg, und insbesondere seitens des damaligen Oberstaatsanwalts Ruhstrat. Wenn der Herr Oberstaatsanwalt kam, ging ich schon von selbst hin und botte die Speisekarte, auf deren Rückseite von mir oder einem der Herren

die „Luftige Sieben“ aufgemalt

wurde. Ich verdiente oft in einer Nacht weit über 100. M., obwohl ich damals noch Lehrling und erst 15 Jahre alt war. Eilers war hierüber ungehalten. Er hatte mir verboten, den Herren Geld zu leihen. Einmal kam er hinzu, wie Lieutenant Kögel mir Geld zurückgab. Er schlug mich deswegen nachher heftig und sagte: „Du Laufesunge verdienst ja mehr Geld wie ich!“ Mich nannien sie „Stift“ oder „Honolulu“, und gemierten sich vor mir gar nicht. Der Minister hatte meistens Recht.“

Weiter beantragte Dr. Sprenger, den Kellner Johann Meyer aus Bremen zu vernehmen, der Kellner im Civill Kasino in Oldenburg war, und zwar von 1899—1901. Er werde betunden, daß dort in zugezogenen Rischen

um Tausende

gespielt wurde. Heruntergemorfenes Silbergeld blieb liegen und gehörte dem Kellner. Auf Silbergeld wurde oft geschimpft und es lag häufig verächtlich auf die Erde. Der Wirt Werner wollte von dem Treiben nichts wissen und drückte sich um 9 oder 10 Uhr. Die Offiziere gingen oft

Spießfuß in den Dienst.

Ich sah sie oft eine halbe Stunde später vorbeiziehen. Die Mägde und ich saßen und dann am dem trübseligen Anblick. Ich war erstaunt, als ich in den Zeitungen las, die ganzen Spielvorgänge sollten 13 Jahre zurückliegen, da es doch erst zwei bis drei Jahre her war.

Staatsanwalt Riesebieter hält alle diese Anträge für irrelevant für den vorliegenden Fall: daß der Minister die Ehre des Landes geschändet habe.

Das Gericht lehnte die Beweisangebote ab als für diese Sache unerheblich. Die Vorgänge, auf die sich die Behauptung von hasardierenden Staatsanwalt beziehen, liegen in der Zeit von 1888 bis 1890. Der Minister sei aber erst Ende 1890 Staatsanwalt geworden. Daß in dieser Zeit gespielt sei, habe das frühere Urteil festgestellt. Ueber den Grad des Glücksspiels sei eine Erhebung unnötig, da ja das Glücksspiel überhaupt als verwerflich gelte.

Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete auf

drei Monate Gefängnis.

Der Ausdruck: „er habe die Ehre des Landes geschändet“, enthalte eine schwere Verleumdung des Ministers.

Der Einsturz der Flora.

Mit geradezu frevelhafter Leichtfertigkeit ist gestern vormittag 10 1/2 Uhr bei dem Abbruch der Flora in Charlottenburg ein Unglück heraufbeschworen worden, durch welches elf Arbeiter in Lebensgefahr gebracht worden sind. Um die genannte Tageszeit waren etwa zwanzig Arbeiter in dem kleinen Saal, der an die Strafenfront grenzt, beschäftigt, als mit einem fürchterlichen Krachen die Decke des Saales einstürzte, unter deren Trümmer die Leute begraben wurden. Ein Teil des großen Bogens, der die Krönung der Decke bildete, hatte sich anscheinend aus seiner Verankerung gelöst und stürzte mit voller Gewalt herab. Eine undurchdringliche Staubwolke füllte im ersten Augenblick die Unfallstätte ein. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert, die mit dem gesamten Samariterzug in wenigen Minuten angerückt kam; gleichzeitig wurde die nächstgelegene Rettungswache in der Wilmersdorferstr. 9 benachrichtigt. In kaum einer Viertelstunde waren außer dem diensttuenden Arzt der Rettungswache noch zehn andre Aerzte auf dem Schauplatz erschienen, die den Verletzten die erste Hilfe angedeihen ließen. Die Feuerwehr hatte große Mühe, um die Verunglückten aus ihrer Lage zu befreien. Wallen und Ziegel mühten weggeräumt werden, ehe man zu den im Schnitt Eingekerkerten gelangen konnte. Glücklicherweise stellte es sich bald heraus, daß keiner der Arbeiter getötet worden war; nur vier hatten schwere Verletzungen erlitten, während die andern mit mehr oder minder starken Quetschungen und leichteren Knochenbrüchen davongelkommen waren. Viele Frauen der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter kamen auf die erste Nachricht von der Schreckensbotschaft an die Unfallstelle geeilt; es konnte ihnen die tröstliche Versicherung gegeben werden, daß ihre Männer noch einmal heil davon gekommen seien.

Ein Zufall, daß der Deckeneinsturz nicht schwerere Folgen hatte, denn schon auf den ersten Blick konnte man sehen, wie leichtfertig die Abbrucharbeiten vorgenommen worden sind, die eine Unternehmung, Fräulein Weizler aus der Elbingerstraße, übernommen hatte. Polizeipräsident Seifenhand hat denn auch bereits die Fortsetzung der Arbeiten unterlagert, bis Vorrichtungen getroffen seien, um ein Unglück zu vermeiden. Die Bogen stehen ohne jede Stütze da, nur in sich gehalten von den eigenen Gerüsten. Es wäre vielleicht nur eine kleine Erschütterung notwendig gewesen, um den ganzen Bau zu Fall zu bringen. Es wird behauptet, daß man die Arbeiten, die der Polier Weidner leitete, in unverantwortlicher Weise ohne die gebotenen Vorsichtsmaßregeln, Abstützungen usw. beschleunigt habe. Auch Gerüste wurden nicht gebaut. Durch Postkarten ohne Unterschrift wurde hier und da in Charlottenburg schon wiederholt angefragt, ob denn erst ein Unglück geschehen müsse, bevor man Schutzmaßregeln treffe. Die Namen der verunglückten Arbeiter, die zum Teil nach dem Charlottenburger Krankenhaus, zum Teil in ihre Wohnungen gebracht wurden, sind: Schüle, Weimann, Heinlein, Feld, Münzel, Piskort, Kandulski, Glaser, Gregor, Puffner; einer der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Daß bei dem Abbruch der Gebäude mit großem Leichtsinne vorgegangen wurde, wird uns auch weiterhin bestätigt. Es wurden zwar hier und da Abstützungen vorgenommen, aber in einer Weise, daß schon öfter Sachverständige den Polier warnten und ihm bedeuteten, daß das so unmöglich gut gehen könne. Bei einem so großen Bauwerk hätte man nach dem Urteil von Sachverständigen beim Abbruch nach dem Bauplan vorgehen und nicht blindlings mit der Spitzhacke hier und dort darauf losgehen dürfen. Mit der Leitung hätte auch mindestens ein erfahrener Maurer- und ein ebenso tüchtiger Zimmerpolier beauftragt sein müssen. Die Art und Weise des Vorgehens zeigt sich in ihrer ganzen Gefährlichkeit auch am Haupteingang zum Theateraal. Die zwei mächtig aufstrebenden Pfeiler, die früher mit den Bauern des Hauses ein Ruppelbad trugen, hat man mit einem Stiel Gemäuer stehen lassen, das oben daran hängt wie ein Schinddach am Stiel. Daß die schwere Last nicht herunterbricht, ist ein Wunder. Die planlosen Arbeiten führten dahin, daß das Bauwerk auch dort abbröckelte, wo es noch halten sollte. Das herabfallende Gestein und der Müll beschwerten denn auch die ungenügend gestützte Decke des kleinen Saales so stark, daß ein Wallen sich löst und der Zusammenbruch erfolgen mußte. Die Unfallstätte war gestern den ganzen Tag über von einer großen Menschenmenge belagert. Daurat Lüdke, der die Unfallstelle als Sachverständiger besichtigte, ordnete eine genauere Untersuchung an. Bis dahin ruhen die Abbrucharbeiten. Der Platz bleibt gesperrt; nur Leute, die als Fachmänner ein sachliches Interesse haben, werden zugelassen.

Ueber die Verletzten wird noch in einzelnen berichtet: Der Arbeiter Wilhelm Lessin, 38 Jahre alt, Stettinerstr. 29, erlitt Verletzungen der Weichteile und der Augen und wie alle seine Leidensgenossen starke Abschürfungen am ganzen Körper, der Arbeiter Richard Münzel, 35 Jahre alt, Straßburgerstr. 19, Rippenbrüche und Kopfverletzungen, der Arbeiter Wilhelm Piskort, 42 Jahre alt, Paldensteinstr. 42, Quetschungen des Rückens und Rippenbrüche, der Arbeiter Martin Kandulski, 35 Jahre alt, Wilmersdorferstr. 132 (Charlottenburg), einen Beckenbruch und Kopfverletzungen, der Arbeiter Robert Glaser, 38 Jahre alt, Magazinstr. 15, Quetschungen der Wirbelsäule und Kopfverletzungen, der Arbeiter Gustav Puffner, 42 Jahre alt, Dunderstr. 17, einen Bruch des linken Armes und Kopfverletzungen, der Arbeiter Hermann Feld, 34 Jahre alt, Kottbusser Damm 4, Verletzungen an Kopf, Rücken und Hüften, der Arbeiter Emanuel Weimann, 36 Jahre alt, Straßburgerstr. 37, Kopf und Fußverletzungen, der Arbeiter Ferdinand Schuder, 43 Jahre, Charlottenburg, Verletzungen 126, Rippenbrüche und Quetschungen der Hüfte und des Kopfes, der Arbeiter Otto Heinlein, 39 Jahre alt, Wilmersdorferstr. 57, Fußverletzungen. Die Verunglückten sind bis auf Heinlein alle verheiratet und Familienväter. Lessin, Münzel, Piskort, Kandulski, Glaser und Puffner blieben im Krankenhaus, die andern wurden, nachdem sie auf der Rettungswache und im Krankenhaus Verbände erhalten hatten, auf ihren Wunsch nach der Wohnung gebracht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden erlucht, sich pünktlich und zahlreich in den nachstehend bezeichneten Lokalen einzufinden: Schöneberg, Admiralstr. 21, Krüger, Raumstr. 54, Rüd, Simeonstr. 23, Nacharowitzky, Brandenburgstr. 49, Stramm, Ritterstr. 123, Wendi, Alexanderstr. 39, Radewig, Kommandantenstr. 35, Schneider, Seebastianstr. 7 im Keller, Lepke, Prinzenstr. 33, Margnardt, Köpcke, 113a, Dohwig, Engel-Nfer 13, Venz, Alte Jakobstr. 60, Otto Göge, Wallstr. 86.

Nieder-Schöneweide. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet im Wirtshaus Barbarossa, Verlinterstr. 15, eine Versammlung der Bahlerverein statt. Da in dieser Versammlung ein Vortrag gehalten wird, so werden die Parteigenossen ersucht, rege für die Versammlung zu agitieren.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Gestern hat die Stadtverordneten-Versammlung die Beratung des Stadthaushalt-Etats für 1904 zu Ende geführt. Von den stürmischen Austritten des vorhergehenden Tages standen die ruhigen Verhandlungen der gestrigen Sitzung stark ab. Zu bemerkenswerten Erörterungen kam es nur bei einigen der Einzel-Etats.

Zum Etat der Geschäftsbedürfnisse wurde von der sozialdemokratischen Fraktion der im Ausschuss gestellte und dort abgelehnte Antrag wiederholt, den Stadtverordneten zur Erledigung ihrer Redereien ein Straßenbahn-Abonnement zu gewähren. Genosse Ewald wies darauf hin, daß weniger bemittelte Stadtverordnete die erheblichen Fahrgelder schwer aus eigener Tasche zahlen können, aber der Antrag wurde auch im Plenum abgelehnt.

Der Etat der Stadtbibliothek ist diesmal sehr zu kurz gekommen. Genosse Heiman empfiehlt deshalb die Annahme eines von unserer Seite gestellten Antrages, aus Gemeindegeldern einen höheren Betrag einzustellen. Auch dieser Antrag war bereits im Ausschuss abgelehnt worden. Heiman zeigte, daß die Stadt obenein auf Kosten der Leo-Stiftung hier Erparnisse machen will. Der Kammerer Naab erwiderte in seinem trockenen Ton, daß für die Bibliothek gerade genug ausgegeben werde. Herr Wallach (Alte Linke) stimmte ihm bei, Herr Nathan (Soz.-Fortschritt) widersprach. Der Antrag wurde erneut abgelehnt.

Beim Vieh- und Schlachthof-Etat brachte Genosse Hoffmann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zur Sprache und verlangte Verbesserungen. Stadtrat Heller vertröstete die oft vertrösteten Arbeiter noch einmal; sie sind es nun schon gewöhnt. Herr Kuhlmann (Fraktion Kommunisten) erlaubte sich im Anschluß hieran einen jener jetzt üblich gewordenen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie, aber er erhielt seine Abfertigung durch Hoffmann. Herr Preuß (Soz.-Fortschr.) führte noch eine Debatte über die Probenehmer herbei.

Beim Etat der Wasserwerke entsagte Herr Modler („Alte Linke“) einen Streit um den Verkaufsbrennen des Lühovplatzes, dessen Betrieb manchem zu kostspielig erscheint. Herr Wallach äußerte die erheiternde Befürchtung, daß der Brennen, weil das Material zu porös sei, mit der Zeit vollständig zerwaschen werden wird. Singer spottete über die Krähwinkelerei, die in diesen Verhandlungen hervortrat. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Absicht, die Kosten der für den Betrieb erforderlichen Bauleistungen und Maschinen auch noch dem Fonds der Kunstdeputation aufzupaden.

Nachher wurde der Etat der Kanalisationenwerke und Mischfelder erledigt. Ein schon im Ausschuss abgelehnter Antrag der Sozialdemokraten, der Lohnverbesserungen für die Arbeiter forderte, wurde durch Genossen Vorkmann begründet, durch Stadtrat Kalisch bekämpft. Die Mehrheit lehnte den Antrag ab. Die Ablehnungen gingen übrigens in dieser Sitzung nicht so glatt von statten, wie sonst. Die Mehrheitsfraktionen hatten sich nicht einmal die Mühe gegeben, in leiblicher Stärke anzutreten. Die Ergebnisse der Abstimmungen erschienen daher wiederholt sehr zweifelhaft, aber der Vorstand konnte schließlich doch immer wieder feststellen, daß die Abstimmungsmaschine noch funktioniert hatte.

Unter den „Verschiedenen Einnahmen“ steht die Abgabe, die die Straßenbahnern zu zahlen haben. Vorkmann ging hier auf die Verkehrspolitik der Stadtgemeinde ein und tadelte, daß der Magistrat noch immer nichts tut, um Straßenbahnen zu bauen und zu betreiben. Oberbürgermeister Kirchner erwiderte abwehrend, Cassel („Alte Linke“) stellte sich teilweise auf Vorkmanns Seite, Dinse („Neue Linke“) rumpelte wieder einmal die Sozialdemokraten an.

Die Debatte schloß, und der 134 Millionen-Etat war glücklich unter Dach gebracht. Wie eine Erleichterung kam es über die Mehrheit, und lautes Bravo erkundete auf ihren Bank. Galt es der Arbeit, die sie geleistet hatten? Viel Mühe haben sie sich mit dem Etat nicht gemacht; Anregungen zu geben und Anträge zu stellen, haben sie der Sozialdemokratie überlassen — sie selber brauchten nur abzulehnen. Wäre es nach ihnen gegangen, sie hätten den Etat im Sturmschritt erledigt und ihn mit Hurra angenommen.

Freisinnige Furcht vor sozialdemokratischer Kritik.

Die Mittwoch-Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat für den Berliner Kommunal Liberalismus mit der schwersten Niederlage geendet, die er je sich selber bereitet hat. Man weiß, daß der Freisinn niemals und nirgends ein Freund rückhaltloser Kritik gewesen ist, wenn sie gegen ihn und zumal gegen seine Leistungen in den Kommunalverwaltungen sich richtete. Aber so offen, wie in diesem Obdachstreit, ist es hier in Berlin bisher doch noch nicht zugegeben worden, daß der Freisinn eine Kritik seiner kommunalen Betätigung zu scheuen hat.

Das von den Freisinnigen der Stadtverordneten-Versammlung gebilligte Unterfangen eines Magistratsmitgliedes, den sozialdemokratischen Stadtverordneten Augustin und Hoffmann den vollen Einblick in die Verwaltung zu wehren, deren Mitglieder sie sind, ist am Mittwoch von unseren Vertretern nach Gehilte gebandmarkt worden. Ebenso ist die von dem Magistratsvertreter unter dem Beifall der Freisinnigen vorgelegene Behauptung, daß sozialdemokratische Stadtverordnete nicht dem Wohle der Stadt dienen wollen, sondern nur nach außen hin agitatorisch zu wirken und zu hegen suchen, als das gekennzeichnet worden, was sie ist. Herr Stadtrat Fischeb wird es uns erlassen, ihm die Kritik zu wiederholen, die aus dem Munde unserer Parteigenossen ihm persönlich zu teil geworden ist. Wir bitten, hierzu den ausführlichen Sitzungsbericht unserer Donnerstag-Nummer nachzulesen. Auch das ist von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion festgestellt worden, daß aus derselben Verwaltungsdeputation, über deren Angelegenheiten und Verhandlungen ihr Vorsitzender Fischeb nichts im „Vorwärts“ veröffentlicht zu sehen wünscht, ein dem Vorstehenden sehr nahe stehendes freisinniges Blatt eine Mitteilung gebracht hat, die zum Zweck der Stimmungsmache die Maßregelung unserer Genossen Hoffmann und Augustin durch Fischeb der Öffentlichkeit übergab, noch ehe die Stadtverordneten-Versammlung sich damit hatte beschäftigen können. Der Berliner Kommunalfreisinn hat hiermit vor aller Welt bekundet, daß er eine Kritik seiner Geschäftsführung fürchtet, wenn sie von Sozialdemokraten kommt, und daß er das öffentliche Verfahren nicht liebt, wenn es ihm selber unbequem ist. Das ist das Ergebnis der Affäre Fischeb, und wir brauchen den Ausführungen, die unsere Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung hierzu gemacht haben, kein Wort hinzuzufügen.

Es bleibt uns nur noch übrig, uns zu den Angriffen zu äußern, die der Magistratsvertreter gegen den „Vorwärts“ gerichtet hat. Dem „Vorwärts“ kann man nicht so bequem die Möglichkeit der Kritik nehmen, wie den sozialdemokratischen

Mitgliedern der von Herrn Fischeb geleiteten Verwaltung des Obdachs und des Kreditbause. Hier schlägt Herr Fischeb einen andern Weg ein. Er erklärt pathetisch, die Vorwärts des „Vorwärts“ gegen die Berliner Gemeindeverwaltung seien vollständig unberechtigt. Sodann greift er sich aus der ganzen Reihe von Fällen, die wir veröffentlicht haben, einen heraus — wie mag er darauf gelauert haben, daß dieser eine sich endlich ihm biete! — und unter Verzicht auf sachliche Erwiderung knüpft er daran die Versicherung, daß der Mann, der sich an den „Vorwärts“ gewandt hatte, ein Zuhälter sei (was uns allerdings unbekannt gewesen war). Und nach dieser „Veweisführung“ schließt Herr Fischeb mit dem triumphierenden Ausdruck, so seien nun die Schlingel des „Vorwärts“. Kein Mensch ist so einfältig, in solchem Schwach auch nur die Spur einer Widerlegung zu erblicken. Aber die Jurist eines schlechten Gewissens wird sich vielleicht mit der Hoffnung trösten, daß angeht dieses summarischen Verfahrens eines Berliner Stadtrats fortan doch mancher sich scheuen werde, seine Beschwerden über die Berliner Gemeindeverwaltung dem „Vorwärts“ zu übergeben, weil er dabei in Gefahr komme, zu den Fischebschen „Schlingelungen“ des „Vorwärts“ gegählt zu werden. Eine kindliche Hoffnung!

Wir werden uns selbstverständlich durch keinen Fischeb darin betören lassen, nach wie vor unsere Pflicht zu thun und alle berechtigten Beschwerden der Öffentlichkeit zu übergeben, vor der die Schuldigen sich zu verbergen trachten. Bei manchem unserer Gegner überkommt uns zwar ein Gefühl des Unbehagens darüber, daß wir uns mit ihm herumzuschlagen müssen, aber wir haben zu fragen weder nach der Person desjenigen, für den wir eintreten, noch desjenigen, gegen den wir kämpfen, sondern allein nach der Sache.

Herr Fischeb und die bürgerliche Presse. Der vom Stadtrat Fischeb verübte Gewaltakt gegen die Stadtverordneten Hoffmann und Augustin hat zwar das Regiment im Notent Hause um ein beträchtliches Stück seines Credits gebracht; aber die alte Erfahrung, daß seine Handlung im öffentlichen Leben so schlecht sein kann, daß sie nicht ihre Verherrlichung in der Presse findet, erhält hier von neuem ihre Bestätigung. Selbstverständlich ist es die „Vossische Zeitung“, die für dies saure Amt herhalten muß. Die Verteidigung des Herrn Fischeb ist denn auch danach; eine Probe, die wir aus dem „Wilde Männer“ überbrachten Schimpfartikel wiedergeben, wird unsere Leser in der Ansicht bestärken, daß die Tonart der „Post“ von dem trotz alledem und alledem sich noch freisinnig nennenden Blatt trefflich kopiert ist. Die Verfügung des Herrn Fischeb wird wie folgt mit erschütternder Wahrsamkeit in Szene genommen:

Natürlich sehen die „Genossen“ in dieser Verfügung eine Verletzung ihrer heiligsten Rechte und bezweifeln, wenn der Oberbürgermeister die Verfügung rechtlich begründet, daß er überhaupt Jurist sei. Und wenn gar die Frage aufsteht, ob ihnen mehr an der Besserung der Zustände als an der wilden Agitation liegt, so schlägt Herr Stadthagen, just Herr Stadthagen auf die zottige Manneskraut und schilt den Stadtrat ein „altes Weib“ und erregt sich, wie man vergessen dürfe, daß die Stadtverordneten einen Eid geleistet haben, das Interesse der Stadt nach bestem Gewissen wahrzunehmen. Vortrefflich! Aber Herr Stadthagen steht auf Herrn Kautschs Standpunkt, und was sagte doch Herr Kautsch über die sozialdemokratische Taktik? Immer aufreizen, immer die Gegensätze schärfen, immer die Gegner erhitzen, bis endlich die „große Aufregung“ eintritt. Soll diese Taktik bei der Behandlung der Obdachlosfrage verurteilt werden? Und der Eid? Wir sind gewiß, daß ihn alle Sozialdemokraten im Notent Hause ernst nehmen; aber sich auf ihn zu berufen, sollten sie unterlassen, nachdem Herr Webel in Dresden erzählt hat, mit welchem Lächeln er einst in Leipzig seinen Treueid leistete.

Diese weit hergeholt und mit der Sache in keinerlei Zusammenhang stehenden Phrasen sprechen für die Verlegenheit der „Vossischen Zeitung“ und ihrer Hintermänner im Rathaus. Eine Kritik erübrigt sich. Wohl aber ist es angebracht, gegen die von der „Vossischen Zeitung“ so unglücklich geführte Verteidigung des Herrn Fischeb und seiner Gewaltmaßregel einige bürgerliche Presstimmen anzuführen. Eine Zuschrift an die „Vossische Zeitung“ besagt:

Haben sich die betreffenden Stadtverordneten „pflichtwidrig“ benommen — was ich nicht weiß —, dann soll man den im § 75 der Städte-Ordnung gewiesenen Weg beschreiten. Aber daß eine freisinnige Stadtverordneten-Verwaltung ihre eignen Mitglieder der Diktatur eines Stadtrats preisgibt, die bald in gutem Glauben, bald aber auch einmal ohne guten Glauben geübt werden kann, das ist in allerhöchstem Grade bedauerlich und schafft einen Präcedenzfall von nicht geringer Bedenklichkeit.

Die „Berliner Zeitung“ geißelt ebenfalls die von Herrn Fischeb begangene Ungehörigkeit:

Der Stadtrat Fischeb Darlegungen über die Notwendigkeit der Maßregel konnten uns ebenso wenig zufrieden stellen, wie uns seine und des Oberbürgermeisters Kirchner Deduktionen über die rechtliche Zulässigkeit des Verfahrens zwingend erschienen. Was nach der letzten Richtung hin Dr. Nathan in klugen Worten und Dr. Liebschütz in scharfsinnig-logischen Ausführungen boten, schien uns daraufhin, als wenn das juristische Fundament der Herren Magistratsvertreter doch recht schwach bestellt sei. Mühten sie doch zur Stützung ihrer Ausweisungsbefehle auf eine „vormärzliche“ Verordnung, nämlich aus dem Jahre 1895, zurückzugreifen!

Und das „Berliner Tageblatt“ spricht von der wenig beneidenswerten Rolle, die Herr Fischeb betreten mußte, um seine verfahrenen Dispositionen zu vertreten, und schreibt weiter, daß die bürgerlichen Parteien sähten, daß im Prinzip die Maßregelung der beiden Mitglieder der Verwaltung verfehlt war.

So ist der moralische Bankrott dieses Städtes freisinnigen Stadtrates auch von der bürgerlichen Presse konstatiert worden. Das ostentative Agiarium hat an rückwärtiger Bestimmung vor dem freisinnigen Hausagiarium Berlins wirklich nichts mehr voraus. Uns wundert, daß die Gewaltthat von der konservativen Presse noch gar nicht verherrlicht wird.

Eine mildere Art des Wahnsinns. Graf Bückler hat nach längerer Pause wieder Vorstellung gegeben. Er ist gealtert, wie es scheint, und daher etwas milder geworden. Früher wollte er nicht allein den roten Manasse, sondern die ganze Sozialdemokratie roh verweisen; jetzt macht er uns den nicht ganz von der Hand zu weisenden Vorschlag, ihm die Juden ans Messer zu liefern, worauf er nach dem Beispiel des Vaters in den „Raubern“ uns übrigen einen reellen Generalpardon in Aussicht stellt. Selbst einem so verurteilten Kerl wie Webel soll dann die Gerechtigkeit eine liebende Mutter sein. Nach dem wohl authentischen Bericht der „Staatsbürger-Zeitung“ sagte Herr Bückler in der am Mittwoch bei Keller in der Kopenstrasse abgehaltenen Versammlung:

Webel gehört zu den wenigen Männern, die Schneid haben und der Regierung die Wahrheit sagen, und das ist notwendig. Wie die Herren heute regieren, das ist keine Regierung, das ist Wursterei (sehr richtig!), vor der kein Mensch Respekt haben kann. (Großer Beifall.) Wenn Webel national wäre und auf christlichem, monarchischem Boden stände, dann könnte er ein famoser Mann werden, mit dem man in manchen Punkten zusammengehen könnte. (Großer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich in den Reichstag läme, würde ich unter diesen Umständen auch mit Webel Fühlung nehmen, und wir würden den Herren von der Regierung die Wahrheit sagen, daß sie die Kränke kriegen und daß sie alle ausreichen. (Stürmischer Beifall.) Die maulschelnden Juden würden dann schleunigst aus dem Reichstage verdrückt. (Großer Beifall.) Wir brauchen starke Charaktere, Männer und Helden. Ich unterscheide zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten. Sozialisten sind Männer, die für die Not der Zeit ein Verständnis haben, die aber auf nationalem, christlichem, königstreuem Boden stehen und eine Besserung der Verhältnisse an

streben. Sozialdemokraten sind dumme Kerle, die sich nicht belehren lassen, die den Juden Singer, Stadthagen und wie die Kerle alle heißen, nachlaufen wie toll und verrückt, das sind dumme Luder. (Stürmischer Beifall.) Wir Antisemiten werden die Sozialisten, die zurückbleiben zu ihrem König, gern aufnehmen. Voraussetzung ist, daß sie antijüdische patriotische Leute sind, die den Juden ganz gehörig auf das Leder rücken. (Stürmischer Beifall, großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Der Vorsitzende verlegt die Versammlung auf einige Minuten und läßt die Hofeintritt zum Saale hinausbefördern.)

Der Vorschlag wegen der Juden sollte Webel sich überlegen. Allerdings ist es Vorbedingung für das im Parlamentshause zu Daldorf noch näher mit dem Grafen zu vereinbarende Massacre, daß wir nicht wieder hinausgeworfen werden. Vielmehr ist das von den Juden erbeutete Geld so eifrig wie möglich mit uns zu teilen. Auf keinen Fall darf nach den in Kishinev maßgebend gewordenen Prinzipien gehandelt werden, wo die Parteigenossen des Herrn Bückler den Raub ganz für sich behielten. Bemerk sei noch, daß im Laufe des Abends der Zustand des Redners sich leider wieder etwas verschlimmerte. Er sprach u. a. davon, daß nach zehn Jahren Berlin in Trümmern liegen werde.

Der Berliner Verein für Volksbäder, der die beiden Volks-Badeanstalten in dem städtischen Park an der Wallstraße und auf dem ehemaligen Sophien-Kirchhofe zwischen Berg- und Gartenstraße errichtet hat, die unter den Namen: „Volks-Badeanstalt Alt- und Neu-Kölln“ sowie „Dranienburger Vorstadt“ bekannt sind, hat sich mit der Bitte an den Magistrat gerichtet, diese beiden Anstalten in städtische Regie zu übernehmen. Der Verein will dem Magistrat als Entschädigung für früher gewährte Beihilfen von je 54.000 M. für jede Anstalt aus seinem Vermögen 100.000 M. zurückzahlen. Die Gründe, welche dem Verein zu dem Gesuch bestimmen, sind folgende: Seitdem die Stadt Berlin mit Aufwendung bedeutender Mittel großartig und musterhaft eingerichtete Bade-Anstalten in den verschiedensten Gegenden der Stadt errichtet hat, ist der ursprüngliche Plan des Vereins überflüssig geworden. Die Tätigkeit des Vereins ist beschränkt und geht zurück. Der Verein sieht sich daher in absehbarer Frist vor die Notwendigkeit gestellt, an eine Auflösung und Liquidation zu denken. Der Vorstand besteht aus den Herren Prof. Dr. Lohr, Geh. Sanitätsrat Dr. Abraham, Baurat Kuhlmann, Dr. Ernst Magnus, James Simon und Georg Meyer.

Ein arger Sünder ist der Musiker Hugo Otto Emil Guttschnecker von der 10. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 48 in Küstrin, der vom Gericht der 5. Division ständlich verfolgt und auch in Berlin gesucht wird. Guttschnecker, der aus Sorau stammt, und 24 Jahre alt ist, wurde am 29. Juli 1901 fahnenflüchtig, nachdem er einen Diebstahl verübt hatte. Größere Mittel verschaffte er sich bald darauf durch einen Einbruch in Platow bei Gutsow. Im Sommer vorigen Jahres war er unter dem Namen Karl Behrens in Kassel bei Waren und in Bornow bei Wismar als Schweizer tätig. Von dort entfloh er Anfangs September vorigen Jahres nach Verübung eines Diebstahls und eines Sittlichkeitsverbrechens. Der Verfolgung ist 1,58—1,59 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen und einen hellblonden Schnurrbart. Seine Arme, Hände und Brust sind tätowiert.

Bergleitet. Der 24 Jahre alte Hutmacher Albert Kosdowski aus der Müllerstr. 12a arbeitete bis Sonnabend in der Filzfabrik von Bambus u. Co. in der Petersburgerstr. 77. Am Montag blieb er aus und schrieb eine Postkarte, daß er nicht rechtzeitig kommen könne, weil er seinen erkrankten Bruder nach der Charité bringen müsse. Der junge Mann ließ sich aber nicht wieder sehen und seine Angabe erwies sich als unwahr. Während seine Mutter zum Besuch bei einer verheirateten Tochter in Dresden ist, ging er jeden Morgen mit seinen Geschwistern von Hause weg, als ob er seine alte Arbeitsstelle aufsuchte. Als seine Geschwister am Mittwochabend um 9 Uhr von der Arbeit heimkehrten, fanden sie ihn bewußlos im Bette liegen. Ein Arzt stellte eine Vergiftung fest und ließ den Befimmungslöfen mit einem Koppischen Rettungswagen nach der Charité bringen. Was mit dem Manne vorgegangen ist, weiß man noch nicht, weil er noch nicht vernunftfähig ist.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der Former Mag Schwabe aus der Juliusstr. 30 zu Rixdorf, der in der Eisengießerei-Aktiengesellschaft Dedert beschäftigt war. Nachdem er vor acht Tagen schon ein ähnliches Unglück in kleinerem Umfang gehabt hatte, verbrannte er sich gestern mit einer glühenden Gussmasse das rechte Bein so schwer, daß er nach der Charité gebracht werden mußte.

Eine festliche Hebernsung wurde gestern bei Tagesanbruch dem Gemüsegärtner Burgler aus Wilhelmsberg zu teil, als er sich mit seiner Frau auf dem Wege zur Central-Markthalle befand. Er machte im Morgengrauen mit seinem, mit Gemüse beladenen Wagen die gewohnte Tour und war auf dem Aufschub ein wenig eingenickt. Nachdem er das Steuerhaus passiert hatte, weckte ihn plötzlich ein Schrei aus seinem Schlummer — seine Gattin war auf dem Wagen eines gefundenen Knäbchens genesen. Er wollte mit dem unverhofft erschienenen Familienzuwachs und der glücklichen Mutter nach eine Sanitätswache fahren, machte jedoch auf Bitten der letzteren kehrt und brachte Frau und Kind zu ihren in Wilhelmsberg wohnenden Eltern.

Von einem Ringbahnzuge ist Donnerstagabend kurz vor 6 Uhr auf der Strecke zwischen Treptow und Rixdorf ein Viehdahnmeister totgefahren worden. Der Name des Verunglückten war nicht festzustellen, ebenso konnte die Ursache des Unglücks nicht ermittelt werden.

Straßensperrungen. Die Waldstraße von der Turm- bis zur Welfenstraße wird behufs Asphaltierung vom 28. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, desgleichen der über den Atlantischen Platz führende Teil der Schönebergerstraße von der Königsgrabenstraße vom 30. d. M. ab.

Feuerbericht. Gestern früh gegen 5 Uhr wurde die Wehr nach der Gerichtstraße 60 gerufen, weil hier auf nicht ermittelte Weise auf dem Boden neben der Waschlüche Feuer ausgekommen war, das auch bereits an einigen Stellen die Dachkonstruktion ergriffen hatte. Es gelang jedoch dem 18. Löschzug aus der nahegelegenen Panstraße, die Flammen in kurzer Zeit zu ersticken, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Vorher lief ein Alarm nach der Mohrenstr. 5 zu Charlottenburg ein, wo in einer Wohnung ein Brand entstanden war. Die Berliner Wehr konnte aber sofort wieder kehrt machen, da die dortige Wehr die Gefahr schon größtenteils beseitigt hatte. In der Oppelnerstr. 31 mußte gegen Abend ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Räbel, Dedert und Albedingstraße hatten zur selben Zeit in der Wasserthorstr. 8 im dritten Stock in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Raunpstr. 2 Verpackungsmaterial eingeschmelt wurde. In der Neuen Königstr. 4 sollte es in dem Hofraum der Gemüsgärtner Fabrik von Lewin brennen. Die Wehr konnte aber sofort wieder abrücken, da keinerlei Feuergefahr vorlag. Beim Siegelackofen war lediglich eine Stichtamme emporgestiegen, die von den Angestellten einer gegenüberliegenden Fabrik bemerkt war, weshalb sie sofort die Feuerwehr requirierten. Die übrigen Alarmierungen, die noch in der Nacht 24 Stunden einliefen, waren aus ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Marie Holgers veranstaltet ihren IV. Volkstümlichen Vortrags-Abend Sonntag, den 27. März, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Str. 15. Eintrittskarten und Programme zu 30 Pf. in der Cigarrenhandlung Horsch im Gewerkschaftshaus und abends an der Kasse.

Theater. Die für Sonnabend angekündigte Erstaufführung des Schauspiel „Percy“ von Sardou in Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmstheater) mußte wegen Krankmeldung der Frau Gertrud Arnold auf Montag, den 28. d. M., verlegt werden; es findet an diesem Tage im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) statt. Sonn-

abend- und Sonntagabend gelangt im Schiller-Theater N. die Gesangsreihe „Lumpaciwagandus“ zur Aufführung. — Im Apollo-Theater sind die Vorbereitungen zu der neuen burlesken Operette soweit gediehen, daß die erste Aufführung am Ostermontag (3. April) stattfinden wird. Die Verfasser der Komik sind E. Schlaack und Louis Hermann. Die umfangreiche Partitur hat Karl Kappeller geschrieben.

Kapellmeister Professor Rebiezel, der langjährige Dirigent der Philharmonischen Kapelle, ist gestern, Donnerstagabend, seinem schwereren Leiden erlegen.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeindevahlen in Wilmsdorf nehmen heute, Freitag, und morgen, Sonnabend, in der dritten Abteilung ihren Fortgang. Die Wahlhandlung findet an beiden Tagen von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachmittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags im Victoriagarten, Wilhelmstraße 114, statt. Zu wählen sind in der dritten Abteilung sechs Gemeindevorordnete. Es sind von sozialdemokratischer Seite aufgestellt 1. zur Wahl auf sechs Jahre als Ergänzung a) für die turnusmäßig ausstehenden Gemeindevorordneten: Apotheker Oskar Adler und Gastwirt August Ratusch, b) für die ausgelassenen Gemeindevorordneten: Stillateur Max Giebler und Gastwirt Paul Hilbert, 2. auf vier Jahre als Ergänzung: Drechsler Emil Kiefer, 3. auf vier Jahre zur Vermehrung: Mediziner Wilhelm Schröder. Es ist erforderlich, daß die Kandidaten am Wahltag genau in der Reihenfolge gestellt werden, in der sie hier und auf den im Wahllokal verteilten Stimmentzettel verzeichnet stehen. Die Parteigenossen in Berlin werden ersucht, ihre dort arbeitenden Kollegen aus Wilmsdorf an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Die Charlottenburger Stadtvorordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom letzten Mittwoch, die sich wegen der umfangreichen und wichtigen Tagesordnung ungewöhnlich lange hinzog, zunächst mit der Prüfung der Wahl des nächsten Rats. Herr Jankel kandidierte bei der letzten Wahl im VIII. Bezirk, wo ein Hausbesitzer zu wählen war; er erhielt 401, der liberale Kandidat Richter 397 und der Sozialdemokrat Hirsch 202 Stimmen. Der Wahlvorsteher beantragte Stichwahl zwischen Jankel und Richter an, aus der letzterer mit geringer Stimmenmehrheit als Sieger hervorging. Von freimüthiger Seite wurde seine Wahl unter dem Hinweis auf starke Wahlbeeinflussungen, bei denen Freiberger und Freieigaren die Hauptrolle spielten, angefochten. Seitens des Magistrats wurde nur festgestellt, daß Herr Richter nicht Hausbesitzer im Sinne der Städte-Ordnung ist, da er mit seinem Sohn gemeinsam ein Haus besitzt. Nach der bekannten Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts waren also die in der Hauptwahl auf Richter entfallenen Stimmen ungültig, und Jankel war bereits in der Hauptwahl gewählt, so daß die Stichwahl überhaupt nicht hätte anberaumt werden dürfen. Es standen sich drei Ansichten gegenüber: Die Liberalen waren für Ungültigkeit der ganzen Wahl infolge der stattgefundenen Wahlbeeinflussungen; die Freie Vereinigung erklärte die Wahl des Herrn Jankel für gültig, da sie die Wahlbeeinflussungen nicht als erheblich betrachtete; die Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Hirsch sprach, waren gleichfalls für Gültigkeit der Wahl; allerdings führte unser Redner aus, seien Wahlbeeinflussungen der bedenklichsten Art vorgekommen, aber doch erst in der Stichwahl, obwohl Herr Jankel bereits in der Hauptwahl gewählt war. Seine Freunde könnten die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht billigen, sie könnten aber auch andererseits keinen Grund dafür einsehen, warum man diese Entscheidung nur immer dann anziehe, wenn es sich um einen Sozialdemokraten handele. In namentlicher Abstimmung erfolgte dann die Gültigkeitserklärung mit 36 gegen 20 Stimmen.

Hierauf wurde die Staatsberatung fortgesetzt. Beim Etat der Gemeindefschulen lehnte die Mehrheit nach kurzer Debatte einen Antrag Vorchardt (Soc.) ab, die Position Mittel für Neu-Errichtung von Schulbauten um 400.000 M. zu erhöhen. Beim Etat der Fortbildungsschulen entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Staatszuschuß zu den Kosten der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts. Der Minister knüpft an die Gewährung dieses Zuschusses Bedingungen, die von den Stadtv. Dr. Penzig (lib.) und Dr. Vorchardt (Soc.) als unannehmbar bezeichnet wurden, da sie eine Sammelung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinde bedeuten. Beide Redner traten dafür ein, daß die Stadt auf den Staatszuschuß verzichten möge. Demgegenüber bemerkte Bürgermeister Matting, daß man, wenn man auf den Staatszuschuß verzichte, doch nur für den Augenblick den Schein der Selbstverwaltung aufrecht erhalten könne. Die Regierung werde sich eventuell auf dem Wege der Gesetzgebung Einfluß zu verschaffen wissen. In ähnlichem Sinne äußerte sich Oberbürgermeister Schuster u. s. Die Abstimmung war eine namentliche. Es stimmten 24 Stadtvorordnete, darunter der Vorseher, für und 24 gegen Annahme des Staatszuschusses. Entscheidend ist bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsehers, der Staatszuschuß mit den daran geknüpften Bedingungen ist also angenommen.

Die weitere Staatsberatung war belanglos. Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen befaßte sich die Versammlung noch mit der Frage der Hinzuziehung von Frauen zur Armen-Direktion. Vor einigen Wochen hatte die Versammlung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, in die Armen-Direktion drei Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu wählen. Diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten, er will den Frauen nur beratende Stimme geben. Entgegen dem Antrage des Referenten Stadtv. Hirsch, auf dem früheren Beschluß zu bestehen, trat die Mehrheit nunmehr der Entschiedenheit des Magistrats bei, die Frauen sind also in der Armen-Direktion nur Mitglieder zweiter Klasse.

Pankow. Endlich wird auch Pankow als einer der letzten Orte, welche noch kein Denkmal der Hohenzollerndynastie besitzen, ein solches bekommen. In der letzten Gemeindevorordneten-Sitzung teilte der Amtsvorsteher mit, daß Aussicht vorhanden sei, durch private Sammlungen die Mittel aufzubringen, um ein Reiter-Standbild Kaiser Friedrichs herstellen zu lassen. Die Gemeinde müsse aber erklären, daß sie einen Platz für das Denkmal mientgeltlich hergibt. Da die bürgerlichen Vertreter vor freudigen Erkennen gar keine Worte fanden, mußte der Vorseher fragen, ob denn niemand zu dieser Sache sich äußern wolle. Sammelnd meinten unsere Dorfväter: „Wenn uns die Sache nichts kostet, können wir es ja machen.“ Da der Sitzungssaal in unterm Rathaus noch keinen Bildersturm besitzt, so hat einer der Pantower Terrainspekulanten sich bereit erklärt, ein Originalbildnis Wilhelms II. zu stiften. Leider ist der Sitzungssaal derartig gebaut, daß keine passende Wand vorhanden ist, um das Aesopsgemälde aufzunehmen. Die Bau-Kommission wird sich daher mit einem Umbau des Sitzungssaales zu beschäftigen haben.

Friedrichsfelde. Einen glänzenden Wahlerfolg erzielten unsere Genossen bei der gestrigen Gemeindevorordnetenwahl. In zwei zur Neuwahl stehenden Bezirken sind zum erstmaligen Vertreter der Sozialdemokratie gewählt worden. Während Genosse Pinesler 426 und Genosse Borsdorf 420 Stimmen erhielt, entfielen auf die Gegner nur 285 resp. 264 Stimmen.

Königs-Wieschenhausen. Am Dienstag fand hier die Ergänzungswahl zur dritten Abteilung der Gemeindevertretung statt. Zum erstmaligen bevollmächtigte sich die Sozialdemokratie an derselben. Das Resultat war: Schiede (liberal) 146, Brunner (liberal) 131, Tzappe (liberal) 51, Diege (Soc.) 88, Schmidt (Soc.) 84 Stimmen. Somit hat diesmal noch die vereinigte bürgerliche Gesellschaft ihre Mandate behauptet.

Gerichts-Zeitung.

Wie ist da nur eine Verurteilung möglich? Ein neues Beispiel vom Walfen der gelehrten Justiz ist aus Potsdam zu berichten. Die

16 Jahre alte Frieda Platze hatte sich vor der vorigen Strafkammer wegen Brandstiftung zu verantworten. Die Angeklagte, welche sich in Haft befindet, wurde von fröhlicher Jugend ab im Rettungshaus Emmaus bei Jüterbog erzogen, da sie den Vater gar nicht gekannt hatte, die Mutter aber im Irrenhause ist. Sie ist entschieden geistig minderwertig und macht einen stupiden Eindruck, antwortete auch kaum auf die Fragen des Vorsitzenden. Als die Angeklagte 14 Jahre alt war, wurde sie in den Dienst gebracht und war mehrere Jahre an verschiedenen Stellen, bis sie schließlich krank wurde und nachdem sie im Jüterboger Krankenhaus behandelt war, nach Emmaus als Dienstmädchen zurückkehrte. Von den Jütlingen wurde sie dort oftmals gehänselt und aus Nut darüber zündete sie am 27. Dezember v. J. den Ziegenstall an. Als es hell brante, wollte sie dann die Flammen mit einem Eimer Wasser wieder löschen, doch war dies zu spät, das Dach brannte ab und ein Schaden von 240 M. entstand. Der Medizinalrat Dr. Stramy hielt die Angeklagte zwar für moralisch minderwertig, aber nicht für geisteskrank. Der Staatsanwalt beantragte infolgedessen gegen dieselbe ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis, doch soll die Angeklagte in die Liste der Verbannten bei guter Führung vorzuschlagenden jugendlichen Personen mit aufgenommen werden.

Dat es dem kein Mittel gegeben, um die Gerichtsverhandlung gegen die unglückliche Person aufzuheben, um neue Gutachten über ihren Geisteszustand einzufordern? Wie war es überhaupt möglich, ein solches armes Geschöpf erst den Qualen der Untersuchungshaft auszusetzen? Mit Schauern muß man an das Gedenken, das im Gefängnis einem Mädchen noch bevorsteht, welches gleich dem Prinzen Ardenberg mit allem Risiko, mit aller Schonung in einer Heilanstalt behandelt werden sollte, auf keinen Fall aber auch nur einen Tag hinter Kerlenmauern gehört!

Ein Musterpolizist. Der rohe Grech, den der frühere Amtsbienner Karl Löpel in Hummelburg begangen, beschäftigte gestern zum zweitenmal die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Am 4. Mai vorigen Jahres gegen 9 Uhr abends erschien der Amtsbienner Löpel, der probeweise im Dienste des Amts- und Gemeindebezirks Vorklagen-Hummelburg angestellt war, auf dem Raubengelände an der Wäldschstraße. Unter dem Vorgeben, er wolle feststellen, ob von dem Produzentenhändler Passsch und dem Säuhmacher Strohschein in ihren Läden etwa das Schankgewerbe unerlaubt ausgeübt würde, forderte und erhielt er Zutritt zu deren Läden. Frau Strohschein hatte Bier abgezogen und die Flaschen auf den Fußboden gestellt. Löpel ergriff sofort eine Flasche, erhob sie drohend wie zum Schläge und schrie Frau Strohschein an: „Du Frauenzimmer, Du lügst!“ Herr Passsch wollte sich diese Behandlung nicht gefallen lassen und veranlaßte den Angeklagten, mit ihm nach der Polizeiwache zu gehen. Strohschein und der Pausenbediener Siedenhaar schlossen sich ihnen an. Auf der Straße erklärte der Amtsbienner alle drei plötzlich für verhaftet und transportierte sie unter Schlägen und Stößen nach der Polizeiwache. Hier notierte er zunächst Siedenhaars Name und ging mit Strohschein in ein besonderes Zimmer. Dort schlug er ihn mit der Faust ins Gesicht, so daß diesem das Blut aus Mund und Nase lief. Als er zur Thür lief und um Hilfe rufen wollte, rief ihn Löpel zurück und schrie ihn an: „Du Hund, wirst das Maul halten“. Dann ließ er ihn los und ließ ihn weggehen, ohne daß er seine Personalien feststellen konnte. Am holte er Passsch in das Zimmer, zwang ihn, sich in eine Ecke mit dem Gesicht nach der Wand zugelehrt aufzustellen und schlug ihn sodann mit dem Säbel gegen die Schenkel, so daß er an diesen stark blutunterlaufene Schwellungen davon trug. Dann befahl er dem Passsch, sich umzuwenden und schlug ihn sodann mit den Fäusten ins Gesicht. Er setzte ihm die Säbelspitze auf die Brust und rief ihm wiederholt zu: „Hund, ich sehe dich tot!“ Als gegen 10 Uhr etwa acht bis zehn Nachwächter im Wachzimmer erschienen, entließ er Passsch mit den Worten: „So, jetzt wirst Du Dich von jedem meiner Kollegen verabschieden und vor jedem eine Verbeugung machen!“ Aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen that dies Passsch auch und auf die Aufforderung des Angeklagten, ihm eine besondere Verbeugung zu machen, kniete er vor diesem sogar nieder. — Die Strafkammer hatte den Angeklagten auf Grund dieses Thatbestandes seiner Zeit der Mißhandlung, Verdröhung, Verleumdung und Freiheitsberaubung für schuldig erachtet. Den Thatbestand des § 341 des Straf-Gesetzbuchs erfüllte das Verhalten des Angeklagten um deshalb nicht, weil ihm mangels staatslicher Bestätigung seiner Ernennung zum Amtsbienner die Eigenschaft als Polizeibeamter fehlte. Löpel wurde zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei war für die Mißhandlung und Körperverletzung des Passsch eine Einzelstrafe von vier Monaten eingeleitet worden. Nur wegen dieser Einzelstrafe hatte das Reichsgericht das erste Urteil aufgehoben, weil das Bericht den Antrag des Angeklagten auf Zubilligung mildernder Umstände unerörtert gelassen hatte. — In gestrigen Termin behandelte mehrere Richter, daß der Angeklagte am kritischen Abend stark angetrunken gewesen und überhaupt ein leicht aufgeregter Mensch sei. Rechtsanwalt v. Palmowski plaidierte auf Zubilligung mildernder Umstände und machte geltend, daß der Angeklagte, der während seiner Militärzeit einen schweren Sturz vom Pferde gethan, sehr leicht erregbar und überdies betrunken gewesen sei. — Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß es nicht als Widerungsgrund gelten könne, wenn sich der Angeklagte in Dienst betranke. Der Grech sei ein besonders roher gewesen, und das Gebahren des Angeklagten hätte das Ansehen der Polizeibeamten in den Augen der Bevölkerung empfindlich schädigen können. Aus diesen Gründen verurteilte der Gerichtshof die mildernden Umstände und beließ es bei der Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis.

Soziale Rechtspflege.

Keine Entlassung, auch kein Grund zum Verlassen der Arbeit. Ein Kellner R. betrachtete sich als entlassen, weil ihm in der Kündigungzeit der Gehalt nicht bezufließen ließ und noch einen zweiten Kellner beschäftigte, obwohl nach Meinung des R. nur für einen zu thun war. R. kam nicht wieder und beanspruchte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht eine Lohnentschädigung. Die Kammer VI erkannte den Anspruch nicht an. Es läge keine Entlassung vor und das Verhalten des Arbeitgebers habe dem Kläger auch keinen zwingenden Grund zum Verlassen der Arbeit geboten.

Der Maurerpolizist J. von der Baufirma St. war eines Tages verhaftet worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß 500 M. aus seiner verschlossenen Bude auf dem Bau verschwunden waren. Wegen mangelnder Beweismittel dafür, daß er selbst das Geld genommen habe, wurde er jedoch alsbald wieder entlassen. Als er am nächsten Tage wieder nach dem Bau kam und ins Comtoir ging, wurden ihm hier seine Papiere ausgehändigt. Ihn an sich zu lösende 47 M. erhielt er nicht. Er klagte nun beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung der 47 M., sowie auf Gewährung einer Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Es wurde nun vor der Kammer 3 festgestellt, daß er 160 M. Lohnvorschuß erhalten hatte, wovon aber von ihm 120 M. als Voransch auf Maurer gezahlt sind. Das Gericht nahm an, daß diese 120 M. nicht aufrechnungsfähig seien, wohl aber die übrigen 40 M., die als persönlicher Voransch gelten müßten. So blieben von der Lohnforderung des Klägers noch 7 M., die ihm zugesprochen wurden. Anherden verurteilte die Kammer die beklagte Firma, dem Kläger eine vierzehntägige Lohnentschädigung zu zahlen. Auf ihn als Polier für die Kündigungsauslösung keine Anwendung, und da in der unberechtigten Verhaftung, die alsbald durch die Freilassung wieder aufgehoben wurde, kein Grund zur sofortigen Entlassung zu sehen sei, so stehe ihm der Entschädigungsanspruch zu.

Die verhältnismäßig erhebliche Zeit. Der Arbeiter B. war nach 10-tägigem Krankentage entlassen worden, was der Arbeitgeber B.

damit rechtfertigte, daß sich die Dauer der Krankheit nicht absehbar ließe. B. wurde bald wieder arbeitsfähig und verlangte nun für die Zeit bis zur Entlassung seinen Lohn, indem er geltend machte, die 10 Tage seien eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuchs. Das Berliner Gewerbegericht erklärte die Forderung für nicht begründet, weil die zehn Tage wegen der Dauer des Arbeitsverhältnisses, die zwei Monate betrug, eine „verhältnismäßig erhebliche“ Zeit und nicht eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit sei. — Aus Billigkeitsgründen wurde jedoch ein Vergleich geschlossen. Kläger erhielt den Lohn für fünf Tage.

Verfammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Am Dienstag sprach in einer bei Büchse abgehaltenen Wahlvereins-Versammlung der Reichstags-Abgeordnete Stücklen über „Die Sozialdemokratie im Kampf gegen die herrschenden Gewalten“. In seinen einseitigständigen Ausführungen ging Redner auf die verschiedenen Seiten des proletarischen Klassenkampfes ein, wie sie aus dem sozialdemokratischen Programm und den principiellen Anschauungen unserer Partei resultieren. Jetzt nach dem großen sozialdemokratischen Wahlerfolg des vergangenen Jahres schreie sich das Bürgerium unter Eintariefung seiner sonstigen Interessen gegen die mächtig aufstrebende Arbeiterklasse zusammenzuschließen. Die Scheidung der Klassen tritt immer deutlicher hervor und damit auch das steigende Verdröben der herrschenden Klassen, die Masse des Volkes politisch und wirtschaftlich dauernd zu entzweien so lange es noch Zeit ist. Den besten Beweis dafür bieten die finsternen Pläne und das fortwährende Drängen der „starken aber dummen“ Männer, den Arbeitern das Reichstagswahlrecht zu rauben. Und diesen könne man sicher sein: Sobald die Regierung eine Majorität für diese Pläne zu haben glaubt, werde sie nicht zögern, Hand an das Wahlrecht zu legen. Wir gehen ersten Zeiten entgegen. Angesichts dessen aber sollten die Genossen den größten Wert darauf legen, daß mit der Ausdehnung unserer Partei in die Breite auch eine entsprechende Ausdehnung in die Tiefe Platz greife, denn nur aus eigener Kraft werde die Arbeiterklasse die künftigen Kämpfe gegen die herrschenden Gewalten siegreich bestehen können. (Beifall.) Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, so schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, die Ausführungen des Referenten entsprechend zu beherzigen.

Zweiter Wahlkreis. In der Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, die am Dienstag im Hofjäger-Palast stattfand, sprach an Stelle des Reichstags-Abgeordneten Förster, der infolge des Umstandes, daß der Reichstag bereits geschlossen ist, Berlin bereits verlassen hat, der Reichstags-Abgeordnete Rich. Fischer. Obgleich unvorbereitet, gab der Vortragende eine interessante und fesselnde Uebersicht über die wichtigsten inneren politischen Zeit- und Streitfragen und kennzeichnete namentlich das in letzter Zeit so außergewöhnlich scharfmacherische Verhalten unserer Gegner und die verschiedenen Vorgänge, die darauf hindeuten, daß wir allmählich Zuständen entgegengehen, wie sie 1878 herrschten. Neben den Vorgängen im Plenum des Reichstags und dem Schmelzen der Scharfmacher nach einem dummen starken Mann, der der Sozialdemokratie den Garaus machen soll, wies der Redner darauf hin, wie die bürgerlichen Abgeordneten in der Wahlprüfungskommission die bisher stets maßgebend gewesenen Grundzüge über den Haufen werfen und ihre Entscheidungen einfach davon abhängig machen, ob sie der Sozialdemokratie zum Schaden oder Vorteil gereichen. Bezugnehmend auf den Umstand, daß die Regierung Maßnahmen für eine Reichstagsauflösung getroffen hat — womit nicht gesagt ist, daß sie ihre Absicht nicht in kurzer Zeit wieder geändert hat — bemerkte der Redner, daß die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie für die bürgerliche Gesellschaft nicht wesentlich in der Zahl der Reichstagsmandate, sondern vielmehr in der sozialdemokratischen Ueberzeugung der Wähler liegt, und daß wohl kaum ein verantwortlicher Minister so unverantwortlich dumm ist, daß er glaubt, man könne unsere Partei durch irgend welche Gewaltmaßnahmen wirklichen Schaden zufügen und sie vernichten. Der Redner schloß mit den Worten, daß eine planmäßige politische und gewerkschaftliche Organisation und eifrige Agitation von Mann zu Mann in der gegenwärtigen Zeit mehr noch als sonst unsere Aufgabe sein muß. — Der Vortrag fand starken Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Vierter Wahlkreis (Südost). In der Versammlung des Wahlvereins, die am Dienstag in Braunanns Saal stattfand, gedachte der Vorsitzende der im vergangenen Monat verstorbenen Mitglieder Vör und Schindler sowie der Märzgefallenen. Dann hielt Mag. Schütte einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Der Redner schilderte die erste Zeit der sozialistischen Bewegung vom Auftreten Lassalles bis zum Einigungslongoch in Gotha. In der Diskussion folgte Genosse Peter noch einiges aus persönlicher Erfahrung über die vom Referenten besprochenen Verhältnisse hinzu. Nachdem der Referent einige Anfragen über den Gegenstand seines Vortrages beantwortet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Selbstmord auf der Bühne. Im Saale des Gasthofes Zum schwarzen Bär in Rimpitz, wo die Theatergesellschaft Rudolf Mohr Vorstellungen giebt, spielte sich ein aufregender Vorfall ab. Während der Aufführung von Ludwig Judas Lustspiel „Die Zwillingsschwester“ löste sich der Schauspieler Emil Hasda, der den Jägermeister Lelio spielte, nach Beendigung des ersten Actes auf der Bühne durch einen Schuß in den Kopf. Die Ursache der That soll unglückliche Liebe gewesen sein. Die Vorstellung mußte sofort abgebrochen werden.

Die Pest in Südafrika ist auf dem besten Wege, dort zu einer Seuche auszuwachsen. Zwar lauten die Meldungen noch etwas widersprechend, aber so viel ist doch sicher, daß schon mehrfach Johannesburgs Befälle vorgekommen sind. So meldet der Draht unter dem 23. März aus Pretoria, daß dort Mittwoch ein Kaffer an Pest gestorben sei. Es handelt sich in allen Fällen um die gefährlichste Form, die Lungenpest, und das erklärt auch ihre schnelle Verbreitung. Der erste Fall wurde am Donnerstag voriger Woche entdeckt, und Montag waren der Seuche schon 34 Menschen erlegen. Es beruhigt einigermaßen, zu wissen, daß sie bei ihrem früheren Auftreten in Südafrika die weiße Bevölkerung ziemlich verschonte, doch wissen jetzt Berichterstatter englischer Zeitungen auch schon den Tod zweier Weißer, darunter einer Europäerin, der Witwe eines englischen Arztes, zu melden, deren drei Kinder gleichfalls von Pest ergriffen sein sollen. Zu befürchten bleibt immer noch, daß der Pestkeim, bevor er nach dem Binnenslande auf irgendwelche Weise abgelenkt wurde, so daß sich demnächst mehrere Pestherde zeigen werden. Dann würde die Abberung, die jetzt sehr scharf gehandhabt wird, gegen die Verbreitung der Seuche keine rechte Sicherheit mehr bieten. Man vermutet, daß die Pest in Johannesburg durch britische Indier eingeschleppt worden sei.

Witterungsüberblick vom 24. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in C
Swinemünde	771 RD	3bedeckt	2	7	Naparranda	778 RD	2heiter	—	—
Dammburg	771 DRD	4bedeckt	1	7	Petersburg	774 RD	1heiter	—	—
Wien	770 DRD	4bedeckt	2	7	Bert	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	765 RD	3heiter	4	7	Westerbeek	—	—	—	—
München	761 RD	6bedeckt	0	7	Paris	764 RD	4bedeckt	—	—
Wien	761 DRD	2wolfig	2	7					

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. März 1904. Etwas kälter, zeitweise heiter bei ziemlich starken nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Arbeiter unterstützt ausschliesslich nur die Konsum-Vereine

die auf dem Boden des Centralverbandes stehen. Kauft nur in den nachstehenden Verkaufsstellen:

Norden:
Zwinnmünderstr. 41.
Görnerstr. 46.
Nuttmanstr. 19.
Wildenowstr. 30.
Gartenstr. 3.
Moabit:
Wielestr. 31.
Ebdenerstr. 45.
Fabelbergerstr. 6.
Kottbuserstr. 21.
Nordosten:
Windstr. 61.
Osten:
Ebelingstr. 11.
Krautstr. 7.
Lichterstr. 7.
Forsdorferstr. 62.
Münchenerstr. 32.

Osten:
Zentraler Allee 20A.
Südosten:
Zorauerstr. 10.
Fischerstr. 31.
Falkensteinstr. 6.
Fischerstr. 4.
Michaelstr. 4.
Grünkruggeschäfte:
Fischerstr. 20.
Glogauerstr. 3.
Milchgeschäft:
Glogauerstr. 27.
Bäckereien, Konditorien, Niederlagen:
Liegkestr. 22.
Fischerstr. 20.
Königsplatz 37.
Reichenbergerstr. 158.
Görnerstr. 68.

Glogauerstr. 28.
Karlstr. 2.
Falkensteinstr. 31.
Schlichterstr. 18.
Glogauerstr. 28.
Falkensteinstr. 18.
Fischerstr. 24.
Mantelstr. 55.
Fischerstr. 81.
Cappelerstr. 28.
Süden:
Gräferstr. 40.
Kottbuser Damm 9.
Bäckereien:
Gräferstr. 12.
Fischerstr. 35.
Schlächtereien:
Gräferstr. 13.
Südwesten:
Krautstr. 5.

Südwesten:
Fagelsbergerstr. 20.
Schöneberg:
Apollonstr. 27.
Gartenstr. 1.
Charlottenburg:
Wilmerdorferstr. 27.
Taurrogenerstr. 10.
Porömerstr. 12.
Steglitz:
Am Markt 2.
Gross-Lichterfelde:
Zürcherstr. 37.
Tempelhof:
Berlinerstr. 76.
Britz:
Werderstr. 33.
Rixdorf:
Zietenstr. 31.

Gohrestr. 82.
Kofenstr. 4.
Bäckereien:
Ziemmeistr. 120.
Falkstr. 3.
Kirchstr. 2.
Schlächtereien: Kottbuser Damm 96.
Treptow-Baumschulenweg:
Baumschulenstr. 36.
Ober-Schöneweide:
Edisonstr. 4.
Johannisthal:
Königsstr. 6.
Rummelsburg:
Türschmidtstr. 6.
Friedrichshagen:
Lichtenberg:
Wainzerstr. 4.
Wilhelmstr. 9.

Neu-Lichtenberg:
Frankfurter Chaussee 45/49.
Weissensee:
Friedrichstr. 12.
Langhausstr. 60.
Adlershof:
Fadelbergstr. 29.
Alt-Glienicke:
Königsstr. 32.
Friedrichshagen:
Friedrichstr. 98.
Erkner:
Königsstr. 2.
Spandau:
Jüdenstr. 9.
Tegel:
Schliferstr. 2.
Zehlendorf:
Zeltowstr. 1.

Anmeldungen von Mitgliedern werden in jeder Verkaufsstelle entgegengenommen.

100 Stück 3.30 Mk. **Endlich erreicht**

100 Stück 4.50 Mk. **Pikant**

Jeder Cigarren-Interessent — ob Privatraucher, Händler oder Gastwirt — sollte nicht versäumen, einen Versuch mit meinen nebenstehend im Original abgebildeten Spezialmarken zu machen; dieselben vereinigen in sich alle Vorzüge, die man bisher nur bei teureren Cigarren-Sorten zu finden gewohnt war, und ermuntern sich daher in weitesten Raucherkreisen allgemeiner Beliebtheit. Ausser diesen Sumatra-Cigarren empfehle ich noch als besonders preiswert:

la Mexico, grau 100 Stück 5.— Mk.
No. 54 Vorstenland Pflanze " " 5.— Mk.

Reiche Auswahl in Sumatra-, Vorstenland-, Mexico- und Havana-Cigarren in allen Preislagen und Façon.
Erprobte Qualitäten für Händler und Gastwirte von 25.— Mk. per Mille an.

Reinhard Hellmich, Engros-Berlin W. 64,
Behrenstrasse 52, kein Laden, Eingang Flur rechts.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 8 Uhr:
Prenzlauer Thor nach Liebenwalde (42 Kilometer). Mittags 1/2 Uhr:
Koppenplatz nach Sontowinkel. 11/17

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Möbelfabrik.
Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei **BERLIN SO.,**
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,
am Kottbuser Thor.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schaben, Ratten, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 46252*

1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Richt-erfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, Jekt-Drummenstr. 14, früher Nr. 18.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Möbelfabrikerei, gute Kundenschaft, sofort billig zu verkaufen. Näheres im Möbelgeschäft Reichenbergerstr. 37.
Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustr. 15, am Döllischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, versehen mit neuesten und neuen Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlebener und neuer und geschäftlicher Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischplatte, Verkleidung 36, Salongarnitur, Tischgarnitur 100, Tischgarnitur mit Nachen 40, geschmückte Büffets, Bücherstän-del, Kommode mit Gattelhölzern 85, Schreibtisch 40, Englische Schlaf-zimmer, Speisezimmer, Salons, auch Vordienstl. 2178*

Möbelmagazin Kener, Invaliden-str. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen. Ganze Ausstattungen, einzelne Stücke. Beste Ausführung, billigste Preise. Coalants Bedin-gungen. 2157*

Fabelhaft billig verkaufen vier Zimmer Möbel. Braunkaulem Ge-legenheit. Schönhauser Allee 55, part. 2844*

Teppiche, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 2174*

Teppiche mit Farbenflecken farblos-niederlage Große Frankfurterstr. 9, part. 287*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-längsten Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Teilzah-lerstr. 40, Große Frankfurterstr. 50.

Nähmaschinen. Vergütete bis 10 Mark, wer Teilzahlung Näh-maschine kauft oder nachweist. Alle Systeme. Postkarte genügt. Brau-ler, Forsdorferstr. 50. 119/18*

Abflussbrunnen von 8.— an, Erdbohrer, Werkzeuge leistungsun-fähig. Rüter-Verkaufstelle zu allen Pum-pen. Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags. Einige gebrauchte bill. Wolf, Bumpenfabrik, Kiderstr. 113.

Spiegel, Bilder, Platin, Möbel spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.

Teppiche, Vorleger, Diwanen spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6.

Ringstücken, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00, Köpferstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 195*

Nähmaschinen ohne Anzahlung 6.00 Vergütung. Postkarte. Breitholz, Kodenbergstr. 39. 179*

Wäsche (gehobelt) für Coals-Wäschen, Rixdorf, Berlinerstr. 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

Vorjährige hochlegante Herren-anzüge und Paletots aus feinsten Wollstoffen, 25 bis 40 Mark. Juch-gelegte Anzüge, Paletots, Hemden, Hosierys, Gummimäntel, Kappen werden für die Hälfte der bisherigen Preise verkauft. Verlanbhaus Ger-mann, Unter den Linden 21. 2166*

Stehbetten billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, part. 287*

Restaurant verlässig Vollkom-mene 45. 153

Grüntraumgeschäft umständlicher zu verkaufen Barshauerstr. 71. 153*

Diamant billig verkaufen Ge-schm. 4 Zimmer Möbel für Braut-leute, noch neu, auch einzeln, Wäsche 30.00, Berlesteppich 4.75, Wäsche-tische 4.75, Stoles, Gardinen, Steppdecken spottbillig. Köpfer-str. 126 a, I. 2908*

Waldporellen 750 Mark, Bau-feld, Ljovort Fieberdorf, verkauft Hausverwaltung, Brannenstr. 151.

Verkauf billig: zwei Stand-neue Betten, Gardinen, Stoles, Hebergardinen, Teppich, Wäsche, zwei elegante Steppdecken. Hoffmann, Raunauerstr. 62. 2919*

Ringstücken, gut nähend, 20.00, Geinenerstr. 48, IV rechts.

Herrenanzüge, Sommerpaletots, Reklamier, spottbillig Schönhauser Allee 72b, vorn III links. 107/15

Miles gutes Nähgesch. (schö-n) Näher in einer Hand, freihändlerlich für jeden annehmbaren Preis. Jede auch hohe Vermittlungsgebühr. Adressen: Rixd. 1200, Bohmt 14.

Zosatisch, Bettstellen, Betten, Schlafstühle, Sofa, Nachtsch. Kleider-sch. Tisch, Spiegel, Platin, Lampen, Brandenburgerstr. 54, vorn III.

Damenkleider 1.00, Herren-kleider, Bekleid. 1.25, auch Anle-gaon, Nachtsch. 1.25. Nur eines Fabrik. Wille, Weidenweg 23. Konsumverein 5 Prozent, auch Mit-gliedern. 2907*

Verkauf billig neue Braut-sch. Brautkleiden. Chaussee-str. 35 I. 84/4

Schlafsofa 20.00, Bettstelle, Matratze 15.00, wie neu, Ballhadenstr. 23, Faberstr. 64/1.

Cigarrenpresse billig zu ver-kaufen. Brüde, Straßburgerstr. 32, Hof I. 173

Sofa verkauft zu billigem Preise Annalidenstr. 126, Hof I. 84/4

Damenkleid 70 Pfennig, Herren-kleid 1.10, große Bettlaken 1.35, Bett-bezug, zwei Kopfkissen 3.75. Wäsche-fabrik Adolph Salomonsohn, Drien-str. 21, Alexanderplatz. 119/20

Reparatur, 1200 Mark, zu ver-kaufen. Wien, Köpferstr. 126a.

Vorwärts-Feier! Wo kaufen Sie am verlässigsten und Strobditte, Wägen, Schirme, Krawatten, Wäsche? Bei Zimmermann, Forsdorferstr. 50, früher Vintzstr. 195*

Grüntraumgeschäft, Kasse, bequem Stellung, gutgehend, 25-40 Tages-löhne, besonderer Familienverhältnis halber billig sofort verlässig Reichen-bergerstr. 29. 29135

Rechtsbureau, Geschäftsführer, früherer, Andreasstr. 38, Sonn-tagdienst. 29015*

Verloren. Sonntag früh zwischen 5 und 1/2 Uhr ist mir eine goldene Krawattenknöpfe zwischen Brauerei Köpferstr. und Schulstr. Brauerei verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, sich bei Franz Straka, Groß-Döllersfeld, Chaussee-str. 95, zu melden. Sämtliche Un-kosten werden sofort vergütet. 29165

Jeden Sonntag Frühprache der Adolphower Zwinnmünderstr. 45, Schmidt. 29156*

Paradies, Arbeiter-Dan-Ge-nossenschaft, Berlin, Uferparzellen morgen- und rufentw. auf 1 bis 5 Jahre zu verpachten. Anweisung für Restanten am Sonntag auf dem Gelände am Bohnsdorf. Treffpunkt am Bahnhof in Grünau vormittags 10 Uhr. Alles Nähere bei G. Köpfer, Wienenstr. 29, von 8-8 täglich. 29068

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzstr. 48/49, Gerichts- und Eingabengeld, Notariats- 138/1

Bereinsaal zu Sitzungen, auch zum Tanz geeignet, noch frei. In-validenstr. 146. 1125*

Vermietungen.
Wohnungen.
Kleine Wohnungen Müller-str. 129, neues Haus. 27765*

Mietgesuche.
Anständiges Fräulein sucht freund-liche Schlafstelle. Nähe Oberbaum-str. 33. 29215

Junger Mann sucht kleines möbliertes Zimmer. Nähe Kottbuser Thor. Preisofferten A 100 Post-amt 26 erbeten. 29036

Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer, April, Osten. Offerten K. 32 Postamt 18. 1153

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt, ohne Aufschlag zurückgeliefert. Adressen Rulandstr. 27, Gläzer. 28375

Stellenangebote.
Tüchtigen Schriftstauer verlangt sofort Copel, Nordend. 29915*

Tischlerlehrling verlangt Gehalt, Kriemhildstr. 13. 1125*

Normerlehrling verlangt Müller, Schillerstr. 132. 83/7*

Gärtnerlehrling verlangt Wolf, Ritterstr. 15. 84/5

Kärber, Detachement gesucht, Wehr-Altensberg, Rixdorf, Neu-Weihen, Langhausstr. 4. 1133*

Steinmetz auf Schrift und Grab-steinarbeit sofort gesucht. Wilschke u. Kausch, Berg-Str. Berlin, Rudowerstr. 87.

Schreiner verlangen Otto Grund u. Co., Wallergasse 3. 29088

Schreiner zur Kunst- und Bau-schlosserei verlangt Rippe, Steinmeh-str. 24. 29125*

Anwender-Gelehrten verlangen Köpferstr. 44 II. 84/2

Kinderleibchen Näherin auf zu-geschlittene Sachen außerdem Haus-einrichtung verlangt Berger, Heimgäßchenstr. 1.

Im Arbeitsmarkt durch **besonderen Druck hervorgehobene** **Anzeigen** folgen 40 Pf. pro Zeile.

Ein durchaus tüchtiger **Gürtler** **3** auf Lampen und Kronen, der auch gleichen kann, erhält sofort dauernde Stellung bei Malmström, Rundel-gatan 16, Malmö, Schweden. Bitte-kosten werden vergütet. 29175

Achtung! Achtung!
Holzbearbeitungsmaschinen-
Arbeiter.
Bei Käster, Greifswalder-str. 14, stehen sämtliche Maschinen-arbeiter im Streit. Der Betrieb von Walter Fränkel, Walde-marstraße 14 ist für Arbeiter aller Branchen gelber. — Zugang ist streng fernzuhalten. 75/4*

Achtung, Holzarbeiter!
Zugung ist streng fern zu halten von **Bautischlern und Einsehern** nach der Werkstatt 79/1
Reif, Demminerstr. und
Stralsunderstr. 80.
Käster, Greifswalderstr. 80.
Sämtliche Bauten der Firma **Neumann, Rudowwalde.**
Van Simon, Regensburger-
straße.
Van Wolf, Rixdorf, Schön-
hald-Donaustr. 80.
Van Hilsantz der Firma Billig,
Waldenwalde, Kurfürsten-
damm-80c, Kurfürsten-
damm-80c, Kurfürsten-
Die Ortsverwaltung.